

# Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Nr. 38 – 21. September 2013

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

## DIESE WOCHE

### Aktuell

**Auch für Bayern mehr Macht**  
Absolute Mehrheit stärkt CSU-Position in Berlin **2**

### Preußen / Berlin

**Rennen gegen die Zeit**  
Potsdam: Neuer Ministerpräsident legt guten Start hin **3**

### Hintergrund

**Schlüsselfertige Diktatur**  
Was passiert, wenn der US-Sicherheitsapparat in die falschen Hände gerät? **4**

### Deutschland

**Pflegekräfte verzweifelt gesucht**  
Politik will mit viel Geld im Ausland fündig werden **5**

### Ausland

**Mittelfinger à la FPÖ**  
Österreich: Im Wahlkampf wird kontrovers diskutiert **6**

### Kultur

**»Sissi« war ihr Schicksal**  
Im September wäre Romy Schneider 75 geworden **9**

### Geschichte

**Verehrt, verhasst und schmerzlich vermisst**  
Franz Josef Strauß **10**



In Lauerstellung: SPD, Grüne und „Die Linke“ haben bereits angekündigt, die Vermögen der Deutschen anzugreifen Bild: action press

## So oder so: Es wird teuer

Nach der Wahl: Steuerpläne und Euro-Krise werden Deutsche treffen

**Jede denkbare Koalition wird die Steuerzahler zur Kasse bitten, obwohl der Fiskus schon jetzt Rekordeinnahmen verbucht.**

Am Ende wird es noch einmal spannend: Die FDP zittert, die Grünen sind erheblich abgerutscht, die AfD hat sich zuletzt sogar bei den etablierten Umfrage-Instituten bis kurz vor die Fünf-Prozent-Hürde gearbeitet. Die Wahlbürger fiebern einem spannenden Sonntagabend entgegen. Es bedarf indes keines Blicks in eine milchige Glaskugel, um jetzt schon abzusehen, was den Deutschen ab Montag bevorsteht. Ob es zur Großen Koalition kommt (am wahrscheinlichsten), ob Schwarz-Gelb weiterregiert (eher unwahrscheinlich) oder ob Rot-Grün übernimmt (ziemlich aussichtslos): Die Grundzüge der Politik in den kommenden Jahren sind in

jedem Falle bereits heute absehbar. Kurz und bündig: Es wird teuer. Jede denkbare Koalition will die Belastungen für die Steuerzahler weiter hochschrauben. Obwohl der Fiskus mehr Steuern einnimmt als jemals zuvor, kommen die Politiker mit dem Geld der Bürger nicht aus und wollen ihnen tiefer in die Tasche greifen, teils offen, teils verdeckt. Die Union möchte die „kalte Progression“, die getarnte Steuererhöhung per Inflation, bloß „dämpfen“. SPD, Grüne und „Die Linke“ wollen mit auch nominal höherer Einkommensteuer an die Verdienste und per Vermögensteuer sogar an die bereits versteuerte Substanz heran. Die FDP

verspricht, den „Soli“ schrittweise abzubauen. Nur glaubt nach den vergangenen vier Jahren niemand mehr an Steuersenkungs-Versprechen der Liberalen. Die Euro-kritische AfD will zwar keine Steuern erhöhen, sie weigert aber auch alle Zusagen über Entlastungen. Grund: Die junge Partei hält solche Versprechen für unseriös, solange der rasante Anstieg der Verpflichtungen, die Deutschland über das Euro-System aufgebürdet würden, nicht gestoppt werde. Und hier wird es nach der Wahl wohl zum bösen Erwachen für all diejenigen kommen, die meinten, das Schlimmste sei überwunden: Dass Griechenland weitere Hilfen abrufen, scheint ausgemacht. Wo-

möglich noch im September dürfte zudem Slowenien, das den Euro erst 2007 eingeführt hat, unter den „Rettungsschirm“ schlüpfen. Weitere Rettungskandidaten stehen Schlange. Am teuersten aber werden Italien und Frankreich den Deutschen zu stehen kommen. In beiden Ländern erlahmt der Reformwille. Die Aussicht auf Hilfe von außen hat dazu geführt, dass die Regierungen den Forderungen der Bürger lieber nachgeben, weshalb Paris beispielsweise am frühen Renteneintritt nicht rüttelt und Rom die Immobiliensteuer wieder abgeschafft hat. Wegen des Euro-Systems werden alle dort gemachten Defizite am Ende auch von den Deutschen zu tragen sein. Daher sind, solange der Euro in seiner jetzigen Form fortbesteht, neue, noch höhere Belastungen für die Deutschen schon jetzt „alternativlos“. *Hans Heckel*

### Italien und Frankreich werden zum Problem

## Böse auf Politik und Banken

Infratest-Umfrage: Deutsche wollen stärkere Regulierung

Die Deutschen sind von der Politik sowie den Banken enttäuscht und fordern eine strengere Regulierung der Finanzwirtschaft. Das ist das Ergebnis einer aktuellen, repräsentativen Umfrage von TNS Infratest im Auftrag der Triodos Bank. Die Mehrheit der Befragten (65 Prozent) ist der Meinung, dass seit der Finanzkrise keine ausreichenden Schritte von Seiten der Politik unternommen worden seien, um eine Wiederholung der Krise zu vermeiden. Insbesondere Befragte mit höherem Bildungsabschluss und Anhänger der Grünen stellen der Politik ein schlechtes Zeugnis aus. Selbst die Anhänger der regierenden CDU/CSU sind nur zu 43 Pro-

zent mit der bisherigen Politik zur Finanzmarktregulierung zufrieden. Auch wenn nur rund ein Drittel der Befragten seine persönliche wirtschaftliche Situation durch die

### Dennoch kaum Einfluss auf Wahlentscheidung

Euro- und Finanzkrise verschlechtert sieht, plädiert doch mit 89 Prozent die große Mehrheit dafür, dass der Staat zukünftig strengere Regeln aufstellt. Fünf Jahre nach Beginn der Finanzkrise glauben 80 Prozent der Deutschen nicht, dass die Banken aus der Finanzkrise gelernt haben und finden sie heute

noch genauso intransparent wie früher. So weiß beispielsweise mehr als die Hälfte nicht, was ihr Geldinstitut mit ihrem Ersparnen macht. Trotzdem hat das Thema Bankenregulierung nur für rund ein Drittel der Befragten Einfluss auf die eigene Wahlentscheidung. Dies gilt selbst für diejenigen, deren persönliche wirtschaftliche Situation sich laut eigener Aussage durch die Krise verschlechtert hat. Im Parteienspektrum hat das Thema bei der Anhängerschaft der Grünen mit 47 Prozent am ehesten Bedeutung für die Wahlen. Bei SPD- und Linke-Anhängern sind es 40 Prozent, bei denen der Union dagegen nur 24 Prozent. *J.H.*

## Abgekartetes Spiel?

Geheimdienstler erfuhren offenbar schon vorab von Giftgasattacke

Nur Assads Truppen seien zu dem Chemiewaffeneinsatz vom 21. August in der Lage gewesen, so lauteten die Reaktionen in Washington und Paris auf den UN-Untersuchungsbericht. Trotz aller darin vorgelegter Details bleiben jedoch wichtige Fragen offen. Angesichts militärischer Erfolge scheint kaum plausibel, dass Syriens Regierungstruppen ausgerechnet auf Giftgas zurückgegriffen haben sollen. Der Sarin-Einsatz kam zudem zu einem Zeitpunkt, an dem bereits UN-Inspektoren im Land waren, um frühere Vorwürfe von Giftgaseinsätzen zu klären. Auch ist vor diesem Hintergrund eine Meldung der „Times“ vom August 2012 es wert, nochmals in Er-

innerung gebracht zu werden. Hier nach köderten einige Staaten mit hohen Geldsummen zum Verrat an Assad. Die Schmiergelder stellten vor allem für die mittlere Regime-

### Mit Schmiergeld zum Verrat an Assad geködert

Ebene einen Anreiz dar: „für Botschafter, Minister oder Generäle der regulären Armee“, so der „Spiegel“. Schwer zu klären wird sein, ob derartige Zahlungen auch am 21. August eine Rolle gespielt haben. Indizien sind vorhanden. Etwa in einem Memorandum, das zwölf ehemalige Angehörige der Streit-

kräfte und verschiedener Geheimdienste an den US-Präsidenten gerichtet haben. Die Ex-Geheimdienstler, die noch über Hintergrundwissen verfügen, warten in ihrem Schreiben mit erstaunlichen Details auf. Bereits Mitte August soll in einer türkischen Kaserne in Antakiya, die der „Freien Syrischen Armee“ (FSA) als Kommandozentrale dient, ein besonderes Treffen stattgefunden haben. Den anwesenden Vertretern der Anti-Assad-Guerilla sowie Geheimdienstoffizieren aus Katar, der Türkei und den USA sei dabei eröffnet worden, dass eine „den Krieg verändernde Entwicklung“ unmittelbar bevorstünde, die zu einer Bombardierung Syriens durch die USA führen werde. *N.H.*

JAN HEITMANN:

### Ungerecht

Würde er noch leben, dürfte Franz Josef Strauß dieser Tage ein Wechselbad der Gefühle mitmachen. Einerseits Freude über den Erfolg seiner CSU, andererseits Verärgerung über das Landesverfassungsgericht Schleswig-Holstein, das die seit 1955 geltende Befreiung des Südschleswigschen Wählerverbandes (SSW) von der Fünf-Prozent-Klausel bestätigt hat. Hatte er doch einst gepoltet, ein Bundesland dürfe nicht „von Dänen regiert“ werden. Das aber ist seit Juni 2012 der Fall. Der SSW vertritt die Interessen der dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein. Ihm beitreten und ihn wählen kann indes jeder. Und seine Programmatik ist schon lange nicht mehr auf Minderheitenthemen beschränkt. Auch dürfte er bei Bundestagswahlen antreten. Für alle Parteien, die an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert sind, ist das nur schwer erträglich, sind die auf sie entfallenden Stimmen doch offensichtlich weniger wert. Der Schutz nationaler Minderheiten ist einer der Garantien für ein friedliches Zusammenleben der Völker. Das weiß niemand besser als die Deutschen, gibt es doch in den Vertreibungsgebieten große deutsche Volksgruppen. Von Privilegien, wie der SSW sie genießt, können sie allerdings nur träumen. Das gilt auch für die Friesen und die Sorben, die in Deutschland ebenfalls als Minderheiten anerkannt sind. Man stelle sich vor, auch ihre Angehörigen würden auf einmal erleichterten Zugang zur parlamentarischen Teilhabe für sich reklamieren. Kaum vorstellbar, dass sie damit Erfolg haben würden. Das „Dänenprivileg“ ist und bleibt ungerecht. Mit Beiräten, wie sie anderen Minderheiten zugestanden werden, wäre ihrem Anspruch auf politische Mitwirkung genüge getan.



MELDUNGEN

Strafanzeige gegen Ude

München – Christian Jung, einer der Initiatoren des Bürgerbegehrens gegen das umstrittene Zentrum für Islam in Europa (ZIEM) hat Strafanzeige wegen Verleumdung und Untreue gegen Oberbürgermeister Christian Ude (SPD) erstattet. Dieser hatte in einem weit verbreiteten „Informationsbrief“ sowie im städtischen Intra- und im Internet behauptet, Jung werde vom Verfassungsschutz beobachtet. Nach Auskunft des Landesamtes für Verfassungsschutz ist dies jedoch nicht der Fall. J.H.

Warnung vor Freihandelszone

Berlin – Trotz des NSA-Abhörskandals scheint das Vertrauensverhältnis zwischen den USA und Europa offenbar nicht dauerhaft gestört zu sein, denn eine gemeinsame Freihandelszone gilt immer noch als angestrebtes Ziel. Doch die Freihandelszone, die Handelshemmnisse beseitigen und den Handel zwischen beiden Partnern deutlich steigern soll, ist nicht unumstritten. „Wie stark Deutschland davon profitieren wird, ist unklar“, meint Hubert Aiwanger, Vorsitzender der „Freien Wähler“. „Schon jetzt ist jedoch absehbar, dass sich die USA auf die hohen europäischen Standards für den Schutz der Verbraucher, der Arbeitnehmer, der Umwelt und der Datensicherheit nicht einlassen werden. Das Abkommen darf auch kein Einfallstor für Genfleisch oder Sozialdumping sein.“ Auch fürchtet Aiwanger, „dass die aus der umstrittenen EU-Dienstleistungsrichtlinie vorerst herausgenommene Liberalisierung der Trinkwasserversorgung nun über den Umweg des Freihandelsabkommens mit den USA doch noch kommen werde“. Zudem betrachteten die „Freien Wähler“ den Umstand, dass die seit Juli geführten Verhandlungen weitgehend hinter verschlossenen Türen stattfinden, mit Sorge. Bel

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt der AIS Art Investing Services / Editions Atlas Pilotenuhr bei

Die Schulden-Uhr: Vorschlag aus Paris

Frankreichs Finanzminister Pierre Mincovici hat einen Vorschlag gemacht, wie der sozialistische Strukturkonservatismus in seinem Land zu finanzieren ist: durch die anderen Nationen der EU. So fordert er laut „Focus“ für Europa einen Einheitshaushalt zum Ausgleich von Konjunkturschwankungen. Die Ausgaben für Arbeitslosengeld und Forschung sollen die Mitgliedsstaaten zumindest teilweise auf die EU abwälzen können. Die Gemeinschaft soll diese Kosten dann ihrerseits wieder über Mehrwert-, Körperschaft-, Finanztransaktions- und Kohlendioxidsteuer sowie Sozialabgaben auf die EU-Bürger abwälzen. M.R.

2.078.364.411.400 €

Vorwoche: 2.077.839.454.721 € Verschuldung pro Kopf: 25.850 € Vorwoche: 25.844 €

(Dienstag, 17. September 2013, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Auch für Bayern mehr Macht

Mit Rückerlangung der absoluten Mehrheit kann sich die CSU auch in Berlin besser durchsetzen

Mit einem beeindruckenden Wiederaufstieg hat die CSU die absolute Mehrheit der Sitze im Landtag zurückerobert – nach fünf Jahren Koalition mit der FDP. Die SPD verbesserte sich auf niedrigem Niveau, die kleinen Parteien wurden noch kleiner.

„In Bayern gehen die Uhren anders, nämlich richtig“, meinte Wahlsieger Horst Seehofer am Tag nach der gewonnenen Landtagswahl vor Journalisten und hatte damit die Lacher auf seiner Seite. In der Tat bewiesen die Bayern aus seiner Sicht eine bemerkenswerte „kollektive Intelligenz“, die Seehofer sonst gern der CSU zubilligt: Sie honorierten die Regierungsleistung, die Bewältigung der Krise, aus der Bayern sogar gestärkt hervorging. Nach dem beispiellosen Absturz auf 43,4 im Jahr 2008 holte die CSU nun wieder 47,7 Prozent. Bei einer höheren Wahlbeteiligung bedeutet das in absoluten Zahlen einen satten Zuwachs um eine Million Stimmen, von 4,6 auf 5,6 Millionen. Nun verfügt die CSU über 101 von 180 Sitzen im schmucken Maximilianeum am Isar-Hochufer.

Die FDP flog hochkant aus dem Landtag – ein Absturz von 8,0 auf 3,3 Prozent. Damit wurden die Liberalen als inhaltsleere Funktionspartei entlarvt, auf die die CSU im Fall des Falles zurückgreifen kann, wenn sonst keine bürgerliche Mehrheit zustande kommt. Geradezu lächerlich machte sich die FDP mit ihrem Anti-CSU-Wahlkampf – und das nach fünf Jahren enger koalitionärer Zusammenarbeit.

Die SPD, die vor zwei Jahren nach langem Werben den populärsten Sozialdemokraten des Landes, Münchens Oberbürgermeister Christian Ude, als Spitzenkandidaten präsentieren konnte, verbesserte sich auf niedrigem Niveau: Nach dem historischen Tiefstand von 18,6 Prozent 2008 gelang nun ein bescheidener Zuwachs auf 20,6. Das ist schon bitter für die Genossen in einem Industrieland wie Bayern. Noch in den 1990er Jahren konnte die SPD an der 30-Prozent-Marke kratzen, doch nun betrachtet auch der BMW- und Audi-Arbeiter offensichtlich eher die CSU als seine politische Heimat.

Besonders drastisch ist der Absturz der Grünen zu werten, die

sich im Maximilianeum gern in die Pose der „Premium-Opposition“ zu werfen pflegten. Nur noch 8,6 Prozent, nachdem sie in Umfragen schon einmal auf über 20 Prozent taxiert worden war und im Nachbarland Baden-Württemberg die Macht erobert haben – das ist schon bitter. Aber die Grünen sind in weiten Teilen der denkenden Bevölkerung diskredi-

FDP und Grüne gruben sich ihr eigenes Grab

tert. Nicht nur stießen sie ihre besserverdienende Klientel, Chefärzte in Starnberg und Wirtschaftsjuristen in Grünwald, mit ihren wahnwitzigen Steuerplänen vor den Kopf. Die Grünen überschätzten offensichtlich deren Masochismus. Vor allem aber wurde den Grünen die eigene Hybris zum Verhängnis. Die Selbsterhebung als eine Art Ersatzreligion mit etwa 25 verschiedenen Verbotsvorschriften. Außerdem wirkte der Pädophilen-Skandal

der Grünen abschreckend – nicht nur die Tatsache, dass Pädophile die politischen Ziele der Grünen in den 1980er Jahren mitbestimmten, sondern vor allem der heutige schulterzuckende Umgang: das völlige Fehlen jedes Mitgefühls, der durchsichtige Versuch, mit allerhand Tricks und dem Medien-Einfluss die Debatte kleinzuhalten und die damit durchscheinende grüne Doppelmoral.

Einige Mankos, die die CSU 2008 gehemmt hatten, waren diesmal nicht mehr vorhanden. Einmal ein schwacher Spitzenkandidat Günther Beckstein – ein Nürnberger, der speziell in Altbayern überhaupt nicht zog und die dortige CSU im Wahlkampf lähmte. Dann der Mangel an Bescheidenheit, der unbedingte Anspruch „50 plus X“, der bei den Menschen nicht verfiel: Die Mehrheit will im Grundsatz keine Alleinregierung. Und Seehofer tut nun auch alles, dies fast schon als eine Art Betriebsunfall darzustellen. Und drittens präsentierte sich die CSU diesmal als einheitliche, verschworene Kampfgemeinschaft, was 2008 nicht der Fall war.

Ein weiterer Faktor, den viele Analytiker übersehen und den Nicht-Bayern schwer verstehen können, wiegt schwer: Die CSU, und nur die CSU, ist der Garant dafür, dass Bayern unabhängiger ist als andere Bundesländer. Ein Beispiel: Wenn ein Ministerpräsident eines anderen Landes im Bund etwas durchsetzen will, muss er bei seinem Parteichef in Berlin anklopfen und darum bitten. Wenn hingegen ein bayerischer Ministerpräsident etwas durchsetzen will, kann er sich auf seine Macht als direktes Mitglied der Regierungskoalition stützen. Er sitzt als einer der drei Großen in der Koalitionsrunde, seine Unterschrift zielt den Koalitions- und damit den Regierungsvertrag. Diese Rolle war 2008 stark untergraben – erstens, weil Huber und Beckstein in Berlin nicht ernstgenommen wurden. Und zweitens, weil die CSU in der damaligen Großen Koalition rechnerisch nur Zierat war, denn CDU und SPD allein hätten theoretisch eine deutliche Mehrheit gehabt, die CSU musste in vielen Fragen in die Röhre schauen.

Anton Heinrich



Triumphiert: CSU-Chef Horst Seehofer fühlt sich in seinem Tun bestätigt. Selbst Arbeiter fühlen sich inzwischen bei der CSU mehr daheim als bei der SPD.

Bild: pa

Heimatvertriebene und Aussiedler kein Thema

Nur vier Parteien erwähnen diese Wählergruppen und deren Anliegen in ihrem Programm

Jahrzehntelang stellten die deutschen Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler ein bedeutendes Wählerpotenzial dar. Es ist daher kein Wunder, dass sich die Parteien lange zu ihnen und ihren Anliegen bekannten. Doch mit dem Abtreten der Erlebnissgeneration und dem Abebben des Aussiedlerzuzugs hat sich das grundlegend geändert. Die Programme zur Bundestagswahl belegen, dass diese Wählergruppen – von wenigen Ausnahmen abgesehen – für die Parteien keine Rolle mehr spielen oder aus politisch-ideologischen Gründen bewusst ignoriert werden.

Den breitesten Raum nehmen sie noch im „Regierungsprogramm 2013 bis 2017“ von CDU/CSU ein. Darin werden Aussiedler und Heimatvertriebene als „Gewinn für unser Land“ bezeichnet, ohne die „der Wiederaufbau unseres Landes nach dem Zweiten Weltkrieg so nicht gelungen wäre“. Außerdem bekennt sich die Union „zur Geschichte aller Deutschen, auch zur Solidarität mit den Deutschen, die wegen ihrer Volkszugehörigkeit ein besonders schweres Kriegsfolgenschicksal zu er-

leiden hatten“. Um „die Erinnerung an das Leid der Heimatvertriebenen wachzuhalten“, will sie den Weltflüchtlingstag am 20. Juni „um das Gedenken an die Vertriebenen erweitern und ihn künftig auf nationaler Ebene“ begehen. Weiter heißt es: „Aussiedler sind mit ihrem Können, ihrem Fleiß und ihrer kulturellen Tradition ein Gewinn für unser Land. Das kulturelle Erbe der Heimat-

Anerkennung, Förderung, Gedenken und Integration

vertriebenen und Aussiedler ist heute ein selbstverständlicher und wertvoller Teil unserer Identität.“ Außerdem will die Union „zusammen mit den Vertriebenen und ihren Verbänden das Kulturerbe der historischen deutschen Ost- und Siedlungsgebiete als festen Bestandteil der deutschen Kulturnation und Teil der europäischen Identität verankern“. Den Ausbau des Dokumentationszentrums der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ will sie „zügig vorantreiben“, um „das

Schicksal der Heimatvertriebenen und die Hintergründe von Flucht und Vertreibung im 20. Jahrhundert zu dokumentieren sowie dazu beizutragen, Vertreibungen in Gegenwart und Zukunft weltweit zu ächten“. Zudem wollen CDU/CSU die deutschen Volksgruppen unterstützen, da diese „eine wichtige Brückenfunktion wahrnehmen“. Die Unionsparteien sind übrigens die einzigen, die sowohl über eine satzungsmäßige Vereinigung als auch über eine parlamentarische Gruppe verfügen, die sich den Belangen der deutschen Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler widmen.

Die Freien Wähler fordern in ihrem „Programm für Deutschland“ die „Einführung eines Tags der Heimat für das Gedenken an Flucht und Vertreibung in Vergangenheit und Gegenwart“.

Die NPD setzt sich in ihrem Parteiprogramm für ein „Bekenntnis zum Völkerrecht“ ein, indem sie feststellt, Unrecht könne niemals die Grundlage eines dauerhaften Friedens zwischen Völkern sein, und „die Rechtmäßigkeit der durch die Alliierten erzwungenen Grenzenerkennungsverträge“ bestreitet. Weiter heißt es: „Eine na-

tionale Regierung hat sich in Kenntnis der Geschichte und unzweifelhafter Verstöße gegen das Völkerrecht strikt gegen die Preisgabe deutscher Gebiete zu verwahren.“ Darüber hinaus fordert sie „die Aufhebung der Vertreibungs-Dekrete und deren Wiedergutmachung“.

In ihrem „Bundespolitischen Programm“ setzt sich die Ökologische Demokratische Partei (ÖDP)

Letztlich zählen aber nur die Taten, nicht die Worte

für eine bessere Integration von Aussiedlern ein. Dort heißt es, deren inzwischen fast zum Ende gekommene Zuwanderung habe „grundsätzlich eine Bereicherung für Deutschland“ gebracht. Weiter heißt es, „die günstige demographische Struktur der zuwandernden Volksdeutschen“ bremse die Überalterung der deutschen Bevölkerung. Zudem sei deren „Flexibilität auf Grund ihrer Ausbildung und Erfahrung“ ausschlaggebend dafür, dass bei den Aussiedlern die Arbeitslosenquote

niedriger sei als im Durchschnitt. Sie leisteten viel mehr an Sozialbeiträgen, als sie selbst in Anspruch nähmen. Zur ihrer besseren Integration fordert die ÖDP, den Zuwanderern durch „Programme im Bereich Umweltschutz, Forstwirtschaft und ökologischem Landbau“ für die ersten drei Jahre einen Arbeitsplatz zu garantieren. Außerdem will sie Sprachkurse „mit den Arbeitsverhältnissen koordinieren“ und „Stätten der Begegnung und Pflege der Kultur“ öffentlich fördern, um „ein Zusammentreffen und Zusammenwachsen mit den Einheimischen“ zu erleichtern. Papier ist bekanntlich geduldig. Es bleibt abzuwarten, ob und inwieweit diese Bekenntnisse und Ankündigungen tatsächlich zu politischem Handeln mit konkreten Ergebnissen führen. Denn letztlich zählen nur die Taten, nicht die Worte. In den Programmen zur Bundestagswahl der hier nicht genannten Parteien werden die deutschen Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler jedenfalls gar nicht erst erwähnt. Diese Wählergruppen und ihre berechtigten Anliegen sind für sie offensichtlich kein Thema.

Jan Heitmann



## Die kleine Raupe Nimmersatt

Von THEO MAASS

Eric Carle hatte „Die kleine Raupe Nimmersatt“ eigentlich für Kinder geschrieben. Aber die Märchenfigur ergreift zunehmend auch Besitz von der Welt der Erwachsenen. Die „staatlichen Aufgaben“ wachsen schneller als die Steuereinnahmen, und das obwohl der deutsche Steuerzahler noch nie so viel Geld in Form von Steuern und Abgaben berappt hat wie dieser Tage.

Darunter sind Ausgaben, für die kein Steuerzahler freiwillig aufkäme. Euro-Rettungspakete oder die Finanzierung einer „Willkommenskultur“ für äußerst mäßig willkommene Wirtschaftsimmigranten sind der Masse Normalbürger kaum große Teile ihres hart erarbeiteten Einkommens wert. Zumal: Um Straßen, Kindergärten oder Kultur zu finanzieren, ist wegen der anderweitigen Großzügigkeit immer weniger Geld da. Solche Aufgaben sollen daher zunehmend mit weiteren Sonderabgaben finanziert werden. Das hatte Kaiser Wilhelm mit dem Flottenbau schon so gehalten und ab 1902 die Sektsteuer erhoben, die es immer noch gibt, obwohl die Kaiserliche Marine schon lange Geschichte ist.

Städte, die sich des Zuspruchs von finanzkräftigen Touristen erfreuen, haben seit einiger Zeit eine neue Einnahmequelle erfunden. Mehr als 23 Millionen Übernachtungen hat Berlin 2012 verzeichnet. Seit 2000 hat sich ihre Zahl mehr als verdoppelt. Die Steuer nennt sich „City Tax“ oder „Bettensteuer“. Die Hoteliers haben auf die Rechnung einen Betrag aufzuschlagen und die Summe dann an den lokalen Fiskus abzuführen. Gewiss, es ist in Berlin von einer vergleichsweise kleinen Summe – rund 25 Millionen Euro – die Rede.

Natürlich, so die Beteuerung der Politiker, solle das Geld nicht einfach im Gesamt-Etat versickern. Ursprünglich wurde daher versprochen, dass die frisch abgeschöpften Millionen für die Hauptstadt-Kultur verwendet werden sollten, weil dafür wegen sonstiger Aufgaben, siehe oben, nicht mehr genug da sei. Der auch für die Kultur zuständige Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit erklärte inzwischen aber ehrlicherweise, dass die Kultur nicht damit rechnen könne, alle Einnahmen aus der „City Tax“ zu erhalten – und schon gar nicht jährlich wiederkehrend.

Zwar hatte der Senat schon vor der Sommerpause die Erhebung der Bettensteuer beschlossen, aber im Parlament kam es noch nicht zur Abstimmung darüber. Deren Einführung könnte danach noch rechtlich scheitern. Das Bundesverwaltungsgericht hat die Kölner Bettensteuer nämlich für verfassungswidrig erklärt. Statt der erhofften jährlichen Einnahmen von 40 Millionen Euro muss Köln nun erst mal eine halbe Million Gerichts- und Anwaltskosten bezahlen.

# Woidkes Rennen gegen die Zeit

Potsdam: Neuer Ministerpräsident legt guten Start hin – Er hat aber nur ein Jahr bis zur Wahl



**Brandenburgs neuer Ministerpräsident kommt auch wegen seiner Kenntnis über das Landleben bei den Bürgern gut an: Woidke bewundert die Erntekrone beim Dorf- und Erntefest in Kremen**

Bild: pa

**Seit 1990 ununterbrochen an der Macht sind bei der Brandenburger SPD die Ermüdungsanzeichen nicht mehr zu übersehen. Nur knapp ein Jahr bleibt dem neuen Ministerpräsidenten Dietmar Woidke (SPD), um den Aufwärtstrend der Brandenburger CDU zu stoppen.**

Einen Achtungserfolg konnte Brandenburgs neuer Ministerpräsident gleich zu Beginn seiner Amtszeit verbuchen. Bei seiner Wahl erhielt Sozialdemokrat Woidke vier Stimmen mehr, als die rot-rote Koalition im Brandenburger Landtag selbst auf die Waage bringt. Mehr noch: Was zunächst als Verlegenheitslösung aussah, scheint sich für die SPD als Glücksgriff zu entpuppen. Auch seine Antrittstour durchs Land scheint dem 51-Jährigen besser gelungen zu sein, als Skeptiker anfangs dachten. Woidke – der noch vor wenigen Monaten nur jedem zweiten Brandenburger bekannt war – scheint gut anzukommen.

Ein Pluspunkt, den Woidke gezielt ausspielt: Anders als sein Vorgänger Matthias Platzeck stammt er nicht aus der Landeshauptstadt Potsdam, sondern ist ein Mann aus der „Provinz“. Entsprechend glaubhaft kommt es an, wenn der gebürtige Lausitzer versichert, die Kluft zwischen dem reichen Speckgürtel um Berlin und den bevölkerungsarmen, hauptstadtfernen Regionen dürfe sich nicht weiter vertiefen. Auch, dass der promovierte Agraringenieur im Notfall auch melken und einen Trecker fahren kann, bringt

bei den bodenständigen Wählern im ländlichen Brandenburg durchaus Punkte.

Besser als Platzeck hat der bisherige Innenminister Woidke zudem erkannt, wie wichtig den Bürgern die Sicherheitslage im Land ist. Scheinbar unideologisch hat er inzwischen eingestanden, dass es immer noch große Probleme mit Grenzkriminalität und Einbruchsdiebstählen im Berliner Umland gibt. Überwiegend positiv dürfte im Land zudem aufgenommen worden sein, dass der Platzeck-Nachfolger keinen weiteren Anlauf zu einer Länderfusion mit Berlin plant. Im Jahr 1996, als es zu einer (gescheiterten) Volksabstimmung über eine Länderehe kam, galt Woidke als glühender Fusionsbefürworter.

Nun, fast zwei Jahrzehnte später, sieht er, dass für das Projekt bei den Brandenburgern keine Mehrheit zu gewinnen ist. Die Gründe für die Ablehnung seien geblieben, so Woidke. Zum einen stünden 2,5 Millionen Brandenburgern 3,5 Millionen Berlinern gegenüber. Berlin habe zudem gut 60 Milliarden Euro Schulden, Brandenburg nur 18 Milliarden.

All das sind gute Aussichten, dass die SPD auch nach dem Abgang Platzecks ihre Macht behaupten kann – sollte man zumindest meinen. Tatsächlich jedoch droht die märkische SPD in den kommenden Jahren trotzdem in schwieriges Fahrwasser zu geraten:

### BER bleibt ein Gefahrenherd für die Sozialdemokraten

Seit 1990 ununterbrochen an der Macht können die Genossen Verschleißerscheinungen kaum noch verbergen. Schon als es darum ging, einen Nachfolger für Platzeck zu finden, war offenkundig, wie schwach die SPD aufgestellt ist, wenn es um vorzeigbares Spitzenpersonal geht.

Als Warnsignal kann die Posse gelten, die sich um den Landratsposten im Landkreis Teltow-Fläming abgespielt hat. Rechtskräftig wegen Untreue und Vorteilsannahme verurteilt war im Dezember 2012 der langjährige Amtsinhaber Peer Giesecke (SPD) abgewählt worden. Zur Direktwahl eines neuen Landrats trat die SPD dann mit dem Kandidaten Frank Gerhard an. Kurz vor dem Wahltermin wurden indes auch gegen Gerhard Korruptionsvorwürfe laut, auch er ist inzwischen rechtskräftig verurteilt. Das Endergebnis des unwürdigen Hick-Hacks: Eine Kandidatin der Linken setzte sich in einer Stichwahl durch – die SPD stellt in Brandenburg einen Landrat weniger.

Die nächste böse Überraschung droht der SPD bei den Bundestagswahlen. Brandenburgs CDU, deren Repräsentanten sich innerhalb der Union zuweilen schon anhören mussten, die „schlechteste CDU Deutschlands“ zu sein, kann auf ihr historisch bestes Ergebnis hoffen. Im roten Brandenburg hat die Union erstmals seit mehr als zwei Jahrzehnten gute Chancen, den

Genossen gleich mehrere Direktmandate abzufragen, so die Prognose der bisher recht zuverlässigen Hamburger Wahlforscher von „election.de“. CDU-Chef Michael Schierack ist realistisch genug, sich die guten Umfragewerte von Anfang September nicht als eigenen Verdienst ans Revers zu heften: „Der Bundestrend bläst uns diesmal in den Rücken. Die Kanzlerin genießt hohe Sympathie in Ostdeutschland“, so Schierack gegenüber den „Potsdamer Neuesten Nachrichten“. Und: „Wir erhoffen uns vom Abschneiden natürlich auch Rückenwind für die Landtagswahl im nächsten Jahr.“

Ob es die CDU schon bei den Landtagswahlen im Herbst 2014 schafft, in Brandenburg stärkste Partei zu werden, darf indes bezweifelt werden. Die SPD scheint inzwischen erkannt zu haben, dass Wahlerfolge in ihrer jahrzehntelangen Hochburg Brandenburg keine Selbstläufer mehr sind. Woidkes Nachfolger als Innenminister, Ralf Holzschuher (SPD), hat angekündigt, dass es keine weitere Polizeireform geben wird. Das heiße Eisen „Kreisreform“ wird die SPD vor den Landtagswahlen 2014 ebenfalls kaum anpacken – zu groß ist die Gefahr, umgehend bei der Wahl abgestraft zu werden. Als große Unbekannte bleibt das Skandalprojekt Großflughafen BER. Sollten von dort in den kommenden Monaten neue Hiobsbotschaften oder gar nochmals massive Geldforderungen auftauchen, kann es im Herbst 2014 für Brandenburgs SPD tatsächlich noch einmal eng werden.

Norman Hanert

## Berlin will alles

Wasserversorgung steht vor dem Rückkauf

Berlins Wasserversorgung steht vor der vollständigen Rekomunalisierung. Wie Finanzsenator Ulrich Nußbaum (parteilos) in der vergangenen Woche mitteilte, könnte das Land Berlin den privaten Anteil (24,9 Prozent) des französischen Konzerns Veolia an den Berliner Wasserbetrieben für 590 Millionen Euro zurückkaufen. Hinzu kämen Nebenkosten wie fällige Zahlungen sowie die anteilig fällig werdenden Gewinn- und Zinsansprüche für das laufende Jahr in Höhe von insgesamt 54 Millionen Euro. Das Geschäft soll rückwirkend zum 1. Januar 2013 erfolgen. Finanziert werden soll es mit einem über 30 Jahre laufenden Kredit der landeseigenen Investitionsbank Berlin. Das Geld für Tilgung und Zinsen soll nicht dem Landeshaushalt entnommen werden, sondern aus dem Gewinnanteil der Wasserbetriebe kommen, der bisher an Veolia geflossen ist. Nußbaum verspricht sich von dem Rückkauf eine „ver-

lässliche, nachhaltige Einnahmequelle“. Der Senat, das Abgeordnetenhaus und die EU müssen dem Geschäft noch zustimmen. Andernfalls hat Veolia das Recht, von dem Vertrag zurückzutreten.

Unmittelbare Auswirkungen auf die Wasserpreise wird der Besitzerwechsel nicht haben, da die Preise gesetzlich und vertraglich festgelegt sind. Der politische Wille zu deren Senkung sei aber parteiübergreifend vorhanden, so Nußbaum. Sollten die Wasserpreise tatsächlich gesenkt werden, würden der öffentlichen Hand unweigerlich Einnahmen entgehen.

Die CDU-Fraktion und die meisten SPD-Abgeordneten im Landesparlament hatten 1999 die Privatisierung der Hälfte der Wasserversorgungsbetriebe beschlossen. Damals hatte der Energiekonzern RWE ebenfalls 24,9 Prozent erworben, seinen Anteil aber im Jahre 2012 für 618 Millionen Euro zuzüglich 39 Millionen Euro Nebenkosten wieder zurückgegeben. J.H.

## Perfide Inszenierungen

Debatte über den Rauswurf von Schülern aus der Berliner Ossietzky-Schule im Jahr 1988

Im September 1988, ein Jahr vor der friedlichen Revolution in der DDR, wurden vier Schüler aus der Ossietzky-Oberschule in Berlin-Pankow geworfen: Philipp Lengsfeld, Kai Feller, Katja Ihle und Benjamin Lindner. Ihnen wurde unter anderem „antisozialistisches Verhalten“ vorgeworfen. Der Rausschmiss der Schüler erregte damals großes Aufsehen.

Über die Ereignisse an der Ossietzky-Oberschule vor 25 Jahren diskutierten jetzt bei der „Deutschen Gesellschaft e.V.“ in Berlin Lengsfeld und Feller mit Marianne Birthler und Carsten Krenz, dem Sohn des letzten SED-Generalsekretärs Egon Krenz. Krenz junior besuchte seinerzeit, wie etliche Kinder von SED-Größen auch, ebenfalls die Ossietzky-Schule.

Lengsfeld ist der Sohn der früheren CDU-Bundestagsabgeordneten Vera Lengsfeld. Der 41-jährige Physiker ist jetzt selbst CDU-

Bundestagskandidat in Berlin. Wie er erzählte, seien er und seine Mitschüler sehr leistungsbeusst gewesen. Doch habe man die ständigen Gängeleien satt gehabt. „Wir waren eher kritische Jugendliche“, erklärte er, „die nicht mehr in das System reinpassten.“ Den Rauswurf von der Schule habe man jedoch nicht erwartet.

Den Schülern war 1988 erlaubt worden, an einer „Speaker’s Corner“ genannten Säule in der Schule Meinungsäußerungen anzubringen. Kai Feller hatte darauf einen selbstgeschriebenen Artikel aufgehängt, in dem er sich unter anderem kritisch zur geplanten Militärparade zum DDR-Jubiläum äußerte. Dazu sammelte er auch noch 38 Unterschriften. Jetzt schritt der Schuldirektor ein: Unterschriftensammlungen seien gesetzwid-

rig. Eine Schulpflicht und die Stasi wurden informiert. Unter massivem Druck wurden die Schüler aufgefordert, ihre Unterschriften zurückzuziehen. Auch mit den Eltern wurden Gespräche geführt. Acht Schüler zogen ihre Unterschriften nicht zurück.

Von ihnen erhielten zwei einen Verweis, zwei mussten die Schule wechseln, die genannten Vier jedoch flogen von der Schule, ohne eine andere besuchen zu dürfen.

Lengsfeld schilderte, wie sie „durch die Mangel gedreht“ worden seien. Wie man Mitschüler gezwungen habe, über ihre Schulkameraden abzustimmen, auch über den Ausschluss aus der FDJ. Und wie „spalterisch“ man bei den einzelnen Bestrafungen vorgegangen sei. „Auch die Relegation selber“, erklärte er, „war eine

### »Wie ist es, wenn man sich schweinisch verhalten hat?«

ganz perfide Inszenierung. Frühmorgens bei einer Schulpflichtversammlung hat der Direktor uns einzeln aufgerufen und der Tür verwiesen.“

Carsten Krenz erklärte, er habe eben „auf der anderen Seite“ gestanden. „Aus heutiger Sicht“ hätte sich das System nicht mehr anders zu wehren gewusst. Marianne Birthler, damals Jugendreferentin im Stadtjugendpfarramt, fragte Krenz, wie man sich fühle, wenn man Mitschüler schmählich im Stich gelassen und sich „wirklich einmal schweinisch verhalten“ habe? Krenz gab zu, für FDJ-Verbandsstrafen gegen seine Mitschüler gewesen zu sein. Doch auch die FDJ hätte in diesem Falle nicht wirklich etwas zu entscheiden gehabt. Als Lengsfeld meinte, vielleicht hätte man versuchen sollen, Krenz auf die eigene Seite zu ziehen, erklärte dieser: „Das wäre Illusion gewesen. Ich stand politisch woanders.“ Michael Leh



Zeitzeugen



**Frank Church** – Bereits im Jahr 1975 warnte der damalige Senator (1924–1984) als Mitglied des „Senate Foreign Intelligence Committee“ vor der Macht des Geheimdienstes NSA: „Die Fähigkeiten der NSA können jederzeit gegen das amerikanische Volk angewendet werden, für keinen Amerikaner bliebe eine Privatsphäre übrig, so groß sind die Kapazitäten, alles zu überwachen: Seien es Telefongespräche oder Telegramme, es spielt kein Rolle. Übernähme ein Diktator jemals die NSA, ermöglichte ihm das die Errichtung der totalen Tyrannei, und es gäbe keine Möglichkeit der Gegenwehr.“



**William Binney** – In einem Interview mit dem Magazin „Wired“ im Jahr 2012 warnte der ehemalige US-Nachrichtendienst-Mitarbeiter davor, dass die USA nur einen Haarbreit davor seien, „ein schlüsselfertiger totalitärer Staat“ zu sein. Nachdem die NSA im Jahr 2001 das Abhörprogramm „Stellar Wind“ gestartet hatte, bei dem US-Bürger ohne richterliche Vollmacht überwacht wurden, hatte Binney den Geheimdienst nach 40 Jahren verlassen. In seiner letzten Funktion war Binney Technischer Direktor der NSA.



**Michael Bloomberg** – Bereits im Jahr 2011 hat New Yorks Bürgermeister mit einem ebenso bizarren wie fehlerhaften Vergleich für Aufsehen gesorgt: „Mit dem New York Police Departement (NYPD) habe ich meine eigene Armee, und die ist die siebtgrößte der Welt.“ Insgesamt hat das NYPD 51000 Angestellte. Für das Jahr 2013 beträgt das Budget der New Yorker Polizei 4,6 Milliarden Dollar.

**Peter Martino** – Der Oberst des U.S. Marine Corps in Reserve gilt als scharfer Kritiker der Militarisierung der Polizeiarbeit in den USA: „Wir bauen im Inland eine Armee auf und lassen das Militär schrumpfen, weil die Regierung Angst vor ihren eigenen Bürgern hat.“

**Mary Ann Salazar** – „Wir sind eine paramilitärische Organisation. Die Einstellung von Armeeveteranen ergibt deshalb Sinn ...“, so die Personalchefin beim Sheriff von Orange County in Florida gegenüber einer Lokalzeitung.

# Schlüsselfertige Diktatur

Was passiert, wenn der gewaltige US-Sicherheitsapparat in die falschen Hände gerät?

„Diese Mischung aus Antiamerikanismus und Naivität geht mir gehörig auf den Senkel.“ Mit diesen Worten glaubte Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) sich im Juni schützend vor den Geheimdienst NSA stellen zu müssen. Wie weit Friedrich mit seinem Vorwurf des Antiamerikanismus danebenlag, wird mit Blick auf die USA selbst deutlich.

Längst vor den NSA-Enthüllungen ist in den Vereinigten Staaten eine interessante Diskussion über die Frage, ob die USA sich in einen Polizei- und Überwachungsstaat verwandelt haben, in Gang gekommen. Mehr noch: Die Zweifel wachsen, ob der gewaltige Sicherheitsapparat, der in den letzten Jahren entstanden ist, am Ende weniger gegen Terroristen als gegen das eigen Volk gerichtet sein könnte. Es sind nicht nur die „üblichen Verdächtigen“ wie linke Bürgerrechtler, die warnen, mulmig wird inzwischen selbst Personen, die mitunter jahrzehntelang bei Sicherheitsbehörden tätig waren. Tatsächlich lässt sich die Datensammelwut der US-Geheim-

dienste auch gegen die eigene Bevölkerung mit dem „Krieg gegen den Terror“ nur noch äußerst notdürftig bemänteln. Längst hat sich auch der „Krieg gegen die Drogen“ zu einer Triebkraft auf dem Weg in den Polizeistaat entwickelt. Was unter diesem Etikett alles möglich ist, macht das Programm „Hemisphere“ der US-Drogen-

fahndung DEA deutlich, das vor Kurzem bekannt geworden ist. Durch eine Kooperation mit dem Telefonriesen AT&T hat sich die DEA wahrscheinlich einen noch umfassenderen Zugriff auf Telefondaten von US-Bürgern gesichert, als ihn die NSA hat. Laut „New York Times“ sind 140 Millionen Amerikaner betroffen, pro Tag werden vier Milliarden Verbindungsdaten gespeichert. Angestoßen von dem Journalisten Radley Balko mit seinem Buch „Rise of the Warrior Cop: The Militarization of America's Police Forces“ ist noch eine andere Entwicklung in den Fokus ge-

rückt: die zunehmende Militarisierung der Polizeiarbeit in den USA. Im Alltag kaum noch zu übersehen ist, wie die Polizei in den letzten Jahren aufgerüstet hat. Die Beamten sehen immer öfter so aus, als seien sie Soldaten im Afghanistan-Einsatz. Auch neubeschaffte gepanzerte Fahrzeuge scheinen weniger für herkömmliche Polizeiarbeit geeignet als vielmehr für einen militärischen Einsatz oder aber – so die Befürchtung – für einen Bürgerkrieg. Auch militärische Einsatztaktiken sind im Polizeialltag auf dem Vormarsch. Selbst wenn es um Routineeinsätze geht, rücken immer öfter gleich martialisch auftretende SWAT-Teams an. Angesichts der Hochrüstung ist es durchaus berechtigt zu fragen, was der Zweck der Militarisierung der Polizeiarbeit ist. Genauso naheliegend ist allerdings eine andere Frage: „Was wenn dieser gewaltige Sicherheitsapparat eines Tages in falsche Hände gerät?“ Wenn ein US-Präsi-

dent beschließt, sich nicht mehr an demokratische Spielregeln zu halten, und den militarisierten Polizeiapparat samt omnipotenter Geheimdienste wie NSA und CIA dazu nutzt, die USA in eine Diktatur umzubauen. Dass solche Befürchtungen nicht völlig von der Hand zu weisen sind, macht das Beispiel von Richard Nixon, einem der wohl umstrittensten US-Präsidenten, deutlich. Nach dem, was inzwischen an Material über ihn vorliegt, ist davon auszugehen, dass Nixon über Jahrzehnte unter ernsthaften psychischen Problemen litt. Einen Hinweis, wie ein Staatsstreich unter Ausschaltung eines US-Präsidenten aussehen kann, hat der 11. September 2001 geliefert. Wie aus dem offiziellen Untersuchungsbericht hervorgeht, war am Tag der Anschläge zum ersten Mal in der US-Geschichte eine Regelung namens „Continuity of Government“ in Kraft getreten: Da US-Präsident Georg W. Bush zeitweise als nicht erreichbar galt, hatte Vize-Präsident Dick Cheney die Kommandogewalt an sich gezogen. Norman Hanert



Bild: action press

Äußerst martialisch: US-Polizei-Sondereinsatzkommando begibt sich an einen Einsatzort in Oakland

## Bis an die Zähne bewaffnet

Wenn Polizisten zu Soldaten werden

Die ersten Grundlagen für das, was inzwischen als Militarisierung der US-Polizei bezeichnet wird, wurden bereits vor über 40 Jahren gelegt. In Los Angeles richtete der damalige Inspektor Darryl Gates als erster ein SWAT-Team ein. Angestoßen wurde die Gründung dieses ersten paramilitärischen Spezialeinsatzkommandos durch mehrere gewalttätige Proteste der Black Panther ebenso wie durch das „Clock Tower-Massaker“ 1966 in Texas. Dort hatte ein Ex-Marine 17 Menschen erschossen, ehe ihn die Polizei ausschalten konnte. Gezeigt hatte sich, dass reguläre Polizeikräfte in Extremsituation mit ihrer Ausbildung und Ausrüstung zu ineffektiv agieren. Speziell ausgebildete SWAT-Teams sollten deshalb immer dann zum Einsatz kommen, wenn in Extremsituationen wie Geiselnahmen und Banküberfällen Menschenleben bedroht sind.

Doch seit Anfang der 80er Jahre änderte sich dies. Unter Präsident Ronald Reagan wurden die SWATs zunehmend auch im Polizeialltag eingesetzt – etwa wenn es galt, Haftbefehle gegen Drogenhändler zu vollstrecken. Bis heute nimmt die Zahl der SWATs immer noch

zu. Über einen eigenen SWAT verfügt sogar die Nationalparkbehörde.

Einen Meilenstein bei der Militarisierung der Polizeiarbeit stellt das Jahr 1997 dar. Im US-Kongress wurde das „1033 Program“ beschlossen. Überschüssiges Militärgerät sollte vom Pentagon fortan nahezu unentgeltlich an Polizeibehörden abgegeben werden. Das

### Altes Militärgerät geht an Heimatfront

„1033 Program“ läuft bis heute, allein im Jahr 2011 wurde Militärgerät im Wert einer halben Milliarde Dollar an Polizeibehörden abgegeben. Im Vergleich zu dem, was nach den Anschlägen des 11. September 2001 anlie, war das Pentagon-Programm aber nur ein kleiner Fisch. Das 2001 gegründete Departement for Homeland Security (DHS) hat seit seiner Gründung insgesamt 34 Milliarden Dollar an die Polizeibehörden zu deren Aufrüstung überwiesen. Der Effekt der Geldflut: Landesweit deckte sich die Polizei mit Gerät ein, das eigentlich für militärische

Zwecke bestimmt ist. Angeschafft wurden Maschinengewehre, Hubschrauber und gepanzerte Fahrzeuge.

Ebenso ist erstaunlich die Anschaffungspolitik der Heimatschutzbehörde selbst. 2012 meldete der Waffenhersteller ATK etwa, dass die US Homeland Security bei ihm 450 Millionen Hohlmantelgeschossen bestellt habe. Der Vorgang ist in zweierlei Hinsicht bemerkenswert. Die Heimatschutzbehörde ist ausschließlich für das Gebiet der USA zuständig, somit ist die Munition für den Einsatz im Inneren gedacht. Zum anderen ist Hohlspitzmunition nach der Genfer Konvention verboten und wird vom US-Militär auch nicht bei seinen Kriegseinsätzen verwendet. Insgesamt soll sich die von der Heimatschutzbehörde beschaffte Munition auf 1,6 Milliarden Schuss allein für 2012 belaufen. Sollte in Washington tatsächlich damit gerechnet werden, dass eines Tages bürgerkriegsähnliche Zustände ausbrechen, dann werden derartige Mengen an Munition nicht zu knapp bemessen sein. Die Zahl der Schusswaffen, die sich in den USA in Privathand befinden, wird auf 270 Millionen geschätzt. N.H.

## Hau-drauf-Truppe ohne Halt

Hiesigen Konsumenten von US-Fernsehserien dürften die SWAT-Teams (Special Weapons and Tactics) längst ein Begriff sein: Gut trainierte Sondereinsatzkommandos der US-Polizei, die vemummt und schwer bewaffnet auftreten. Wurden sie früher nur zu riskanten Gefahrenlagen wie Geiselnahmen herangezogen, kommen sie heutzutage immer öfter bei polizeilichen Routineaufgaben zum Einsatz. Ablesbar ist die Entwicklung an der Zahl der Einsätze: Wurden Anfang der 1970er Jahre die SWATs pro Jahr nur einige hundertmal angefordert, so ist die Zahl der Einsätze im Jahr 2006 auf rund 50 000 gestiegen. Ein Grund für die gestiegenen Zahl ist auch der hohe Unterhalt der Spezialkräfte. Einmal angeschafft,

### SWAT-Team auch bei Routineeinsätzen

gibt es einen Rechtfertigungsdruck, sie auch einzusetzen, selbst für Aufgaben, für die sie nie vorgesehen waren. Zudem bietet ihr Einsatz einen juristischen Vorteil: Während die reguläre Polizei dem Betroffenen Zeit geben muss, die Tür zu öffnen, bevor sie sich selbst Zutritt verschafft, dürfen die SWATs ohne Ankündigung die Tür aufbrechen und die Wohnung stürmen. Immer häufiger rücken die SWAT-Teams etwa zur Vollstreckung von Haftbefehlen an, selbst wenn die zu Verhaftenden nicht als gewaltbereit gelten. Eingesetzt wird ein schwerbewaffnetes SWAT-Team inzwischen aber auch schon mal, wenn geklärt werden soll, ob eine Bar Alkohol an Minderjährige ausschenkt. Entsprechend dem inflationären Einsatz der Sondereinsatzkommandos ist die Zahl der „Kollateralschäden“ gestiegen: Eine Namensverwechslung, eine falsche Adresse oder der falsche Zeitpunkt, und der Einsatz der paramilitärischen Spezialkräfte endet für Passanten, Kinder oder Haustiere als Tragödie. N.H.

## Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND  
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:

**Dr. Jan Heitmann**  
(V. i. S. d. P.)

**Chefin vom Dienst, Politik, Bücher:** Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbrief:** Harald Tews; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

**Freie Mitarbeiter:** Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlit.

**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – ISSN 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

**Bezugspreise** pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

**Konten:** HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000, Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

**Telefon** (040) 4140 08-0  
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32  
Fax Redaktion (040) 4140 08-50  
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-47  
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42  
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

**Internet:**  
www.preussische-allgemeine.de

**E-Mail:**  
redaktion@preussische-allgemeine.de  
anzeigen@preussische-allgemeine.de  
vertrieb@preussische-allgemeine.de

**Landsmannschaft Ostpreußen:**  
www.ostpreussen.de  
Bundesgeschäftsstelle:  
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de  
Benutzername/User-ID: **paz**  
Kennwort/PIN: **5937**







MELDUNGEN

Maulkorb für Imame

**Kairo** – Die ägyptische Regierung hat 55 000 Imame mit einem Predigtverbot belegt. Wie „Egypt Online“ berichtet, ordnete dies der Minister für religiöse Stiftungen, Mohamed Mokhtar Gomaa, an, weil diese Prediger mit ihren fundamentalistischen Überzeugungen ein Sicherheitsrisiko für die Stabilität des Landes darstellten. Meist handelt es sich um Imame in autonomen Moscheen und Gebetsräumen. Die Maßnahme ist ein Teil der Kampagne der Übergangsregierung gegen islamistische Aktivisten und Moslemb Brüder. *J.F.*

Schweiz: Welcher Kanton obsiegt?

**Bern** – Im sogenannten Musterland der Demokratie geht es im November wieder einmal um die Frage eines wiedervereinigten Schweizer Kantons Jura. Bei vielen gilt als sicher, dass es zu keinem neuen Großkanton kommt. Grund dafür ist die ablehnende Haltung des Südjura, der zum Kanton Bern gehört, während der Norden bereits den kleinen autonomen Kanton Jura bildet und auf die Vereinigung drängt. Bereits 1975 hatte der Süden eindeutig für den Verbleib bei den Bernern gestimmt. Damals war es von Seiten der Separatisten zu schweren Unruhen gekommen. Denn die Jurassier und Berner sprechen eigentlich eine unterschiedliche Sprache. Geschichtlich hat der Konflikt seine Wurzeln in der Zeit Napoleons, als der katholische Nordjura zu Frankreich geschlagen wurde und der reformierte Südjura zunächst bei der Eidgenossenschaft verblieb, dann auch zu Frankreich kam. Erst der Wiener Kongress restaurierte 1814/15 die alten Verhältnisse. Den Bernern, die das Aargau und den Waadt verloren, wurde der Jura zugeschlagen, was nicht jedem gefiel. 1979 wurde dann der unabhängige Kanton Jura ins Leben gerufen. *J.F.*

Christen schützen

Jordaniens Monarch: Alle Araber in der Pflicht

Es war ein für die arabische Welt seltenes Ereignis. Jordaniens König Abdullah II. mahnte Anfang dieses Monats bei einer Konferenz der Stiftung „Pro Oriente“ vor etwa 70 Repräsentanten christlicher Kirchen in Nahost: „Der Schutz der Rechte von Christen inmitten der Konflikte, die den Nahen Osten erschüttern, ist keine Frage der Höflichkeit, sondern eine Pflicht!“

Der Monarch strebt ein Bündnis zwischen Muslimen und Christen gegen radikale Tendenzen an, die „dem humanitär-kulturellen Erbe der Region“ fremd seien. Immerhin hätten arabische Christen beim Aufbau der Gesellschaften eine Schlüsselrolle gespielt. Er werde „keine Mühe“ scheuen, wenn es darum geht, die Identität der arabischen Christen zu schützen. Dieses Bekenntnis hat insofern eine besondere Bedeutung, als Abdullah II. seine Abstammung direkt auf die Familie des Propheten Mohammed zurückführt.



Will Islamisten isolieren: König Abdullah II.

**Für die Nationalratswahl am 29. September liefern sich die österreichischen Parteien keinen Schlafwagen-Wahlkampf wie in Deutschland. Die Euro- und Schuldenkrise spielt im Nachbarland eine große Rolle. Den Euro-skeptischen Parteien werden immerhin 30 Prozent der Wählerstimmen prognostiziert.**

Wie ein Hecht im Karpfenteich der Etablierten wirkt dabei der 81-jährige Milliardär Frank Stronach. Der aus Kanada in das heimische Österreich zurückgekehrte Unternehmer ist als Gründer eines bedeutenden Automobilzulieferers (Magna) reich geworden. Von der Wirtschaft versteht er etwas, daher will er den Euro zwar nicht abschaffen, aber flexibel an die Wirtschaftskraft des jeweiligen Landes angepasst wissen. An respektlosen Bemerkungen gegenüber Journalisten („Du hast ja keine Ahnung von Wirtschaft“) oder anklagenden Worten gegenüber seinen Mitbewerbern, denen er Korruption, Intransparenz und Parteienfilz vorwirft, fehlt es ihm nicht. Zuletzt geriet er durch die in Österreich beliebten TV-Wahlduelle allerdings zunehmend in die Defensive. Oft genug ringt der mit einem amerikanischen Akzent sprechende „Fränck“ um passende Worte oder geriet bei außenpolitischen Themen hoffnungslos ins Schleudern.

Mehr oder minder unverhohlen forderte er das militärische Eingreifen Österreichs im syrischen Bürgerkrieg, was mit der traditionellen österreichischen Neutralitätspolitik unvereinbar ist. Außenminister Michael Spindelegger (ÖVP) konterte im Duell mit Stronach elegant und ging als Sieger aus der Auseinandersetzung hervor. Bereits Anfang September

hatte die regierende rot-schwarze Koalition (SPÖ/ÖVP) das 160 Mann starke österreichische Unkontingent aus den syrischen Golan-Höhen abgezogen, als der US-amerikanische Angriff drohte. Dem Team Stronach werden derzeit nur noch acht bis zehn Prozent in den Wahlprognosen zuge-  
traut.

Dagegen trumpfen die Freiheitlichen (FPÖ) mit einem professionell geführten Wahlkampf auf. Auch sie sind Euro-skeptisch orientiert und erreichen derzeit 20 Prozent in den Prognosen. Ihre dritte Plakatkampagne unter dem



Gezielte Provokation: Auch FPÖ-Chef Strache betont, die „Nächstenliebe-Kampagne“ diene nicht dem Ausländerwahlkampf, sondern betone die „Inländerfreundlichkeit“ seiner Partei

vielsagenden Titel „Nächstenliebe“ ist landauf und landab zu sehen. Mit dem biblischen Motto „Liebe deinen Nächsten“ zielt die Partei auf die national empfindende Klientel. Mit Empörung reagierten die Kirchen auf den ihrer

Meinung nach missbräuchlichen Gebrauch der heiligen Worte. Sie argumentierten, dass in dem biblischen Gleichnis vom barmherzigen Samariter es ein Ausländer

Kirchen sprechen vom Missbrauch der heiligen Worte

war, der dem unter die Räuber gefallenen Juden geholfen habe.

Das störte die FPÖ wenig, die „Aus Liebe zu Österreich“ die In-

tegrationspolitik und soziale Themen der rot-schwarzen Koalition angreift. FPÖ-Generalsekretär Herbert Kickl sieht die Kampagne nicht als „Ausländerwahlkampf“, sondern als „Inländerfreundlichkeit“ und betonte: „Integration ist

Pflicht, Verweigerung wollen wir nicht.“

Die FPÖ sieht sich als „einziger Herausforderer“ der derzeit regierenden Koalition. Mit Spannung erwartete das österreichische Fernsehpublikum daher das Duell zwischen Kanzler und SPÖ-Spitzenkandidat Werner Faymann und FPÖ-Frontmann Heinz-Christian Strache am Dienstag dieser Woche (nach Redaktionsschluss). Strache will den Kanzler hart wegen dessen „verfehlter Zuwanderungs-, Schul-, Wirtschafts- und Sozialpolitik“ angehen. Umgekehrt hat Faymann vor, den

penland feststellten. Zwar haben alle Spitzenkandidaten auch klassische Auftritte in den Bundesländern „mit den Menschen“ auf ihrer Agenda, aber der Schwerpunkt ihrer Vorbereitungen liegt auf den TV-Duellen. Bei den emotional und hitzig geführten Fernsehdebatten über Ausländerpolitik, Parteienfinanzierung, die Euro-Rettungspolitik oder die allgemeine Korruption und Vetternwirtschaft wird relativ selten über die wirtschaftliche Lage des Landes diskutiert. Hier versucht sich besonders ÖVP-Chef und Außenminister Michael Spindelegger zu profilieren. Er verspricht den Österreichern eine steuerliche Entlastung der Familien, eine Null-Neuschulden-Politik und immer wieder „420 000 neue Jobs“. Eine erstaunliche Zahl, da in Österreich nur 320 000 Arbeitslose registriert sind. Doch die Pleite von zwei großen Unternehmen in den letzten Monaten verunsicherte viele Alpenländer und ließ die Zahl der Arbeitslosen um über elf Prozent ansteigen.

Spindelegger könnte nur zum Kanzler werden, wenn er mit den Freiheitlichen und Stronach eine Koalition eingehen würde. Derzeit tippen aber fast alle politischen Beobachter auf eine Fortsetzung der großen Koalition, die mit derzeit prognostizierten 45 bis 48 Prozent allerdings knapp die absolute Mehrheit verfehlen könnte. Ob die Grünen mit geschätzten 14 Prozent in das „Bet“ der Rot-Schwarzen einsteigen wollen, ist nach dem harten Fernsehduell zwischen der Grünen-Frontfrau Ewa Glawischnig-Piesczek und Kanzler Faymann fraglich. So könnten die Euro-Skeptiker zum Zünglein an der Waage werden. „Felix Austria“ steht vor der Wahl. *Hinrich E. Bues*

Wenn Nachbarn zu Feinden werden

Religiöse Intoleranz in Ostasien auf dem Vormarsch

In Südostasiens Massengesellschaften lebten über Jahrhunderte die verschiedensten Religionsgemeinschaften weitgehend friedlich zusammen. Doch diese Zeiten sind vorbei. Zunehmende Intoleranz, gegenseitige blutige Bekämpfung, gegenüber Pogromen ohnmächtige Regierungen sind an der Tagesordnung, obwohl in den meisten Verfassungen Religionsfreiheit festgeschrieben ist.

Da religiöse Minderheiten sehr oft auch ethnische Minderheiten sind, werden sie mehr und mehr zur Zielscheibe radikaler „Säuberungen“ fanatischer Islamisten, wütender Hindus, selbst buddhistischer Hardliner in Indien, Bangladesch, Birma, Thailand, China, Malaysia, Indonesien und auf den Philippinen.

„Das Gesicht des buddhistischen Terrors“ titelte unlängst sogar das renommierte Magazin „Time“ und schilderte, wie die roten Mönche systematisch gegen die muslimische Minderheiten vorgehen und selbst vor Gewalt und Brandschatzung nicht zurückschrecken. Im demokratisierten Birma wurden seit 2012 mehr als 200 Menschen aus dem Stamm der islamisch orientierten Rohingya ermordet und Tausende aus dem Land vertrieben. Die weltweite Bekämpfung von Terroristen und wirtschaftliche Ungleichhei-

ten schüren Angst, Misstrauen und radikale Tendenzen, die sich in Burma in wahren Gewaltorgien entluden. Vor allem der Mönch Wirathu macht sich dies in Rangun für seine Kampagnen zunutze. Er postuliert, dass die Muslime mit ihrer hohen Geburtenrate das Land islamisieren wollten, obwohl ihr Anteil an der 56-Millionen-Bevölkerung derzeit gerade einmal 3,6 Prozent beträgt.

In Malaysia, wo ein Drittel der Bevölkerung chinesisch- oder indischstämmig und oft auch wirtschaftlich tüchtiger ist, macht sich eine zunehmende Intoleranz der muslimischen Einwohner breit, obwohl für sie sogar Privilegien in der Verfassung festgeschrieben sind. Das gesellschaftliche Leben wird immer stärker durch islamische Normen geprägt, und die Minderheiten fühlen sich vor den Kopf gestoßen. In den Freitagspredigten werden Christen als Feinde des Islam gebrandmarkt. 60 Prozent der 28 Millionen Einwohner des Landes sind Anhänger des Propheten, der Islam ist Staatsreligion.

Der Süden des beliebten Urlaubslandes Thailand gerät zunehmend in den Griff des islamischen

Terrors. Inzwischen ist das überwiegend buddhistische Land auf dem „Global Terrorism Index“ auf Platz acht der am meisten gefährdeten Staaten gelandet. Auch nahm die Gewalt wieder zu, und es wird befürchtet, dass sie sich auf die beliebten Urlaubsziele Pattaya und Phuket ausdehnt. Die Regierung in Bangkok zeigt sich trotz Militäreinsatzes und Erlasses des Notstandsrechts ohnmächtig.

Der Nachbar Indonesien mit seinen 240 Millionen sunnitischen Muslimen, einst als toleranter Staat bekannt, hat mittlerweile eine radikale Richtung eingeschlagen. Seit 1999 wurden bei Auseinandersetzungen zwischen Muslimen und Christen sowie bei regelrechten Säuberungsaktionen islamistischer Dschihadgruppen mehr als 10 000 Menschen getötet. Besonders in der Provinz Aceh mit ihrem Sonderstatus und der Scharia geht die Polizei immer schärfer gegen jede Art „unislamischen Verhaltens“ vor. Mehr als 30 radikale islamistische Organisationen sorgen für zunehmende Unruhe im Land. Hassprediger machen Druck auf die Regierung in Jakarta und diktieren zusehends die politische Tagesordnung von

Parlament und Regierung. Besonders Christen, die angeblich das Land umformen wollen, stehen im Fokus der Radikalen, Baugenehmigungen für Kirchen werden verweigert, viele beten mit ihren Priestern nur noch unter Polizeischutz, oft indes sieht die Staatsgewalt über Ausschreitungen hinweg, Konzerte westlichen Zuschnitts werden abgesagt.

Seit Jahrzehnten ist es Militär und Ordnungskräften nicht gelungen, den Terror radikaler Muslime im Süden der Philippinen einzudämmen. Immer wieder kommt es zu Entführungen, zu Mord, Überfällen, blutigen Bombenattentaten. Auch in Vietnam, in Indien, Sri Lanka und in Bangladesch nehmen die Auseinandersetzungen mit religiösem Hintergrund zu, Hindus gegen Christen oder Buddhisten, Buddhisten gegen Muslime, Muslime gegen Christen und Hindus. Der ethnische Aufstand der islamischen Uiguren in Südwestchina führt immer wieder zu blutigen Attacken der Regierung in Peking mit Hunderten von Toten.

Es bleibt unruhig in diesem bevölkerungsreichsten Teil der Welt, eine Befriedung scheint kaum möglich, zumal radikale Aufwiegler durch moderne Medien leichter Propaganda verbreiten können. *J. Feyereabend*



# Geld verlässt China

Krise in den Schwellenländern spitzt sich zu: Spanien und Griechenland lassen grüßen

Die großen Schwellenländer taumeln schweren Krisen entgegen. In Indien herrscht bereits Panik, in China Unruhe, in der Türkei und Brasilien begehrt die neue Mittelschicht auf.

Sie waren der Rettungsanker der Weltwirtschaft: Dass insbesondere Deutschland nach dem Einbruch von 2009 so rasant wieder zu Wachstum fand, ist auch den Schwellenländern geschuldet. China oder Indien, die Türkei oder Brasiliens waren seinerzeit weit weniger von der Finanzkrise betroffen, weil ihre Ökonomien weit mehr von der Produktion und dem Konsum realer Werte geprägt waren als von Finanzgeschäften und Immobilienspekulationen. So traten sie als kaufkräftige Importeure deutscher Waren auf, als den Märkten in Europa und Amerika das Geld ausging.

Doch die Zeiten haben sich dramatisch geändert. Nicht bloß deutsche Industrie-Exporteure gingen damals verstärkt auf die Schwellenmärkte. Auch die gestrauchelte Finanzindustrie entdeckte diese Gebiete stärker denn je und überschüttete sie mit einer Kreditflut, da dort der Zinssatz höher und das Wachstum intakt war und so hohe Renditen versprochen. Rückblickend betrachtet aber wiederholte sich dort in der Folge nur, was sich zuvor auf dem US-Immobilienmarkt und in den späteren europäischen Krisenländern schon einmal zugetragen hatte. Angstvoll warnen Experten daher heute, dass auch das Ende des Kreditbooms in den Schwellenländern näher komme und dass dies ähnlich katastrophale Folgen haben könnte wie in den Euro-Krisenländern.

Beispiel China: Dort hat dieser Tage für Aufsehen gesorgt, dass der vermutlich reichste Mann Asiens, Li Ka-Sching, angekündigt hat, seine Immobilien in China zu verkaufen. Li, der laut „Forbes“-Liste auch der achtreichste Mann weltweit ist, ist Besitzer einer großen Supermarktkette. Aufmerksam dürften die Chinesen auch registriert haben, wie ausgerechnet der Chef des größten chinesischen Immobilienkonzerns die Ankündi-

gung des Multimilliardärs aufnahm. Er lobte Li als „weisen Mann“ dafür, dass er seine Immobilien in Peking und Schanghai verkaufe, und riet via Internet seinen Landsleuten, mit chinesischen Immobilien vorsichtig zu sein – ein Wink mit dem Zaunpfahl.

Tatsächlich hat sich eine gigantische Blase auf dem dortigen Häusermarkt gebildet. Riesige Neubaukomplexe stehen leer, vieles erinnert an Spanien vor fünf, sechs Jahren: Noch sind die Preise astronomisch, doch die Marktlage schreit nach einer brutalen Korrektur. Daneben zieht eine Bankenkrise herauf, die durch eine chinesische Besonderheit noch aufgeheizt wird. Weil die Staatsbanken auf politischen Druck hin Kredite vor allem an Staats- und Genossenschaftsunternehmen vergeben, muss sich die Masse der Mittelständler (die den Großteil der Wirtschaftsleistung und der Arbeitsplätze stellen) bei sogenannten Schattenbanken bedie-

nen. Die reichen von großen Fonds bis zu kleinen Kredithaien. Dort müssen sie oft sehr hohe Zinsen bezahlen. Die Verschuldung der chinesischen Unternehmen hat

## Schulden und Immo-Blase: Alles bereit zum Knall

seit 2008 um 30 Prozent zugenommen und lag damals schon über dem Schnitt der Industrienationen. Überdies ist die Gesamtdimension des Schattenbanken-Sektors kaum zu übersehen, was die Einschätzung der Risiken schwierig macht. Das drohende Szenario erinnert sehr



China im Kopierwahn: Erst westliche Technik, dann Architektur, jetzt sogar die Krisen

Bild: pa

# Elbvertiefung vor Gericht

Umweltschützer klagen weiter gegen die für die Wirtschaft notwendige Ausbaggerung

Unternehmen der Hamburger Hafenwirtschaft sehen die Elbvertiefung herbei, sie argumentieren, diese sei unerlässlich, damit die größten Seeschiffe der Welt den größten deutschen Seehafen auch weiterhin anlaufen können. Selbst die EU-Kommission hat es Ende 2011 als alternativlos bezeichnet, den Fluss auszubaggern. Laut Planungen sollten sich die Bagger von Mitte 2012 an in den Flussgrund wühlen. Doch die Arbeiten wurden gar nicht erst aufgenommen, weil die Umweltverbände BUND und Naturschutzbund Deutschland neue Klagen eingereicht hatten. Sie vertreten die Interessen jener, die negative Auswirkungen auf Natur und Umwelt befürchten.

Die Elbe ist eine der wichtigsten Wasserstraßen Deutschlands. Die weltweite Schifffahrt nutzt besonders das rund 130 Kilometer lange Stück zwischen der Nordsee und Hamburg, um die Hansestadt zu erreichen, die wegen ihrer Lage als Seehafen weit östlich im Binnenland als Verteilerknotenpunkt im Ostasienverkehr für Osteuropa und den Ostseeraum dient. Für die langen Überseestrecken setzen interkontinental operierende Ree-

dereien zunehmend Schiffe wie die „CMA CGM Marco Polo“ ein, die bei einer Länge von 396 Metern rund 16000 Container laden können. Die können den Hafen zwar schon heute anlaufen – allerdings nicht voll beladen. Und begegnen dürfen sie sich im Flusslauf auch nicht an allen Stellen, deshalb soll die Fahrrinne zusätzlich in einigen Kurvenbereichen verbreitert werden. Die Baggerarbeiten sollen mindestens zwei Jahre dauern, denn die Planer haben Ruhephasen für Mauser-, Brut- und Laichzeiten verschiedener Tierarten wie zum Beispiel Brandgans, Seeadler und die Fischart Finte vorgesehen.

Trotz solcher Rücksichtnahme gibt es Vorbehalte. Die Obstbauern im Alten Land befürchten beispielsweise, der Salzwassergehalt im Fluss könne so weit ansteigen, dass sie ihre Apfelbäume nicht mehr mit Elbwasser beregnen können. Das ist üblich, um die Blüten bei Frost im Frühjahr vor dem Erfrieren zu schützen. Der Bund geht jedoch nach eigenen Angaben davon aus, dass sich der

Salzwassergehalt nach der geplanten Elbvertiefung nicht spürbar verändern wird.

Umweltschützer und Fischer befürchten auch Fischsterben als Folge von Sauerstoffmangel, wie er im Sommer auch jetzt schon auftreten kann. Dies würde gemäß den Umweltschützern durch eine weitere Elbvertiefung verstärkt. Die Planer des Fahrrinnen-Aus-

baus halten dagegen. „Es gab auch keine messbaren Auswirkungen der Elbvertiefung von 1999 auf den Sauerstoffgehalt der Elbe“, stellt ein Sprecher der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes fest. Der beobachtete Sauerstoffmangel in den Jahren 1999 und 2000 sei darauf zurückzuführen gewesen, dass die Mittelelbe in dieser Zeit außergewöhnlich wenig Wasser und viele Algen mitführte. Im Hamburger Hafen, wo die Elbe wesentlich tiefer und die Strömung deutlich langsamer sei, sinke ein großer Teil der Algen in tiefere und somit dunklere Bereiche ab. Ohne Licht sterben die Algen, ihre Biomasse wird von Bakterien abgebaut.

an Spanien: Erst kollabieren die Immobilienpreise. Das drückt massiv auf die Kaufkraft der Konsumenten, was verschuldete Unternehmen in den Ruin treibt. Dadurch gerät die Bankenwelt, vor allem die Schattenbanken, in Schieflage – der spanische Cocktail wäre komplett. Und schlimmer noch: In China sind – anders als seinerzeit in Spanien und eher an Griechenland gemahnend – auch die öffentlichen Hände (auf lokaler und regionaler Ebene) bestialisch verschuldet. Von hier ist also kaum Hilfe zu erwarten, wenn die Wirtschaft unter Wasser gerät.

Nicht besser sieht es beim zweitgrößten Schwellenland Indien aus. Der Subkontinent wurde mit ausländischem Kapital überschüttet. Nun, da die Zinsen in den entwickelten Industrieländern leicht steigen, zieht sich dieses Kapital wieder zurück. Der Kapitalabfluss hat zum Einbruch der Leistungsbilanz und der Währung Rupie geführt. Hektisch versuchen Regierung und

Notenbank gegenzusteuern. So wird, um das Leistungsbilanzdefizit zu begrenzen, beispielsweise der Goldimport mit deftigen Zöllen, Steuern und Verboten bekämpft. Folge: Die wohlhabende Mittelschicht gerät laut Anlagespezialisten in Singapur in „Panik“ und versucht mit allen Mitteln, Geld, Gold oder sogar Diamanten an den Finanzplatz in Südostasien zu schmuggeln, weil sie „das Vertrauen in das indische System bereits verloren“ habe. Es ist ein Teufelskreis: Je mehr die indische Führung gegen den Abfluss von Kapital unternimmt, desto höher steigt die „Panik“ der Anleger, am Ende in der Falle zu sitzen, und damit ihr verzweifelter Wunsch nach Flucht. Somit hebeln sich die Schutzmaßnahmen selber aus.

In der Türkei sind Immobilienpreis und private Verschuldung seit 2008 ebenfalls durch die Decke gegangen. Nun kommt zu den wirtschaftlich düsteren Aussichten noch politische Instabilität hinzu: Der Streit um den Gezi-Park in Istanbul hat eine breite Bürgerbewegung ausgelöst, wie sie für die Regierung angesichts der sich abzeichnenden wirtschaftlichen Turbulenzen kaum ungünstiger kommen konnte. Ähnliches gilt für Brasilien. In beiden Ländern hat sich in den guten Jahren eine neue Mittelschicht herausgebildet, die von ihrer Regierung mehr will als stabile Brotpreise. Sie fordert ein funktionierendes modernes Staatswesen, ein Ende von Korruption und Unsicherheit. Damit aber sind die Eliten beider Länder überfordert. Sie handeln noch in alter Klüngel-Manier.

Für Europa und die USA sind das alles beunruhigende Nachrichten. Sobald sich die Euro-Krise im Speziellen und die Finanzkrise (die auch eine Dollar-Krise ist) im Allgemeinen zurückmelden, stehen keine Schwellenländer mehr bereit, um wenigstens der Realwirtschaft wieder hochzuhelfen. Dabei wurden die Probleme etwa des Euro bestenfalls aufgeschoben, wahrscheinlich eher noch vertieft. Dass sie wieder aufbrechen, und das mit umso größerer Wucht, ist wahrscheinlich. *Hans Heckel*

# Streit um die Netze

Hamburg: Volksentscheid über Rückkauf

Nachdem der Volksentscheid der Initiative „Unser Hamburg – unser Netz“ zum Rückkauf der Strom-, Gas- und Fernwärmenetze lange keinerlei Gegenwind erhielt, wurden dessen Gegner in den letzten Wochen vor der Entscheidung am 22. September doch noch aktiv. Etwa sechs Wochen vorher ließen SPD, CDU und FDP ihre gemeinsamen Plakate gegen den vollständigen Rückkauf vom schwedischen Konzerns Vattenfall aufstellen, die in ihrer Aussage zwar prägnant, in ihrer Gestaltung jedoch sehr unscheinbar waren.

Da auch ein Großteil der Hamburger Wirtschaft dagegen ist, dass sich die Stadt für den kompletten Rückkauf mit rund zwei Milliarden Euro mehr verschuldet und somit an Investitionsspielraum verliert, entschied man sich, gemeinsam über Facebook die Hamburger anzusprechen: „Gute Neuigkeiten: 46 Prozent sind gegen den Netzerückkauf. Wenn jeder von euch noch ein paar überzeugt, schaffen wir das wirklich. Noch ist die Mehrheit nämlich eher dünn, 42 Prozent sind noch für den Rückkauf.“ Doch die Resonanz, die das

Gutes Geschäft mit deutschen Panzern: Rüstungskonzerne konnten in den letzten vier Jahren 731 ausranierte deutsche Panzer sanieren und mit Gewinn ins Ausland an Länder wie Chile und Indonesien verkaufen. *Bel*

## KURZ NOTIERT

**Kritik aus Brüssel ignoriert:** Obwohl die EU Frankreich und Italien seit geraumer Zeit dazu anhält, ihre jährliche Neuverschuldung zu verringern, tun die Regierungen beider Länder genau das Gegenteil. So erhöhte Frankreich die Lohnnebenkosten im Zuge seiner Rentenreform weiter, obwohl Arbeit in Frankreich schon jetzt sehr teuer und die Arbeitslosigkeit entsprechend hoch ist. Das erwartete Haushaltsdefizit dürfte in diesem Jahr bei 4,1 Prozent liegen. Italien, dessen Minus auf 3,3 Prozent geschätzt wird, schaffte wiederum die erst vor Kurzem eingeführte Grundsteuer für selbstgenutzte Immobilien wieder ab, damit der Frieden in der Regierungskoalition gewahrt bleibt. *Bel*

**Mögliche neue Biosprit-Vorgaben verunsichern:** Zwar hat das EU-Parlament bereits dieser Tage beschlossen, die Nutzung von Biosprit zu drosseln, doch nun muss noch der EU-Rat, in dem die 28 EU-Mitgliedsstaaten vertreten sind, sich der neuen Regelung annehmen. Dies wird vermutlich nicht mehr vor den EU-Wahlen im Mai 2014 geschehen. Die noch geltende Rechtslage sieht vor, den Anteil von Biosprit am Gesamtspirritverbrauch bis 2020 auf zehn Prozent zu steigern. Doch Biosprit ist inzwischen umstritten, da für seine Erzeugung Flächen für Nahrungsmittel wegfallen, es zu Monokulturen kommt und Entwicklungsländer zur Belieferung der EU mit den Rohstoffen ihre Wälder abholzen. Das EU-Parlament sieht nun für 2020 einen Biospritanteil von sechs Prozent vor. Außerdem soll die Herstellung aus Bioabfällen und Algen gegenüber der durch Anbau von Raps, Soja oder Palmöl bevorzugt werden. Der Bauernverband warnt vor einer „Zerschlagung“ der „mit hohen Investitionen aufgebauten Kraftstoffbranche auf Basis von heimischem Raps, Getreide und Zuckerrüben“. *Bel*

## Wirtschaft wirbt via Facebook

active, zu deren Bündnispartnern neben der Diakonie und der Verbraucherzentrale Greenpeace, der BUND, mehrere Anti-Atomkraft-Initiativen und das globalisierungskritische Netzwerk „attac“ zählen, kämpft medial auf breiterer Front und hat viele freiwillige Unterstützer. Sie alle wollen, dass die Stadt die Energienetze nicht nur zu 25,1, sondern zu 100 Prozent zurückkauft, da diese einen Teil der Daseinsvorsorge darstellten. Auch stört sie, dass ein ausländischer Konzern die Rendite von rund sieben Prozent kassiert. *Bel*



# Leidtragende

Von Manuel Ruoff

Jeder vierte Mittelständler in der Industrie will seine Produktion in Deutschland wegen der hohen Stromkosten reduzieren. In den USA ist Strom für Industrieunternehmen um bis zu 60 Prozent niedriger, in Frankreich und den Niederlanden um etwa 40 Prozent und in der Gesamt-EU immerhin noch durchschnittlich um die 15 Prozent.

Dabei geht es der Industrie im Vergleich zu Otto Normalverbraucher noch goldig. Nach einem von den Grünen in Auftrag gegebenen Gutachten ist der Strompreis für deutsche Haushalte im letzten halben Jahrzehnt um 35 Prozent gestiegen.

Die Grüne Bärbel Höhn lässt das klagen: „Die Strompreis-Schere zwischen Industrie und Verbrauchern geht immer weiter auseinander.“

Otto Normalverbraucher ist der Hauptleidtragende der von Rot-Grün begonnenen und von Schwarz-Rot fortgeführten „Energiewende“. Er hat keine Lobby und kann weniger als die Wirtschaft mit einem Ausweichen ins Ausland drohen. Denn anders als für Kapital gibt es für Arbeitskräfte außerhalb der Bundesrepublik kaum eine „Willkommenskultur“, wie schon viele Emigranten in der NS-Zeit leidvoll erfahren mussten.

# Zu anstrengend

Von Rebecca Bellano

Wieso ist es bitte nicht möglich, die Lücke von 40 000 benötigten zusätzlichen Pflegekräften bis 2016 mit den eigenen Leuten zu füllen? In Deutschland gibt es noch 2,9 Millionen Arbeitslose. Wieso sind offenbar zu wenig davon bereit, eine Ausbildung zur examinierten Pflegekraft oder wenigstens zum Pflegehelfer zu machen.

So unzumutbar kann der Job nicht sein, denn immerhin arbeiten 4,9 Millionen Menschen in Deutschland bereits im Gesundheitswesen, 660 000 davon in stationären Einrichtungen der Pflege und 290 000 im ambulanten Pflegedienst, wie das Wirtschaftsministerium informiert. Natürlich wird in diesen Bereichen wenig gezahlt und ist die Arbeit dagegen vergleichsweise anstrengend. Doch wer in der Lage ist, sich seinen Lebensunterhalt selber zu verdienen und schon lange keine Arbeit mehr hat, der sollte doch begierig darauf sein, endlich wieder auf eigenen Beinen zu stehen.

Möglicherweise fühlen sich manche Langzeitarbeitslose im Hartz-IV-System aber derart wohl, dass ihr Eigenantrieb, sich ihren Unterhalt selbst zu verdienen, verkümmert ist. Und da man in Pflegeberufen wenig verdient, ist der finanzielle Anreiz, hier eine Arbeit anzunehmen, gering. Häufig bleibt netto nämlich nicht viel mehr als der Hartz-IV-Satz plus Wohnung plus möglichem Zusatzverdienst durch Schwarzarbeit. Waren frühere Generationen zu stolz, beim Staat um Stütze anzufragen, und nahmen dafür jede Arbeit an, so ist das Pendel heute leider ins andere Extrem geschlagen.

# Obama hat es selbst verbockt

Von Jan Heitmann

Seit mehr als zwei Jahren herrscht Bürgerkrieg in Syrien und westliche Politiker verkünden, dass der Konflikt auf dem Verhandlungswege gelöst werden müsse. Mit der Einigung über die Vernichtung der chemischen Waffen ist jetzt erstmals eine diplomatische Teillösung in Sicht. Nun liegt es vor allem an Russlands Präsidenten Wladimir Putin, das Assad-Regime dazu zu bringen, seine Waffendepots zu öffnen.

Doch nicht der Wunsch nach einer friedlichen Lösung, die hartnäckige Obstruktion Moskaus oder das plötzliche konstruktive Verhalten Putins sind der Grund für die Absage des US-Militärschlags, sondern die desolate Lage des unter harten Sparauflagen stöhnenden US-Militärs. Zwar hält US-Präsident Barack Obama weiter an der Androhung einer militärischen Intervention fest, doch gehen seine eigenen Spitzenmilitärs davon aus, dass die Weltmacht mit den vorhandenen Mitteln dazu gar nicht fähig wäre. Bereits Anfang des Jahres hat Washington angesichts der Fiskalklippe eine Kürzung des Militärbudgets in Höhe von rund 46 Milliarden Dollar beschlossen, die derzeit wirksam wird. Dabei liegt der Wehretat für 2013 mit 624 Milliarden Dollar ohnehin schon weit unter dem früheren Jahre. Lange geplante Modernisierungs- und Ausrüstungsprogramme sind auf Eis gelegt. Besonders von den Kürzungen betroffen ist die im Falle einer Intervention besonders geforderte Marine. Sie soll neben drei Flugzeugträgern über 250 Einheiten außer Dienst stellen und die Marineinfanterie von 182 000 auf rund 160 000 Mann verringern.

## Militär verweigert dem Oberbefehlshaber die Gefolgschaft

Bereits Ende August berichtete die renommierte US-Tageszeitung „Washington Post“ von einem bis dahin nicht gekannten Widerstand der Militärs gegen die Kriegsabsichten ihres Oberbefehlshabers. Diese bemängelten neben den einsatzgefährdenden Sparplänen und den nicht erkennbaren nationalen Interessen in Syrien vor allem das völlige Fehlen einer sicherheitspolitischen Gesamtstrategie Obamas. Ganz im Gegensatz zu diesem haben auch viele Offiziere erkannt, wem ihr Einsatz in Syrien vor allem nützen würde. Sie erklärten, sie seien nicht US-Soldat geworden, „um für al-Kaida zu kämpfen“. Die tiefe Unzufriedenheit über Washingtons sicherheitspolitische Volten sowie die Diskrepanz zwischen Auftrag und Mitteln setzt sich bis in die unteren Ränge fort.

Obama hat der Welt großspurig verkündet, das Assad-Regime habe die von ihm gezogene „rote Linie“ überschritten und militärische Konsequenzen angekündigt. Doch jetzt bleibt ihm nur der geordnete Rückzug, denn er kann sich einen Krieg gar nicht mehr leisten. Er hat es verbockt und die Nation blamiert. Mit der diplomatischen Teillösung hat die US-Regierung Putin zu einem Punktsieg verholten und sich von ihm abhängig gemacht. Nun rächt sich, dass sie außer der militärischen keine weiteren Optionen entwickelt hat.



„Ich bin nicht zur Marine gegangen, um im syrischen Bürgerkrieg für al-Kaida zu kämpfen“: Viele US-Soldaten haben erkannt, wem ihr Einsatz am meisten nützen würde

Bild: Twitter

## Gastbeitrag



# Das rhetorische Spiel mit dem Linksextremismus

Von SUSANNE BAUMSTARK

Die politische Meinungsbildung in Deutschland gleicht heute dem täglichen Absolvieren eines Trimm-Dich-Pfades: Kopf abschalten, Muskeln spielen lassen, bei immer denselben Übungen, bis sie dem Einen in Fleisch und Blut übergehen und dem Anderen zum Halse heraushängen. Ähnlich zumindest funktioniert die Tabuisierung in Bezug auf linke Gewalt und die DDR-Diktatur. Übergeordnetes Trainingsmodul: Man bewaffne sich mit dem Wort „Gleichsetzung“, ziehe durch die politischen Lande und überziehe in vorwurfsvoller Manier all jene damit, die über Linksextremismus oder den diktatorischen Sozialismus sprechen wollen. „Gleichsetzung“ bedeutet Gleichsetzung mit dem Nationalsozialismus. Wer feststellt, der Kommunismus sei „auch“ eine totalitäre, menschenverachtende Diktatur gewesen, macht sich nach dieser Doktrin der „Relativierung von NS-Verbrechen“ schuldig. Am Ende der Pflichtübung soll dann jeder verstanden haben, dass die DDR das bessere Deutschland war und es den Linksextremismus gar nicht gibt. Der ist nämlich nur eine Erfindung von Eckhard Jesse und Uwe Backes.

Die eben genannten Extremismusforscher beziehen sich auf das Hufeisenmodell. Das eine Ende symbolisiert den Rechtsextremismus, das andere den Linksextremismus, dazwischen ist die bürgerliche Mitte. Die Pole sind nicht starr voneinander getrennt. Es ist ein Modell, das – wie in der Wissenschaft üblich – auf Annahmen beruht, die dazu dienen, Vorgänge zu verorten. Jesse beschrieb es wie folgt: „Die Extremismustheorie geht davon aus, dass die Rechts- und die Linksextremisten einerseits weit voneinander entfernt, und andererseits dicht benachbart sind, wie die Enden eines Hufeisens. Es gibt Feindbilder,

die sich decken, etwa gegen Amerika, gegen die Globalisierung, gegen den Kapitalismus. Es gibt aber auch Feindbilder, die völlig unterschiedlich sind, auf der einen Seite die Fremden, und auf der anderen Seite etwa der Staat, der bekämpft wird.“ Eine differenzierte Beschreibung, prinzipiell kritisierbar natürlich, aber nichts sonderlich Neues, mag man denken.

Auf linkspolitischer Seite aber ist das Geschrei groß wegen der angeblichen „Gleichsetzung von Rechts- und Linksextremismus“. Inzwischen mobilisieren etliche Zusammenschlüsse „gegen den Extremismusquatsch“. Zum Beispiel die Kampagne der Linksjugend Solid und der Grünen Jugend „Ich bin linksextrem“. Die Argumentation ist immer dieselbe: Bei der Gleichsetzung von linksextrem und rechtsextrem werde linkspolitisches Engagement kriminalisiert und rassistische Einstellungen in der „sogenannten Mitte der Gesellschaft“ würden vertuscht.

Ein Großteil linker Organisationen unterstützt den Widerstand gegen die Extremismustheorie, so auch die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. In Bezug auf ein Aufklärungsmaterial des Verfassungsschutzes schrieb sie, dass „sogenannte Linksextremistinnen und -extremisten undifferenziert und verfälscht dargestellt werden (nämlich gewalttätig)“. Die

Bundestagsfraktion „Die Linke“ empörte sich unlängst in einer Kleinen Anfrage über zwei Forschungsprojekte zum „sogenannten Linksextremismus“. Von bildungspolitischer Seite befördert diese Position auch Gero Neugebauer. In einem Interview spricht der Politikwissenschaftler und Autor bei der Bundeszentrale für politische Bildung von „angeblich gewaltbereiten Linksextremisten“. Er meint: „Es gibt keine Anklagen wegen Linksextremismus, sondern wegen Brandstiftung, Körperverletzung oder Landfriedensbruch.“ Von wissenschaftlicher Seite trägt die Friedrich-Ebert-Stiftung mit ihren „Mitte-Studien“ zu rechtsextremen Einstellungen in Deutschland zur Relativierung des Linksextremismus bei. Von den Medien stets an die große Glocke gehängt, erfährt der Bürger regelmäßig, dass es in ihrer Mitte von rechtsextremen Einstellungen nur so wimmele und sich die Guten ausschließlich auf linkspolitischer Seite fänden.

So gut wie keine Medienpräsenz erhält eine 2012 erschienene Publikation der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS), welche die genannten Einwände entkräftet: „Stark moralisch aufgeladen ist die Behauptung, ein extremismustheoretischer Vergleich von Rechts- und Linksextremismus relativiere die Singularität des Holocaust ... Dieses Argumentationsschema zielt indessen häufig darauf, die Erwähnung der kommunistischen Massenverbrechen zu tabuisieren beziehungsweise deren Kritiker als po-

tenzielle Sympathisanten des Nationalsozialismus moralisch zu diskreditieren.“ Der bürgerlichen Mitte werden auch nicht ausschließlich demokratische Tugenden zugeschrieben: „Die Extremismustheorie behauptet hingegen keineswegs, dass extremistische Verhaltens- und Denkmuster ausschließlich an den äußersten Rändern des politischen Spektrums angesiedelt sind.“ Vielmehr gebe es keinen Grundkonsens

mehr darüber, dass Extremismus jeglicher Couleur eine Gefährdung darstellt. „Was bei der Positionierung gegen Rechtsextremismus selbstverständlich ist, bereitet beim Thema Linksextremismus erhebliche Schwierigkeiten.“ Ursachen dafür seien Forschungsdefizite, mangelndes Interesse, politische Widerstände und weit geringere Zuwendungen aus öffentlichen Haushalten. Der Linksextremismus habe sich in seinem Kern „in der Alltagsgesellschaft stabil verankert und wird auch von manchen örtlichen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Institutionen zum Teil gestützt“.

Unter den faktenresistenten Streitern zur Abschaffung des Extremismusbegriffs scheint es keinen Konsens darüber zu geben, ob der Begriff Rechtsextremismus ebenfalls verzichtbar ist. Die Verkürzung auf den Slogan „Kampf gegen Rechts“ spricht dafür, kann man dort doch gleich die gesamte Mitte subsumieren. Anderer-

seits trägt man diesen Begriff der Effekthascherei wegen doch allzu gerne täglich im Munde. Unklar sind außerdem die Konsequenzen, sollte der Begriff Linksextremismus einmal abgeschafft sein. Wo werden dann Brandstiftungen und Gewalt, etwa gegen die AfD, verortet? Sind solche Taten dann legitimes Mittel der linkspolitischen Auseinandersetzung? Und wo sind die Massensterbenden des linken Befreiungskampfes Stalin und Co. verortet? Wie unausgeregnet die Auswürfe hierzu sind, zeigt ein Stimmungsbild im Internet: „Stalin war ein rechts platzierter Tyrann, damit das klargestellt ist.“ – „Du wirst nicht allen Ernstes behaupten wollen, dass Stalin ein ‚Rechter‘ war.“ – „Wie kommt Du nur auf den Gedanken, Stalin sei ein Linker gewesen?“ – „Zu deiner These ‚Stalin = rechter Diktator‘: Stalin war ein Gregorier. Er hat zwar tausende umgebracht, aber nur, weil sie politische Feinde waren.“

– „Eher war Stalin ein Rechter als Hitler ein Linker.“

Im Übrigen trimmt inzwischen auch die schwarz-gelbe Bundesregierung die Bürger auf den linken Neusprech. Die Begründung der Bundesjustizministerin und des Bundesinnenministers für ihre Ablehnung eines Verbots des öffentlichen Tragens von DDR-Symbolen: Die Unrechttaten des SED-Regimes würden dann mit den Gräueltaten des Nationalsozialismus gleichgesetzt. Tatsächlich tut das niemand. Es wird nur verglichen – ein auch in der historischen Wissenschaft legitimer und notwendiger Vorgang. Mit dem Gleichsetzungsvorwurf wird diese gleich mit entsorgt. Was am Ende übrig bleibt sind Plattitüden.

Die Autorin ist freie Redakteurin und Sozialpädagogin und engagiert sich im medienethischen und christlich-menschenrechtlichen Bereich.



# Die »Sissi« war ihr Schicksal

Am 23. September wäre Romy Schneider 75 geworden – Ihr Leben endete tragisch und viel zu früh

**Am 29. Mai 1982 fand man Romy Schneider leblos am Schreibtisch ihrer Pariser Wohnung. Damit endete das Leben einer Schauspielerin, die als „Sissi“ zur Filmlegende geworden ist. Für Romy Schneider war diese Filmtrilogie zugleich ein Karriere-Segen wie auch Fluch.**

Als die Schmonzette „Wenn der weiße Flieder wieder blüht“, 1953 das bundesdeutsche Publikum begeisterte, war Romy Schneider, die Tochter des Ufa-Traumpaars Magda Schneider und Wolf Albach-Retty, in aller Munde. Ein süßes Mädel, so frisch und natürlich, lautete die einhellige Meinung über die gerade 15-jährige. Wer hätte damals gedacht, dass aus diesem knapp 1,60 Meter große Persönchen einmal ein Weltstar werden würde.

Es war an einem schönen Sommertag im Jahre 1957, als ich Romy Schneider im Hause der Tante einer Freundin, die selbst Künstlerin war, vorgestellt wurde.

Romy trug ein ärmelloses weißes Kleid und sah entzückend aus. Ihre Mutter Magda war ebenfalls anwesend. Sie wachte mit Argusaugen darüber, dass ihre Tochter nicht zu viel aß. „Nun reicht es aber“, tadelte sie sanft, aber mit Nachdruck, als Romy sich ein zweites Stück Torte auf den Teller legen wollte. In diesem Augenblick tat sie mir aufrichtig leid. „Einen solchen Drachen möchte ich nicht zur Mutter haben“, flüsterte ich meiner Freundin zu. Romy indes blieb ganz gelassen und sagte: „Ja, ja, die Mami passt schon gut auf mich auf.“ Seither sind 55 Jahre ins Land gegangen. Aber ich erinnere mich noch genau an diese Begegnung und an Romys strahlendes Lächeln.

Die Schauspielerei lag der am 23. September 1938 als Rosemarie Albach-Retty geborenen Romy in den Genen. Bereits ihr Urgroßvater väterlicherseits hatte sich dem Theater verschrieben.

Und ihre Großmutter Rosa Albach-Retty feierte über ein Menschenalter Triumphe am Wiener Burgtheater. Zum 100. Geburtstag der früheren k. u. k. Schauspielerin beglückwünschte Otto von Habsburg sie höchstselbst zu ihren Verdiensten ums kulturelle Leben in Österreich.

Romy, die nach der Scheidung ihrer Eltern den Familiennamen ihrer Mutter annahm und in Bayern aufwuchs, erlangte im Alter von 17 Jahren mit der „Sissi“-Tri-

gar zum Fluch. In ihr schlummerte weit mehr als die überzuckerte Figur der kaiserlichen Majestät, die in Wirklichkeit der vielleicht unglücklichste Mensch war, der jemals auf der Wiener Hofburg residierte. 20 Jahre später hatte sie Gelegenheit, Elisabeth in Luchino Viscontis Film „Ludwig II.“ authentisch darzustellen.

Biografen haben immer wieder Parallelen zwischen Romy und der wahren „Sisi“ gezogen. Beide schienen sie Glückskinder zu

Legenden wie Michel Piccolo, Jean-Louis Trintignant und Yves Montand. Und auch Hollywood buhlte schon früh um ihre Gunst. Orson Welles, das Enfant terrible der US-Filmszene, engagierte Romy Anfang der 60er Jahre für seinen Film „Der Prozess“ nach Kafkas Roman. Sie spielte die Leni neben dem bereits bekannten Anthony Perkins. Nun folgte ein Film auf den nächsten. Die mittlerweile zur „Grande Dame“ des französischen Films avancier-

Beziehung einer anderen zu, und ihre spätere Ehe mit dem Schauspieler Harry Meyen scheiterte kläglich. Wer erinnert sich nicht an die Talkshow im deutschen Fernsehen, als dieser Mann seine berühmte Frau in unangenehmster Weise bevormundete und sich als ihr Mentor aufspielte. Nach der Geburt ihres Sohnes David plante die Vollblutmimin Romy ihr filmisches Comeback in dem französischen Thriller „Der Swimmingpool“, der zu einem grandiosen Erfolg wurde. Inzwischen von Meyen geschieden, heiratete sie ihren weitaus jüngeren Sekretär Daniel Biasini. Aus dieser Verbindung stammt die Tochter Sarah, die bereits in mehreren Filmrollen auftrat und ihrer Mutter zum Verwechseln ähnelt.

Der tragische Unfalltod ihres Sohnes David in einem Vorort von Paris im Juli 1981 traf die sensible Romy Schneider bis ins Mark. Freunde berichten, sie habe seinerzeit den Boden völlig unter den Füßen verloren. Sie schluckte Tabletten und begann zu trinken. Ihre bereits angegriffene Gesundheit wurde noch erheblich geschwächt durch die Entfernung einer Niere. Dennoch verpflichtete sie sich noch zu ihrem letzten Film „Die Spaziergängerin von Sanssouci“, für den sie den französischen César als beste Hauptdarstellerin erhielt.

Am 29. Mai 1982 starb Romy Schneider in ihrem Pariser Luxusappartement in der Rue Barbet de Jouy 11 mit 43 Jahren an Herzversagen. Am 23. September 2013 wäre sie 75 Jahre alt geworden. Großmutter Rosa Albach-Retty, die Romys Lebensweg stets mit einer Mischung aus Bewunderung und Besorgnis verfolgte, soll einmal gesagt haben: „Romy kommt mir vor wie eine Kerze, die an beiden Enden brennt.“ Die große Dame der „Wiener Burg“ erreichte das biblische Alter von 105 Jahren und starb 1980, nur zwei Jahre vor ihrer berühmten Enkelin.

Uta Buhr



Beim Dreh von „Christine“ lernte Romy Schneider 1958 ihren späteren Mann Alain Delon kennen

logie Weltruhm. Die Rolle der liebreizenden Kaiserin von Österreich schien ihr auf den zarten Leib geschrieben. Da mochte der „Spiegel“ noch so ätzen mit Aufmachern wie „Die Jungfrau von Geiseltage“. Ein Stern war am Filmhimmel aufgegangen und die Welt lag der zauberhaften jungen Frau zu Füßen.

Was anfänglich von Romy mit den Worten bejubelt wurde: „Ich bin Kaiserin“, wurde ihr mit zunehmender Reife zur Last –

sein, ja, Auserwählte, schön, reich und verehrt wie Göttinnen. Wer wäre schon auf die Idee gekommen, dass sich hinter den glänzenden Fassaden Einsamkeit und Verzweiflung verbargen? Der Unterschied: Elisabeth reiste rastlos um den Globus auf der Suche nach Erfüllung, während Romy zu einer der begehrtesten Schauspielerinnen der Welt heranreifte.

Frankreich vereinnahmte sie nach ihren ersten Filmen mit Alain Delon und später mit

te Romy verkörperte nicht nur hochsensible Frauenrollen, sondern glänzte auch in Komödien. „Romy Schneider – einfach süß“, titelte eine seriöse deutsche Zeitung über ihren Part neben Jack Lemmon in dem US-Streifen „Leih mir deinen Mann“.

Die Karriere der großen Schauspielerin verlief Hand in Hand mit privaten Glücksmomenten und Enttäuschungen. Ihre große Liebe Alain Delon wandte sich nach einer kurzen stürmischen

## Zermürbt vom DDR-Alltag

Der Autor der »Nikolaikirche« ist tot – Eine persönliche Erinnerung an Erich Loest

Die Nachricht kam zu nachtschlafender Zeit. Um 4.55 Uhr am Freitagmorgen kam eine Mail aus Berlin: Erich Loest ist tot! Später erfuhr ich, er wäre am 12. September abends um 18.10 Uhr aus einem Fenster im zweiten Stock der Leipziger Universitätsklinik gestürzt, die Polizei ginge von einem Selbstmord aus.

Dass er seit Jahren schwer krank war, wusste man. Die sieben Zuchthausjahre in Bautzen von 1957 bis 1964 wegen „konterrevolutionärer Gruppenbildung“ hatten an seiner Gesundheit gezehrt, im Lauf der Jahre waren ihm zwei Drittel seines Magens herausgeschnitten worden. Die Arztbesuche und Krankenhausaufenthalte häuften sich.

Aber hätte er so im Alter von 87 Jahren sterben müssen, so fern von Freunden? Er war wie Uwe Johnson ein DDR-Autor, der an der deutschen Teilung litt und darüber wie in seinem verfilmten Buch „Nikolaikirche“ schrieb. Die West-Autoren hat dieses Thema nie interessiert. Noch im vorletzten Roman „Sommergewitter“ setzte er sich mit dem Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953 auseinander, der in der DDR-Literatur als „faschistischer Putschversuch“ denunziert wurde.

Gelesen von Erich Loest und seinem Schicksal habe ich zuerst

im Sommer 1959, als sein Freund Gerhard Zwerenz, der 1957 vor der drohenden Verhaftung aus Leipzig nach West-Berlin hatte fliehen können, in der „Stuttgarter Zeitung“ über ihn geschrieben hatte. Im Oktober 1959, als ich, damals Student an der Freien Universität in West-Berlin, Verwandte in Leipzig besuchte, klin-

worden war, weil Erich Loest als „Staatsfeind“ galt.

Kennengelernt habe ich Erich Loest erst Jahrzehnte später, im Herbst 1977, als er an der Universität Osnabrück auftrat, mich danach beiseitenahm und sagte: „Du bist also der Unglücksvogel, der 1961 nach Leipzig gefahren ist.“ Später hat er in seinem Buch



Sagte Politikern immer seine Meinung: Erich Loest (r.) im Gespräch mit Sachsens Ex-Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf

gelte ich eines verregneten Abends bei Ehefrau Annelies Loest, die zwei Häuser weiter in der Oststraße wohnte, und lieb mir drei Romane aus, darunter „Die Westmark fällt weiter“ (1952), deren Ausleihe mir in der Deutschen Bücherei verweigert

„Prozesskosten“ (2007) auf mehreren Seiten über mich und meine damalige Verhaftung durch die „Staatssicherheit“ in Leipzig geschrieben. 1987 las er zu Ehren meines 50. Geburtstags aus seinem berühmten Leipzig-Roman „Völkerschlachtdenkmal“ (1984),

der in diesem Jahr wieder zum 200. Jahrestag der Leipziger Völkerschlacht hochaktuell ist, in der Stadtbücherei Coburg.

Man kann die Titel der Bücher gar nicht alle aufzählen, die man den Lesern empfehlen möchte, allen voran die Autobiografie „Durch die Erde ein Riss“ (1981). Bis zuletzt ist er als Schriftsteller aktiv gewesen in der Kasseler Straße 23 in Leipzig-Gohlis, wo er seit der Rückkehr von Bonn 1990 mit seiner Lebensgefährtin Linde Rotta wohnte. Noch kurz vor seinem Tod ist die Erzählung „Lieber hundertmal irren“ im Göttinger Steidl-Verlag erschienen.

In seinem Tagebuch „Man ist ja keine Achtzig mehr“ (2011) hat Loest minutiös beschrieben, was ihn krank gemacht hat und wie er mit den Ursachen dafür umging. Was ihn zermürbt hat, war einmal der ewige Streit mit der Stadt Leipzig, die mit der SED-Vergangenheit unkritisch umging, und die juristischen Auseinandersetzungen mit seinem Sohn Thomas Loest, dem Verleger des Linden-Verlags, in denen es um Buchrechte ging. Loest verlor jeden Prozess und musste zahlen.

Wer in zwei, drei Jahrzehnten sich für den DDR-Alltag interessieren sollte, der wird nicht umhin können, zu Erzählungen und Romanen Erich Loests zu greifen. Jörg Bernhard Bilke

## Schiefes Weltbild

Katholische Buchhandlung in der Krise

Buchhandlungen machen wegen des Internethandels schwere Zeiten durch. Doch die katholische Weltbild-Gruppe macht sich gerade durch hausgemachte Probleme das Leben selbst schwer. Obwohl das in Augsburg ansässige Buchhandels-Unternehmen zuletzt solide gewirtschaftet und zwischen 2011 und 2012 ein Umsatz von 1,6 Milliarden Euro erzielt hat, ist die Zukunft des Verlagshauses mit seinen über 6000 Mitarbeitern nicht gesichert.

Weil der Schwerpunkt auf den Online-Handel radikal ausgedehnt werden soll, benötigt man für die Umbauphase viel Geld. Doch scheinen weder Banken noch die Bischöfe, denen über die Diözesen Weltbild gehört, Kapitalspritzen beisteuern zu wollen.

Die zwölf Diözesen, die Soldatenseelsorge Berlin und der Verband der Diözesen Deutschlands, in deren Besitz sich Weltbild befindet, liegen seit Jahren miteinander im Streit. Grund ist der Zweifel an der katholischen Ausrichtung des Buch- und Mediensortiments, das vielen zu leicht und zu wenig erbaulich erscheint.

Bei ihrer Gründung 1948 trat das Unternehmen höchst erfolgreich mit katholischen Erbauungsschriften auf den Plan. Die Glau-

benkskrise zwang Weltbild in den 1980er Jahren dazu, auch seichte Bestseller-Literatur und Krimis ins Sortiment aufzunehmen. Als man zuletzt sogar erotische und esoterische Literatur über das Internet vertrieb, rief das sogar den früheren Papst Benedikt XVI. auf den Plan, der dazu aufrief, die Verbreitung solcher Bücher „energisch einzuschränken“.

Weltbild nimmt für sich in Anspruch, mit bundesweit zwölf Buchhandlungen ein Vollsortiment anzubieten, in dem anstößige Literatur kaum wegzuschließen ist. In 250 weiteren, unter „Weltbild plus“ firmierenden, kleineren Geschäften bietet man vorzugs-

weise in Einkaufspassagen Trivialliteratur an. Wegen dieser Trivialisierung haben die Diözesen vor einem Jahr beschlossen, Weltbild in eine Stiftung zu überführen. Bislang ist diese aber nicht gegründet worden. Seitdem hängt Weltbild finanziell in der Luft, da auch die Banken das Unternehmen nicht mit Fremdkapital unterstützen, solange nicht die Bischöfe Eigenkapital zuschießen. In dieser Woche findet in Fulda die Bischofskonferenz statt. Spätestens dann sollten sich die Eigentümer eindeutig zu Weltbild bekennen – oder auch nicht. Harald Tews

### Kurz notiert

**Schostakowitsch-Tage in Gohrisch:** In den Jahren 1960 und 1972 reiste der russische Komponist Dmitri Schostakowitsch zweimal in die Sächsische Schweiz nach Gohrisch, um sich in dem Kurort zu erholen. Bei seinem ersten Aufenthalt schuf er hier mit seinem Streichquartett Nr. 8 op. 110 eines seiner bedeutendsten Werke. Seit 2010 wird ihm zu Ehren in dem Ort ein Festival veranstaltet. Bei den 4. Internationalen Schostakowitsch-Tagen vom 27. bis 29. September stehen neben Werken des Namensgebers auch Kompositionen von Benjamin Britten und des polnischen Tonkünstlers Krzysztof Meyer im Mittelpunkt. Den Abschluss bildet am Sonntag um 17 Uhr die Sächsische Staatskapelle Dresden, die unter anderem Schostakowitschs Sinfonie Nr. 14 aufführt. Infos und Tickets unter Telefon (035021) 66166 oder im Internet unter [www.schostakowitsch-tage.de](http://www.schostakowitsch-tage.de). tws

**Die zwölf Reichskanzler der Weimarer Republik:** Nur 14 Jahre dauerte die Weimarer Republik und doch hat sie von 1919 bis 1933 ein Dutzend Reichskanzler verschlissen. Das Gerhart-Hauptmann-Haus in Düsseldorf widmet sich den zwölf Herren noch bis zum 28. Oktober in einer neuen Ausstellung. Die Schau gibt den wegen ihrer zumeist kurzen Amtszeit vergessenen Kanzlern wieder Gewicht und Stimme zurück. Die Ausstellung an der Bismarckstraße 90 ist montags bis donnerstags von 10 bis 17 Uhr sowie freitags von 10 bis 14 Uhr geöffnet. Der Eintritt ist frei. tws

**Kunstgeschichtlicher Rundgang durch Kaschau:** das slowakische Košice ist 2013 europäische Kulturhauptstadt. Aus diesem Anlass stellt der Kunsthistoriker Arne Franke am 26. September dort in der Bibliothek Ján Bocatus seinen Reiseführer „Kaschau/Košice. Ein kunstgeschichtlicher Rundgang“ (Verlag Schnell & Steiner, 9,95 Euro) vor. Im Anschluss liest Stadtschreiberin Kristina Forbat aus ihren Texten. tws



# Verehrt, verhasst und schmerzlich vermisst

Gedanken und persönliche Erinnerungen zum 25. Todestag des bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß

**Vor 25 Jahren, am 3. Oktober 1988, starb der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß im Alter von 73 Jahren. Er war wohl eine der markantesten politischen Persönlichkeiten in Nachkriegsdeutschland.**

Eine Szene eher am Rande: Interview mit dem termingestresten bayerischen Ministerpräsidenten, unmittelbar nach dem Festakt zum 40. Jahrestag des Verfassungskonvents auf Herrenchiemsee, draußen vor der Tür bei strahlendem Sonnenschein. Franz Josef Strauß hat – eine seiner Stärken – blitzschnell umgeschaltet von Festakt auf Tagespolitik. Aus den Augenwinkeln sieht er Staatsminister Max Streibl und ruft ihn zu uns.

Von nun an ist die Szene im Rückblick eher unheimlich, ja geradezu makaber. Originalton FJS: „Max, darf ich Dir den Chefredakteur des ‚Deutschland-Magazin‘ vorstellen?“ Und zu mir: „Der Streibl wird mal mein Nachfolger, halten Sie sich gut mit ihm, auch wenn's noch dauert.“

14 Tage später ist Franz Josef Strauß tot, Max Streibl wird sein Nachfolger. Das Erbe, das er zu verwalten sucht, überfordert ihn – kein Wunder, wenn man sieht, was FJS ihm hinterlassen hat.

Mein persönliches „Erbe“: das letzte Interview, das Strauß gegeben hat, aber nicht mehr zum Abdruck autorisieren kann. Ist es pietätlos, dennoch diesen Text zu veröffentlichen? Schließlich verständigen sich Chefredakteur und Herausgeber darauf, die unredigierte Bandabschrift der Passagen zu den Themen Energiepolitik (Wackersdorf), Technologie und Fortschritt zu veröffentlichen.

Themen also, die im Leben des Altphilologen Strauß erstaunlich breiten Raum einnahmen. Einerseits war er in der Lage, ein fachkundiges Publikum in fließendem Latein – ohne Manuskript! – zu unterhalten; organisierte Lateinlehrer sollen dabei freilich Übersetzungsprobleme gezeitigt haben. Andererseits konnte er – wie in diesem Gespräch auf Herrenchiemsee – aus dem Stegreif über komplizierte Details der nuklearen Brennstoffaufarbeitung parlieren,

nachdem er gerade vorher, ebenfalls in freien Rede, tieferschürfend über jenen Konvent geredet hatte, der im August 1948 hier im Schloss des bayerischen Märchenkönigs zusammengetreten war, um eine Verfassung für ein neues, demokratisches Deutschland zu entwerfen.

So mancher der Zuhörer bei diesem Festakt dachte bei der Erwähnung des Märchenkönigs wohl auch drei Jahre zurück: Die Feierlichkeiten zum 70. Geburtstag des

Ministerpräsidenten gerieten zur öffentlichen Huldigung der Volksmassen; FJS war der neue, ungekrönte Märchenkönig.

Genauso habe er sich auch geriert, werfen ihm Kritiker bis heute vor. Wie ein absolutistischer Herrscher habe er sich jenseits von Recht und Gesetz bewegt, Privates und Öffentliches nicht getrennt, sich selber bereichert.

Harsche Vorwürfe, welche die von „Spiegel“ und „Süddeutsche Zeitung“ dominierten Meinungs-

macher der noch jungen Republik jahrzehntelang zelebrierten. Und die genauso einseitig und überzeichnet waren wie die fast schon überirdische Verehrung, die ihm „dahoom“ in Bayern entgegengebracht wurde. Er selber meinte dazu: „Natürlich bin ich kein Heiliger, aber auch nicht der Bösewicht, den die linke Presse aus mir macht.“

Strauß zählt bis heute zu den markantesten Persönlichkeiten der Zeitgeschichte. Er war niemandem gleichgültig: Man liebte und verehrte ihn oder man hasste ihn. Weder die einen noch die anderen aber können bestreiten, dass er sehr erfolgreich war und Großes für Bayern, für Deutschland und für Europa geleistet hat.

Wer ihn verehrte, neigte dazu, ihm seine Eskapaden und seine oft „unkonventionelle“ Handlungsweise zu verzeihen. Wer ihn hasste, ließ nicht gelten, dass der Zweck alle Mittel heilige.

So erinnern linksorientierte Medien noch heute genüsslich an die so genannte „Spiegel“-Affäre: Wie der böse FJS den alt-naiven Konrad Adenauer austrickste und heldenhafte „Spiegel“-Mannen einlochen ließ ...

Natürlich war es so nicht. Am Anfang standen schwerwiegende Rechtsbrüche des Hamburger Magazins, die zu ahnden Strauß als Verteidigungsminister verpflichtet war. Im Übereifer geriet ihm dabei die Legalität, die zu wahren er angetreten war, aus dem Blick. So war es für Rudolf Augstein und Conrad Ahlers leicht, von eigener Schuld abzulenken; FJS hingegen verlor sein Amt und brauchte vier Jahre, um den Karriereknick zu kompensieren.

Das konnte er nur schaffen, weil eine Eigenschaft bei

ihm besonders ausgeprägt war: Er gab nie auf, er kämpfte verbissen um das, was er für richtig hielt. Und er war intelligent genug, wenn nötig auch sich selber zu korrigieren und auf neue Entwicklungen zu reagieren.

Außergewöhnliche Intelligenz war schon im Alter von 20 Jahren sein Markenzeichen. So mussten die Nationalsozialisten, die gerade die Universitäten „gleichschalteten“, ihn in München Altpnologie und Geschichte studieren lassen, obwohl er mit Kritik an der NS-Ideologie nicht zurückhielt. Auch später fiel er immer wieder durch höchste Intelligenz auf: der US-amerikanischen Besatzungsmacht, dann den Gründern der CSU, dann dem Bundeskanzler, schließlich sogar dem politischen Gegner (als Partner Karl Schillers, bekannt als Plisch und Plumm). Er machte Kar-

## Auch persönliche Risiken und Gefahren scheute er nicht

riere als Abgeordneter, Bundesminister, Parteichef und Ministerpräsident. Hingegen scheiterte er als Kanzlerkandidat.

Als erster westdeutscher Politiker traf er sich mit Mao Zedong. Die DDR-Diktatur bekämpfte er, fädelte für sie aber einen Milliardenkredit ein. Er riskierte Kopf und Kragen und flog eigenhändig im Schneegestöber nach Moskau, um sich Michail Gorbatschows kühne neue Ideen anzuhören.

Viele Wähler vermissen heute in der deutschen Politik solche Typen wie Strauß. Freilich glauben auch viele, heute werde nicht mehr alles hingenommen, was Strauß sich geleistet habe. Vor allem aber zählt, was er geleistet hat. Die 47,7 Prozent, über die sein Nachfolger Horst Seehofer heute jubelt, hätten FJS jedenfalls zutiefst beunruhigt.

*Hans-Jürgen Mahlitz*



Eine Szene, die im Rückblick geradezu makaber erscheint: Strauß stellt dem Autor (neben Streibl, mit Vollbart und Fliege) seinen Nachfolger vor – zehn Tage vor seinem Tod.

Bild: Mahlitz

# »Man hat mich wie einen Hund davongejagt«

Vor 50 Jahren musste Bundeskanzler Konrad Adenauer Ludwig Erhard weichen und wurde »aufs Altenteil geschickt«

Böse Zungen behaupten, wenn Konrad Adenauer bereits kurz nach seinem Rücktritt als Bundeskanzler im Herbst 1963 gestorben wäre, hätte die kleine Rhöndorfer Marienkapelle für die zu erwartenden Trauergäste vollkommen ausgereicht. Heute ist man geneigt, den Fokus auf die unbestreitbaren Erfolge des ersten Regierungschefs der Bundesrepublik zu richten. Zumindest Adenauers Nachruhm hätte es jedoch nicht geschadet, wenn er nicht bis weit in sein 88. Lebensjahr hinein an der Kanzlerschaft festgehalten hätte. Und selbst da war der Abschied nicht freiwillig.

Es geschah am 15. Oktober 1963: Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier würdigte ihn: „Heute steht der Deutsche Bundestag vor Ihnen auf, Herr Bundeskanzler, um für das deutsche Volk dankbar zu bekunden: Konrad Adenauer hat sich um das Vaterland verdient gemacht.“ Auch wenn die 40-minütige Lobrede in dieser klassischen Formel ihren Höhepunkt fand, so hatte sich doch selbst Gerstenmaier eines Seitenhiebes nicht enthalten können. Er war auch auf Bismarck zu sprechen gekommen, „wahrscheinlich auch der einzige, mit dem der Vergleich lohnt“. Nicht ganz wahrheitsgemäß führte

der Bundestagspräsident aus, dass der Abschied des Reichskanzlers in Unfrieden erfolgt sei, was ein Unterschied zu Adenauer sei. Dieser wiederum war in seiner Replik aufrichtiger, wenn er seinen Dank aussprach, und zwar „dem einen mehr und dem anderen weniger natürlich“.

„Sehen Sie, Herr Kohl, man hat mich wie einen Hund davongejagt und aufs Altenteil geschickt.“ –

## Auf das Bundespräsidentenamt verzichtete er, weil es ihm zu machtlos erschien

diese Worte gebrauchte der Altkanzler später gegenüber seinem noch späteren Nachfolger. Eine Demütigung, die Adenauer sich hätte ersparen können. Zu den unbestreitbaren Erfolgen seiner Regierungsführung zählen Wiederaufbau, Integration der Vertriebenen, weitgehende Wiedererlangung der Souveränität, Nato-Mitgliedschaft und Westintegration – letztere freilich auf Kosten der real nur noch als Fernziel in Auge gefassten deutschen Einheit. Dass er 1955 für die Heimkehr der letzten 10 000 Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion sorgte, galt als seine größte Einzeltat. Im historischen Rückblick stellt sich diese Aktion differenzierter dar, auch war das Ganze mit der Konzession verbunden, diplomatische Beziehungen mit dem

Kreml aufnehmen zu müssen. Dennoch war die Wirkung immens. Bei der Bundestagswahl 1957 erreichten die Unionsparteien die absolute Mehrheit. Adenauer wurde nach 1949 und 1953 zum dritten Mal Kanzler. Der 80. Geburtstag lag da schon hinter ihm, mehrere Gelegenheiten hätten sich geboten, das Amt des Regierungschefs auf dem Höhepunkt seines persönlichen Ansehens zu übergeben. Die auch nach Ansicht seiner engsten Vertrauten beste Möglichkeit wäre es gewesen, seinen politischen Lebensweg mit der Übernahme des Amtes des Bundespräsidenten zu krönen, dessen Neubesetzung nach dem Ablauf der Amtszeit von Theodor Heuss im Jahr 1959 anstand. Adenauer-Experte Hans-Peter Schwarz hat das entsprechende Kapitel in seiner großen Biografie treffend als „Präsidentschaftsposse“ überschrieben. Adenauer hatte sich im Frühjahr zur Übernahme der Kandidatur bereit erklärt. Er musste aber bald feststellen, dass seine Ansicht falsch war, das höchste Staatsamt böte große machtpolitische Spielräume, die von Heuss nur nicht genutzt worden wären. Viel schlimmer war für Adenauer allerdings, dass der von ihm ungeliebte Ludwig Erhard unweigerlich seine Nachfolge angetreten hätte. Natur-

lich hatte Adenauer auch selbst Namen für seine Nachfolge ins Spiel gebracht, allerdings fehlte dem von ihm favorisierten Franz Etzel, zu dieser Zeit Finanzminister, schon der nötige Rückhalt in der Fraktion. Unionfraktionschef Heinrich Krone wiederum hatte von sich aus keinerlei Ambitionen. Ganz im Gegensatz zu Erhard, welcher der CDU zudem als unverzichtbare „Wahlkampflokomotive“ galt. Gegen seinen äußerst erfolgreich agierenden und populären Wirtschaftsminister hatte Adenauer von Anfang an eine nicht ganz rational zu erklärende Abneigung. Erhard formulierte einmal, er selbst sei barock, Adenauer hingegen gotisch – was sowohl die jeweilige Physiognomie als auch die Lebensführung treffend auf den Punkt bringt. Außerhalb des ökonomischen Aufgabenbereiches sprach der Kanzler Erhard die Kompetenzen ab, erst recht die eines Regierungschefs. Ein bevorstehender Einzugs Erhards ins Bundeskanzleramt hatte sich spätestens seit Frühjahr 1959 deutlich abgezeichnet. Diesen zu verhindern wurde für Adenauer zur fixen Idee seiner letzten Regierungsjahre. Seine Präsidentschaftskandidatur zog

er zurück, er blieb Kanzler. Allerdings agierte er deutlich glückloser als in den vorhergehenden Jahren und büßte mehr und mehr an Rückhalt ein. Dass er unmittelbar nach dem Mauerbau im August 1961 nicht nach Berlin flog – auf Wunsch der US-Amerikaner und



Ludwig Erhard und Konrad Adenauer 1963 (v.l.)

zur Zufriedenheit des britischen Premiers Harold Macmillans – erwies sich als folgenschwerer Fehler. 1961 war er wieder auf eine Koalition angewiesen. Die FDP, die im Wahlkampf ein Zusammengehen mit der CDU/CSU, jedoch ohne Adenauer, gewünscht hatte, presste ihm eine Erklärung ab, et-

wa in der Mitte der Legislaturperiode sein Amt niederzulegen. Als infolge der Spiegelaffäre im Herbst 1962 – die auch von Adenauer-Anhängern als massiver Angriff auf die Pressefreiheit wahrgenommen wurde – die FDP-Minister zurücktraten, liebäugelte der Kanzler mit der Bildung einer Großen Koalition und mit einer Amtsführung bis 1965. Das christlich-liberale Bündnis wurde jedoch erneuert, auch um den Preis, dass Adenauer sich auf ein definitives Rücktrittsdatum festlegte – womit seine Stellung im letzten Jahr seiner Amtsführung mehr als schwach war.

Seiner Partei blieb er länger an der Spitze erhalten – den CDU-Vorsitz legte er erst im März 1966 nieder. Als Erhard, der schließlich doch die Nachfolge angetreten hatte, im gleichen Jahr scheiterte, hielt sich das Bedauern des Altkanzlers in engen Grenzen.

Adenauer starb im April 1967. Die Erinnerung an die Schattenseiten der letzten Amtsjahre war da allerdings schon verblasst. Unter großer Anteilnahme und in Anwesenheit mehrerer Staatschefs fand das Pontifikalrequiem im Kölner Dom statt. *Erik Lommatzsch*



# Warum Ludwig Müller Reichsbischof wurde

Vor 80 Jahren wurde der Wehrkreispfarrer in Königsberg Führer der Deutschen Evangelischen Kirche

**In der Geschichte der deutschen evangelischen Kirche hat es nur einen Reichsbischof gegeben. Er hieß Ludwig Müller und amtierte nicht von ungefähr während der NS-Zeit. Am 27. September 1933 wählte ihn die Deutsche Evangelische Nationalsynode ins Amt. 1945 endete mit der NS- auch seine Amtszeit sowie sein Leben. Ob er Selbstmord beging, wird wohl ewig ein Rätsel bleiben.**

Durchaus im Einklang mit seiner Zunft bescheinigt der Kirchenhistoriker Carsten Nicolaisen dem Geistlichen Ludwig Müller sowohl „charakterliche Schwäche“ als auch „theologischen Dilettantismus“. Und dennoch hat Müller es als einziger deutscher Protestant bis zum Reichsbischof gebracht. Ohne die „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten wäre sein Amt möglicherweise nie eingerichtet worden. Denn in keiner anderen Phase seiner Geschichte war Deutschland derart zentralistisch strukturiert wie in der nationalsozialistischen. Das gilt für den Staat und viele Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, darunter auch die evangelische Kirche.

Ideen zu einer stärkeren Zentralisierung hatte es bereits in der Weimarer Zeit gegeben, aber Realität wurde die gerne auch als „Reichskirche“ bezeichnete Deutsche Evangelische Kirche erst in der NS-Zeit. Entsprechend dem damaligen Führerprinzip stand an ihrer Spitze kein Kollegium, sondern ein Einzelner, und entsprechend den Landesbischöfen in den Landeskirchen trug der Führer der Reichskirche den Titel „Reichsbischof“. Mit dem Ende des Dritten Reiches kam dann auch das Ende des Reichsbischofsamtes.

Ludwig Müller wurde auf Betreiben Adolf Hitlers der einzige Inhaber dieses Reichsbischofsamtes. Dass Hitler sich ausgerechnet für Müller entschied, lag sicherlich auch daran, dass der Katholik an der Spitze der NSDAP mit wohl keinem anderen evangelischen Geistlichen derart viel Kontakt hatte wie mit ihm. Legendär sind die

gemeinsamen Spaziergänge der beiden „an der einsamen samländischen Küste“ in den Jahren vor der „Machtergreifung“. Müllers großes Verdienst aus nationalsozialistischer Sicht war es, seine Kontakte und Beziehungen zur Reichswehr in den Dienst Hitlers gestellt und dessen Akzeptanz bei den Waffenträgern des Reiches erhöht zu haben.

„Es ist bekannt, dass mancher Abiturient zwischen der Theologie und dem Beruf des Soldaten schwankte, als den beiden einzigen für ihn in Betracht kommenden

ologiestudium. Nach einem Studium in Halle und Bonn bestand er in Münster das Examen. Wie diverse andere Amtsbrüder, die später in den wilden Anfangsjahren der NS-Zeit zu Kirchenführern aufstiegen, verstand auch er sich eher als Mann der Tat denn der Theorie und war auch seine Stärke eher die mitreißende Rede oder Predigt als die wissenschaftliche Ausarbeitung.

Seine erste Pfarrstelle hatte er in Rödinghausen bei Bünde im Westfälischen. Kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges gelang es ihm

noch in seinem Nationalismus. Immerhin war die Exklave umgeben von potenziellen Feinden, die erst wenige Jahre zuvor Reichsterritorium annektiert hatten.

Wie zuvor schon in Wilhelmshaven fand er auch hier Anschluss an gleichgesinnte Vereine und Kreise wie den „Stahlhelm“. Bei nationalen und militärischen Veranstaltungen war er ein gern gesehener und gehörter Redner. Seinen wohl größten Auftritt hatte er 1927 bei der Einweihung des Tannenbergdenkmals. Während des Festgottesdienstes mit Reichspräsident Paul von

Angesichts dieser Mischung aus Nationalismus, Redetalent, gewinnendem Auftreten und Beziehungen zu Reichswehr wie Gesellschaft kann es nicht verwundern, dass die NSDAP auf ihn aufmerksam wurde. Laut Müller hat er Hitler 1927 kennengelernt, als „in Ostpreußen alle nationalen Elemente sich in“ seinem „Hause sammelten“. Dass Müller bei einem derartigen Treffen „aller nationalen Elemente“ Hitler kennengelernt hat, ist durchaus möglich, denn die bereits beschriebene Insellage Ostpreußens ließ die nationalen Rechte in einer Art Burgfriedensmentalität dort stärker zusammenrücken, als es im Restreich der Fall war.

Am 1. August 1931 wurde Müller mit der Nummer 670 992 NSDAP-Mitglied. Zuvor waren zwei bedeutende Entwicklungen eingetreten. Zum einen hatte die NSDAP ihre bis dahin geübte Indifferenz gegenüber den Kirchen aufgegeben. Sie übernahm nunmehr in stärkerem Maße kirchliche Parolen und begann sogar, sich als legitime Vertreterin kirchlicher Interessen hinzustellen. Zum anderen wurde die Partei durch ihre Wahlerfolge nun auch für Honorationen zunehmend gesellschaftsfähig.

Als Mittler zwischen Reichswehr und NSDAP engagierte Müller sich insbesondere für deren Zusammenarbeit bei dem aus Freiwilligenverbänden bestehenden preußischen Grenzschutz. Die von ihm geförderte Beteiligung von SA-Männern am Grenzschutz versprach sowohl für die Armee als auch für die Partei Vorteile. Die zahlenmäßig begrenzte Reichswehr erhielt Unterstützung bei der Sicherung der ostpreußischen Grenze und die NSDAP erhielt über die SA die Möglichkeit einer professionellen militärischen Mitglieder Ausbildung sowie Zugang zu Waffen und militärischer Ausrüstung.

Um die Zusammenarbeit beim Grenzschutz ging es wohl auch beim Treffen Hitlers mit dem Chef des Stabes im Wehrkreis I, Oberst Walter von Reichenau, das Müller

vermutlich Anfang April 1932 in seiner Wohnung arrangierte. Und um den Grenzschutz ging es auch beim anschließenden Briefwechsel zwischen Hitler und Reichenau, bei dem der Wehrkreispfarrer als Bote fungierte. In seinem Schreiben vom 4. Dezember 1932 an Reichenau gelang es dem Parteichef wohl, die letzten Bedenken des Stabschefs gegenüber dem Nationalsozialismus und einer nationalsozialistischen Regierungsübernahme auszuräumen.

Gemeinsam mit dem Oberst gelang es Müller, den Wehrkreisbefehlshaber Königsberg und Chef Reichenaus, General Werner von Blomberg, neben weiteren hohen Offizieren für den Nationalsozialismus und den Gedanken einer Kanzlerschaft Hitlers zu gewinnen. Blomberg konnte dazu bewegt werden, eine Zusammenkunft Hitlers mit führenden Reichswehrgenerälen zu ermöglichen.

Der Erfolg blieb nicht aus. Die Generale stellten ihre Bedenken hinsichtlich einer Beauftragung

## Er hatte weder Vorgänger noch Nachfolger

Hitlers mit der Regierungsbildung zurück und haben dieses den Reichspräsidenten wissen lassen. Blomberg, der in der letzten Januarwoche 1933 von Hindenburg empfangen wurde, tat offenbar das Seine, die letzten Bedenken des Staatsoberhauptes zu zerstreuen.

Diese Unterstützung Hitlers blieb für die Betroffenen nicht folgenlos. Nach seiner eigenen Ernennung am 30. Januar 1933 ernannte der neue Reichskanzler den ostpreußischen Wehrkreisbefehlshaber Blomberg zum Reichswehrminister, dessen Stabschef in Königsberg, Reichenau, zu dessen Ministeramtschef in Berlin sowie den ostpreußischen Wehrkreispfarrer Müller zu seinem Vertrauensmann und Bevollmächtigten für Fragen der evangelischen Kirche. Ein halbes Jahr nach jenem unübersehbaren Bekenntnis Hitlers vom 25. April 1933, wer sein Mann im deutschen Protestantismus ist, wählte die Deutsche Evangelische Nationalsynode eben diesen in das neugeschaffene Reichsbischofsamt. *Manuel Ruoff*



Händedruck zwischen dem Reichsbischof und dem, der ihn dazu machte: Adolf Hitler und Ludwig Müller

Bild: BpK

# Ein Leben lang mit Königsberg verbunden

Der Geschichtswissenschaftler Fritz Gause erhielt vor 50 Jahren von der Landsmannschaft Ostpreußen den Preußenschild verliehen

Vor 50 Jahren ehrte die Landsmannschaft Ostpreußen Fritz Gause durch die Verleihung ihrer höchsten Auszeichnung, den Preußenschild. Ein Jahr später folgten der Bundespräsident mit dem Bundesverdienstkreuz Erster Klasse und 1972 die Landesregierung Nordrhein-Westfalens mit dem Titel Professor.

Der im Alter so geehrte Spross eines altpreußischen Geschlechts wurde am 4. August

1893 als Sohn des Magistratsdirektors August Gause und dessen Ehefrau Margarete geborene Hanke in Königsberg geboren. Er besuchte das Friedrichskolleg; nach dem Abitur begann er 1912, an der Albertina Geschichte, Germanistik und Geographie zu studieren. Das Studium wurde durch freiwilligen Kriegsdienst bei der

Artillerie unterbrochen, konnte aber nach dem Krieg beendet werden. Gause promovierte 1921 an der Albertina mit der Dissertation „Die Landgerichte des Ordenslandes Preußen“. Er war in den Schuldiensten getreten und wurde 1922 Studienrat am Goethe-Oberlyzeum in Königsberg.

Sein Fach Geschichte regte ihn zu historischen Studien an; er

## Die Geschichte seiner Vaterstadt war das Spezialgebiet des Historikers

veröffentlichte einen Aufsatz über die „Polnische Einwanderung in die Komturei Osterode nach dem 2. Thorner Frieden 1466“ in den „Altpreußischen Forschungen“ und ebenfalls 1924 die Arbeit „Der Kämmererbesitz der Stadt Königsberg im 19. Jahrhundert“. Es folgten 1931 „Die Russen in Ostpreußen 1914/15“ und 1935

dann, seine Liebe zur Kanzel mit jener zur Kriegsmarine zu verbinden. Er wurde Marinepfarrer. Während des Ersten Weltkrieges zeitweise als Divisionspfarrer des deutschen Mittelmeergeschwaders in Konstantinopel tätig, war er nach dem Kriege Marineoberpfarrer in Wilhelmshaven.

1926 schließlich begannen seine Jahre in Ostpreußen mit der Berufung zum Wehrkreispfarrer des Wehrkreises I mit Amtssitz in Königsberg. Die Insellage dieser Provinz, die er später als seine eigentliche Heimat bezeichnen sollte, bestärkte den Nationalprotestanten

Hindenburg und dem Reichskanzler Wilhelm Marx sowie etwa 100 000 anderen Teilnehmern hielt er die Ansprache, bevor Hindenburg das Wort ergriff.

Doch auch in feiner Gesellschaft wusste Müller zu wirken. Im gesellschaftlichen Umgang war er geschickt, gewandt sowie von lebenswürdigem und gewinnendem Benehmen. Hinzu kam, dass seine Ehefrau aus einem wohlhabenden Hause stammte. Dieses ermöglichte es ihm, gesellschaftlich mit den Offizieren und darüber hinaus mit anderen gesellschaftlichen Kreisen in Königsberg Verbindung zu halten.

„Deutsch-slawische Schicksalsgemeinschaft“, gleichsam eine Konsequenz aus der eben selbst erlebten Vergangenheit.

Bald tauchten Themen auf, die zu seinem Hauptwerk, zur Geschichte seiner Vaterstadt gehören. 1954 erscheint in der „Zeitschrift für Ostforschung“ sein Aufsatz „Die Gründung der Stadt Königsberg im Zusammenhang der Politik des Ordens und der Stadt Lübeck“. Ungezählt sind seine Beiträge mit Königsberger Themen, die er für das „Ostpreußenblatt“ schrieb.

Aber er beschäftigte sich nicht nur mit der Vaterstadt, die 1958 in Marburg erschienene „Geschichte des Amtes und der Stadt Soldau“ ist dafür ein Beispiel. Auch erinnert er an sein Gymnasium mit dem 1959 herausgegebenen Buch „Das Königsberger Friedrichskollegium“. In drei Bänden erscheint dann sein Hauptwerk: „Die Geschichte der Stadt Königsberg in



Fritz Gause

Bild: Archiv

Preußen“. Dem ersten Band aus dem Jahre 1965 folgten recht schnell 1968 beziehungsweise 1971 die Bände II und III. In dieser Zeit, nämlich 1967, wurde er zum Vorsitzenden der Stadtgemeinschaft Königsberg gewählt.



## Scharia droht hereinzubrechen

**Zu: Hochburg der Immigranten (Nr. 35)**

Wie kann es sein, dass sich die Teilnehmer eines Gottesdienstes in der Barfüßerkirche in Pforzheim von dreisten Islamisten aus dem Koran vorlesen lassen, ohne sich dagegen zu wehren? Warum haben der „Gute Hirte“ und seine „Lämmer“ nicht demonstrativ dagegen angeboten, der Organist die Orgel nicht forte gespielt und die Gläubigen bei der Koran-Lesung sich nicht die Ohren zugehalten oder mit den Füßen für ihr Christsein abgestimmt? Wurden sie in ihrer Stadt schon so sehr von Muslimen eingeschüchtert, dass sie sich solchen Aktionen

widerstandslos beugen und/oder wurden sie von Pro-Islam-Politikern und Gleichgesinnten derart indoktriniert, diese Blasphemie „um des lieben Friedens willen“ hinzunehmen?

Es ist nicht abwegig, zu vermuten, dass durch die Kooperation unserer Kirchen-Oberen mit Islam-Vertretern ein solches Sakrileg (weitere werden nach diesem Sieg folgen) durch Scharia-versessene Islamisten aus Kalkül geduldet wird. Wegen dieser Feigheit werden wir eines Tages als sogenannte „Dhimmis“ (laut Islam Menschen zweiter Klasse) unter der Scharia leiden müssen.

**Gisela Recki,  
Troisdorf**

## Mut zu neuen Erziehungswegen

**Zu: Arbeit und Prügel für deutsche Kinder (Nr. 35)**

Und wenn dann endlich die Altfälle der 50er und 60er Jahre aus deutschen Kinderheimen, in denen Kinder und Jugendliche von brutalem Personal geschlagen wurden und arbeiten mussten, aufgearbeitet und die ehemals Maltratierten unter großem Bedauern finanziell entschädigt wurden, dann kann man gleich weitermachen und auch die Kinder, von denen obiger Artikel berichtet, bedauern und entschädigen. Die verantwortlichen Erzieher aber dürfen als gut bezahlte Kinderbetreuer ihr glorreiches und pädagogisch wertvolles Tun

ungehindert und ungestraft fortsetzen.

Man könnte aber auch neue Wege gehen, zum Beispiel erwerbstätigen Familien höhere Steuerfreibeträge gewähren und somit den größten Teil ihres Verdienstes belassen, dafür aber Kindergeld und andere Subventionen streichen. Das Lebensmodell des staatlich garantierten Einkommens durch Kinderreichtum würde damit eventuell uninteressant, aber es gäbe weniger vernachlässigte Kinder. Diese sollten dafür im Lande anständig betreut werden, vielleicht in SOS-Kinderdörfern, die einen guten Ruf haben.

**Maria-Anna Konietzko,  
Bad Homburg**

## Feine Bananenrepublik

**Zu: Wenn Polizisten am Ende sind (Nr. 28)**

In Deutschland werden die Polizisten, die zwei unschuldigen Jugendlichen das Gehirn so zermatschen, dass sie nur noch von Erwerbsunfähigkeitsrente leben können, erst gar nicht angeklagt. Die Polizisten hatten die beiden verwechselt, als sie einen Polizistenmörder verfolgten. Einen 15-Jährigen, der ein Mofa gestohlen hat, mit fünf Schüssen in den Rücken zu schießen, ist in Essen wenn es ein Türkenjunge ist, Notwehr. Und wenn ein angeketteter in einer Zelle verbrennt, in der ein Jahr zuvor ein Gefangener erschlagen wurde, dann ist das

Selbstmord des Verbrannten. Durch die geschlossene Wohnungstür einen Rentner erschießen, weil man sich in der Etage geirrt hat, bleibt ohne Anklage.

Soll ich 100 Seiten weiter schreiben? Das Problem ist nicht, dass die Menschen, die auch Polizisten sind, versagen; das Problem ist vielmehr, dass diese Verbrechen nicht offiziell vor einem Gericht verhandelt werden, weil der Arbeitgeber des Polizisten keine Verfehlungen sieht.

Das sind Bananenrepubliken der feinsten Sorte; aber das will niemand hören, und schon gar nicht abdrucken.

**Helmut Josef Weber,  
Málaga, Spanien**

## Mit Blut getränkt

**Zu: Wer einmal lügt ... (Nr. 36)**

Die USA, die jüngste unter den Großmächten von heute, waren zu der Zeit, als der erste deutsche Kaiser, Karl der Große, in Rom zum Beschützer der Christenheit gekrönt wurde, der weißen Rasse noch unbekannt. Als Martin Luther geboren wurde, hatte Kolumbus die Küsten der Neuen Welt noch nicht gesehen.

Wie konnten die USA in so kurzer Zeit so groß, reich und mächtig werden? Wir sind durch unsere Schulbücher gewohnt, die US-Geschichte seit der Zeit der Pilgerväter im Glorienschein zu sehen. In Wirklichkeit ist die amerikanische Nationalgeschichte eine ununterbrochene Kette von grausamen und blutigen Eroberungsfeldzügen und Lügen gewesen.

Und uns will man glauben machen, die USA stehen für Frieden. Diese Heuchelei – auch unserer eigenen Politiker – ist unerträglich.

**Eddi Göller,  
Malsfeld**



**Armes Deutschland: Immer mehr Kinder aus Hartz-IV-Familien geraten auf die schiefe Bahn und müssen in Kinderheimen pädagogisch betreut werden. Ob das der richtige Weg ist?**

Bild: pa

## Heute dichten Gossenhelden

**Zu: Widerwärtig (Nr. 35)**

Als Deutschland noch geistig und seelisch intakt war, wurde der Dichter und Freiheitskämpfer Theodor Körner geliebt und verehrt. „Deutsches Volk, du konntest fallen, aber sinken kannst du nicht!“, dichtete er.

Armer Körner! Er konnte nicht ahnen, dass ein ehemals stolzes Volk, später er- und zerschlagen in zwei Geldkriegen, in hündischer Unterwürfigkeit sich der Auflösung Deutschlands wie ein Stück Zucker im Tee entgegen-sehnt. „... Vergiss die treuen Töten nicht und schmücke auch unsere Urne mit dem Eichenkranz!“, so Körner.

Die Heroen der Megaphone gefallen sich darin, den wehrlosen Töten jetzt ins Grab zu spucken. Im Wissen um die eigene Bedürftigkeit, demütigen das Regietheater das tote Genie und der Plebs den genialen Feldherren, den tap-

feren Soldaten. Die Nachkommen verurteilen ihre Vorfahren, denen sie meistens weder geistig noch sittlich gewachsen sind. Sie haben zu verantworten, ein millionenfaches Leid in die Familien getragen zu haben. Es ist unglaublich, wie sie sich in ihrer anmaßenden Infamie auch noch moralisch überlegen fühlen. Der zivilcouragierte Gossenheld hat große Chancen, einen Preis zu bekommen, auch wieder benannt nach einem Töten, der sich nicht wehren kann. Nur wenn es ums Erben geht, dann kommt zuerst das Fressen und dann die Moral. Auch das ist „widerwärtig“.

Als Trost zu guter Letzt eine Trouvaille bei dem kolumbianischen Philosophen Gómez Dávila, einer wahrhaft noblen Seele: „Dem 19. Jahrhundert gelang nur eine Konstruktion großen Stils: Das preußische Offizierskorps!“

**Karin Khemlyani-Albrecht,  
Bendestorf**

## Ein Heer der Enttäuschten wählt

**Zu: Überall Diskriminierung (Nr. 34) und Wehr dich Wähler (Nr. 34)**

Die Verzweiflung des PAZ-Autors Hans Heckel über unsere Volksvertreter und die staatlichen Medien verstehe ich gut, teile sie jedoch nicht, weil die heiße Phase zur Bundestagswahl erst langsam immer schneller anläuft. So hoffen Schnellmerker unter den Enttäuschten und Verzweifelten, dass die anstehende Wahl endlich eine günstige Gelegenheit ist, den drohenden Zerfall unseres Volkes zu verhindern.

Dazu befähigt ist besonders unsere größte „Partei“, nämlich die der Nichtwähler. Diese alternative „Partei“ muss jetzt handeln. „Volk an die Urnen!“, kann es da nur heißen. Wählt eine Splitterpartei, auch wenn sie noch so unbedeutend erscheint. Denn die großen etablierten Parteien werden dann durch Stimmenverluste gezwun-

gen sein, Volkes Stimme zu berücksichtigen.

Alle etablierten Parteien sind mehr oder minder weit nach links abgerutscht und nur einig in ihrem „Kampf gegen Rechts“, indem sie die offene Flanke rechts von der Mitte gegen richtige Rechte absperren unter dem Vorwand, alle Rechten seien Extremisten.

Dabei sind viele angebliche „Rechte“ nur Patrioten, die ihr Vaterland lieben und daher mit Verständnis andere Vaterländer achten. Denn Patrioten unterscheiden sich von Extremisten wie Fußballfreunde von Hooligans. Viele Splitterparteien und das Heer der Enttäuschten haben erstaunlich viele kluge und vernünftige Persönlichkeiten auch mit Charisma, – sie müssen „nur“ gewählt werden. Und mehr Erfolg als Splitterparteien hat selbstverständlich eine alternative Partei mit Sitz im Bundestag. **Heinz-Dietrich Koske, Köln**

## Weniger Föderalismus ist ratsam

**Zu: Raus aus der Schuldenfalle (Nr. 33)**

Kurzfristig mögen Länderfusionen keine nennenswerten Spareffekte erzielen. Es bleibt jedoch das Problem, dass Länder wie Bremen, Berlin, eventuell auch Hamburg sowie das Saarland alleine kaum überlebensfähig sind und auf Dauer am Finanztropf hängen werden. Die hier ange-dachte Lösung von Zeit würde unliebsame Akzentuierungen nach sich ziehen, was die Störeinflüsse des Föderalismus auf den Bund betrifft.

Zwangsläufig haben wir schon heute mit einer Effizienzbremse namens Bundesrat zu tun, die oftmals die Durchsetzungskraft der Bundespolitik behindert. Faule Kompromisschandisei ist die Folge. Fest stehen zwei Dinge: Zum einen werden die aufgehäuften Schuldenberge ohne Schuldenschnitt nicht mehr abtragbar sein,

egal ob Fusion oder nicht. Zum anderen erweisen sich größere Ländereinheiten langfristig als die überlegene Lösung, vor allem in Krisenzeiten. Je heterogener die Wirtschaftsstrukturen, desto unanfälliger der Gesamtkomplex. Ein unnötig forcierter Föderalismus, der dem Bund ständig Knüppel in den Weg wirft, hervorgerufen durch Stärkung von Länderkompetenzen, wäre der falsche Weg.

Deutschland benötigt in einer Welt, die immer schnellere und flexiblere Entscheidungen erfordert, weniger Föderalismus mit weniger Bundesländern und dafür mehr Bundeskompetenz. Im Übrigen bedarf es umfangreicher Reformen im Steuer- und Finanzrecht, im Arbeits-, Bildungs- und Sozialrecht sowie im Asylrecht, um nur einige zu nennen. Dazu zählt dann auch eine Bund-Länderreform.

**Christian Benthé,  
Bremen**

## Traurige Aussicht

**Zu: Ein Staat entgleist (34)**

Dieser Zusammenbruch der Gemeinschaften ist gewollt und gehört zum Plan der neuen Weltordnung. Dazu passen Polizei- und Überwachungsstaat, der uns den Agroriesen überlässt und deren soziale Strukturen (beginnend mit dem Rauchverbot) er zerstört.

Beraubt werden damit auch gewachsene Strukturen, die Selbstbestimmung und die Identität der Völker. Wer Merkel im TV-Duell gesehen hat, dem könnte übel werden angesichts der politischen Führung. Aber der deutsche Wähler denunziert eher seine Freunde, als die Obrigkeit zu bekämpfen. Traurige Aussichten.

**Eberhard Schneider,  
Wilnsdorf**

**Zu: Lobenswert (Nr. 31) und zugehörigen Leserbriefen (Nr. 34)**

Genannte Zuschriften glorifizieren unsere Beamtenschaft. Ich kann diesen Vorgang, ohne Übertreibung, nur als unangebrachte Werbung bezeichnen, möchte jedoch nicht weiter darauf eingehen. Seit Jahren hört man von Regierungs- und Parteiseiten immer wieder, wie leer unsere Rentenkassen sind. Es soll „geriestert“ werden und für unterverzinste Lebensversicherungen wird erworben. Wie das bezahlbar sei von den geringen Löhnen und Gehältern, steht in den Sternen.

Die Rente wird in wenigen Jahren weit unter 50 Prozent des Durchschnittseinkommens liegen. Über die Pensionen unserer Be-

amtenschaft bewahrt man Stillschweigen. Nur nicht die Wahrheit der Öffentlichkeit bekanntgeben – es könnte doch zu unvorhersehbaren Reaktionen kommen. So wie die Steuer herein-kommt, wird sie an die Herren Pensionäre zum Teil sofort weitergereicht. Da gibt es keinen Topf, wie bei der Rente, aus dem der größte Teil bezahlt wird.

Dass es eine Differenz gibt, haben wir nicht zuletzt unseren Staatsmanagern zu verdanken, die unberechtigterweise in den Topf hinein gegriffen haben. Während der Pensionär mit einem Betrag von zirka 70 Prozent seiner letzten Bezüge außer Dienst gestellt wird, erhält der Lohnempfänger künftig unter 50 Prozent des Durchschnittsverdienstes.

Die Aussage vom lebenslang gleichen Arbeitsplatz des Beamten kann ich nur positiv beurteilen. Einmal verbeamtet – niemals arbeitslos. Diesen Vorteil scheinen die Leserschriften übersehen zu haben. Weiterhin als Anmerkung: Jeder Beamte, ob Lehrer oder Kommissar, kann sich versetzen lassen. Ja selbst im Bundestag und in den Landtagen sind viele Beamte als Abgeordnete vertreten. Angestellte suche ich dort oft vergeblich. Liegt das am höheren Intelligenzkoeffizienten unserer Herren Staatsdiener?

Auch dass der junge Arbeiter mehr verdient als ein Jungbeamter, gehört in die Märchenwelt. Ich möchte nicht auf die unterschiedlichen Krankenkassensysteme eingehen, sonst kommt der

Autor des Leserbriefes „Lebensleistung von Beamten ist auf jeden Fall höher zu bewerten“ noch auf die Idee, mir vorzurechnen, welch großen Zinsverlust er durch Arzt- und Behandlungsvorschuss erleiden muss.

Die maximale Rentenhöhe ist nach oben begrenzt. Firmenrenten bekommen wohl die wenigsten der Arbeiter. Bei den Pensionen sieht das anders aus. Die Obergrenze ist für den Normalverdiener unvorstellbar. Für die hochkarätigsten Staatslenker wurde diese aufs Jahr erst kürzlich um 18 000 Euro erhöht. Doch das Geld ist da, dafür hat Kanzlerin Merkel ja beim Amtsantritt extra die Mehrwertsteuer um satte drei Prozent erhöht.

**Paul Freihöfer,  
Dorsten**

## Feigheit ist Sünde

**Zu: Feige Demokraten (Nr. 35)**

In dem satirischen Roman „Der Meister und Margarita“ des russischen Autors Michail Bulgakow (1891–1940) ist folgende Situation beschrieben: Pontius Pilatus fragt seinen Sekretär, der bei der Kreuzigung von Jesus dabei gewesen ist: „Hat er noch etwas gesagt?“ Der Sekretär antwortet, Jesus habe gesagt: „Feigheit ist die größte Sünde!“

**Ingrid Tillmann,  
Edertal**

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.





## Opposition sieht sich gemobbt

Diesen Monat war ein Teil der Bewohner des Königsberger Gebiets aufgerufen, Abgeordnete und eine Reihe von Bürgermeistern neu zu wählen – insgesamt 500 Volksvertreter. Aus den Wahlen ist Wladimir Putins Regierungspartei „Einiges Russland“ als eindeutiger Sieger hervorgegangen. Obwohl es nur um lokale Wahlen in einigen Bezirken ging, war es bereits vor dem Wahltag in Königsberg zu Protestaktionen gekommen.

Am 30. August gaben Vertreter fast aller Oppositionsparteien eine Pressekonferenz, auf der sie gegenüber den anwesenden Journalisten über dreiste und kaum verdeckte Behinderungen der Oppositionsparteien durch die Regierungspartei klagten, die in der Streichung

## Protestkundgebung in Königsberg

von Oppositionskandidaten von der Wahlliste gegipfelt hätten. Aus frei erfundenen Gründen seien Kandidaten der Opposition per Gerichtsbeschluss von der Wahl ausgeschlossen worden. Die Wahlkommission betreibe Desinformationskampagnen, und Oppositionskandidaten würde aufgrund angeblich falscher Antragsdokumente die Registrierung verweigert.

Solomon Ginsburg, Abgeordneter der Gebietsduma, charakterisierte die Situation dramatisch. „Einen solchen Druck auf die Opposition hat es auf der Welt zuletzt 1933 gegeben, als Hitler an die Macht kam. Leider wiederholt sich das, und nicht nur hier, sondern in ganz Russland“, sagte er auf der Pressekonferenz.



### Kundgebungsteilnehmer

Vier Tage später folgte der Konferenz eine Protestkundgebung. Deren Organisator Michail Tschesalin, der die Königsberger Abteilung der „Patrioten Russlands“ leitet, klagt: „Der Grund für dieses Treffen ist der beispiellose Druck auf die Opposition seitens der Regierungspartei. An der Verletzung der Wahlrechte der Bürger waren alle Organe der präsidialen Machtvertikale beteiligt, die Gerichte, die Staatsanwaltschaft, die Wahlkommissionen und so weiter. Verstöße gegen das Wahlrecht der Bürger seitens der Mächtigen hat es schon immer gegeben, aber so wie jetzt war es noch nie. Wir glauben, dass die Regierung an einer neuen Technologie für Wahlen ohne Alternative arbeitet. Tatsächlich werden die Bürger ihres Wahlrechts beraubt und die Rechtmäßigkeit der Regierung ist so infrage gestellt.“ E. Schreiner

## Vor dem Untergang gerettet

Johannes Bobrowskis Berliner Arbeitszimmer mit Originalinventar in Willkischken rekonstruiert

Seit diesem Sommer ist Willkischken [Vilkyskiai], Kreis Tilsit-Ragnit, um eine Sehenswürdigkeit reicher: eine Dauerausstellung über Johannes Bobrowski. Eröffnet wurde die Ausstellung über den von 1917 bis 1965 lebenden ostpreußischen Lyriker und Erzähler vom örtlichen evangelischen Pfarrer Mindaugas Kairys, eingeleitet wurde sie von Jörg Naß, der das kleine Museum auch gestaltet und aufgebaut hat.

Zahlreiche geladene Gäste aus der Republik Litauen und der Bundesrepublik Deutschland nahmen an der Eröffnungsveranstaltung teil, darunter Mitglieder der Johannes-Bobrowski-Gesellschaft Berlin, die Leiterinnen der Museen von Heydekrug, Bithenen und Ruß sowie Sigita Stonis, Mitglied im Stadtrat von Willkischken. Laura Matuzaite-Kairiene, die Vorsitzende des Musikverbandes der evangelischen Kirche von Litauen, begleitete zusammen mit zwei jungen Musikerinnen die Einweihung musikalisch auf Bobrowskis Clavicord.

In der festen Dauerausstellung gibt es nicht nur das ehemalige Arbeitszimmer Bobrowskis zu sehen, in dem sich damals viele Künstler, Dichter, Schriftsteller und Freunde mit Bobrowski trafen. Es werden in der Ausstellung auch Originaldokumente von Bobrowski gezeigt. Auf 18 Text- und Bildtafeln wird durch das Leben

Bobrowskis Kriegsgefangenschaft in Russland, konnte er seine Frau in Berlin wiedersehen.

Mit dieser Ausstellung ist ein Teil Bobrowskis in die Gegend seiner Kindheit zurückgekehrt, die ihn als Kind stark geprägt hat. In dem Dorf Motzischken bei seinen Großeltern und in Willkischken auf dem Hof seiner Tante Agathe Fröhlich hatte Bobrowski ab 1929

regelmäßig seine Sommerferien verbracht. Schon als kleines Kind war er mit seiner Mutter mit der Eisenbahn von Königsberg nach Tilsit und von dort aus mit der Kleinbahn weiter bis nach Willkischken gefahren, um dort ihre Verwandten zu besuchen. Hier lernte er früh bäuerliche Sitten und den Alltag des Memellandes kennen. Er begegnete Zigeunern

und kleinen jüdischen Wanderhändlern, die von Jurbarkas kamen, um hier Handel zu treiben. Auch der nahegelegene Rombinus, der noch heute als Götterberg von den Litauern verehrt wird, gehörte zu den wichtigen Landschaftserlebnissen Johannes Bobrowskis. Es ist eine „Landschaft mit Leuten“, wie Bobrowski später gesagt hat, eine Landschaft mit

Menschen verschiedener Nationalitäten, die dort friedlich miteinander und durcheinander gelebt haben. Die Eindrücke seiner Kindheit und Jugend verarbeitete Johannes Bobrowski später in vielen seiner Gedichte, Romane und Erzählungen.

Auch heute sind Johannes Bobrowski und sein Werk nicht völlig unbekannt; seit 1965 erschienen zahlreiche Bücher mit Gedichten oder Erzählungen des Dichters. Bobrowskis Werke sind in über 30 Sprachen übersetzt worden. Die Johannes-Bobrowski-Gesellschaft in Berlin bemüht sich, das literarische Erbe des Schriftstellers zu erhalten, in Berlin-Friedrichshagen wurde die Stadtbibliothek nach Bobrowski benannt, ebenso ein Lesesaal der Bibliothek in Kaunas in Litauen. Seit 2011 heißt die Hauptstraße durch Willkischken „Bobrowskiogate“, auf deutsch „Bobrowskistraße“.

Die Ausstellung kann jederzeit besucht werden.

Das Tourismusbüro in Willkischken, das sich in der ehemaligen Grundschule nahe der evangelischen Kirche befindet, öffnet die Ausstellung gerne für Besucher. In der Kirche finden im Jahr öfter Konzerte statt, Pfarrer Kairys, Mitglied der litauischen Bobrowskigesellschaft, hilft gerne bei der Planung eines Besuchs des Museums weiter. Die litauische Bobrowskigesellschaft und das Tourismusbüro freuen sich ebenso über jede Anregung für Seminare, Kunstaktionen oder sonstige Veranstaltungen, die Bobrowski betreffen. J.N.

Nähere Informationen erteilen die litauische Bobrowskigesellschaft, E - M a i l : b o b r o w s k i o . d r a u g i j a @ g m a i l . c o m , das Tourismusbüro in Willkischken, Pagegiu krašto t u r i z m o i n f o r m a c i j o s c e n t r a s , Ilona Meir [Leitung des Büros], Še-reikos g. 3-3, LT- 99254 Vilkyskiai, Lietuva, Telefon 370/ 656/18/551, E - M a i l : t i c p a g e g i a i @ g m a i l . c o m , und Jörg Naß, Rolandstraße 11, 48429 Rheine, E - M a i l : j o e r g . n a s s @ o s n a n e t . d e



Bei dem obligatorischen Eröffnungsakt: Jörg Naß, Sigita Stonis und Pfarrer Mindaugas Kairys

Bild: Taurage

## Wie die Ausstellung entstand

Zwei Jahre ist es jetzt her, dass in Willkischken der Pfarrer der örtlichen evangelisch-lutherischen Gemeinde, Mindaugas Kairys, und seine Frau auf die Idee kamen, im Gemeindehaus eine Ausstellung über den Dichter und Schriftsteller Johannes Bobrowski durchzuführen. Die hierfür nötigen Recherchen über den gebürtigen Tilsiter führten auch nach Berlin-Friedrichshagen in die Ahornallee 26, wo der Dichter und Schriftsteller mit seiner Familie von 1953 bis zu seinem Tod lebte.

Bei einem Treffen mit Justus Bobrowski, einem der beiden Söhne des Schriftstellers, stellte sich heraus, dass das Haus verkauft werden sollte und das noch bestehende, ehemalige Arbeitszimmer ihres Vaters aufgelöst werden musste. Nach dem Tod von Johanna Bobrowski, der Ehefrau Johannes Bobrowskis, im Jahr 2011 sollte die Wohnung nun endgültig aufgelöst werden.

Vor diesem Hintergrund schlug Jörg Naß, der Projektleiter der Ausstellung in Willkischken, Adam und Justus Bobrowski vor,

die Möbel und Gegenstände des Arbeitszimmers nach Willkischken bringen zu lassen, um sie dort in einem eigenen Raum neben der geplanten Ausstellung aufzustellen. Auf diese Weise würden

Gegenstände aus dem Arbeitszimmer in die Republik Litauen gebracht werden.

Hätte es nicht eine andere Möglichkeit gegeben, das Arbeitszimmer zu erhalten? Schon seit län-

des Dichters in der Ahornallee zu erhalten, allerdings ohne Erfolg. 2005 war die wertvolle Privatbibliothek Bobrowskis mit ihren über 2000 Büchern an die Landesbibliothek Berlin verkauft worden.

Deshalb bestand das Arbeitszimmer im Jahr 2012 nur noch aus wenigen persönlichen Gegenständen Bobrowskis und ein paar Möbeln.

Möglich wurde die Ausstellung allerdings nicht nur durch Adam und Justus Bobrowski, die einen Teil des Erbes ihres Vaters der Ausstellung anvertraut haben, sowie den Organisationen und Privatpersonen, die mit Bild- und Tonmaterial über Bobrowski weitergeholfen haben, sondern auch durch Sponsoren, die bei der Finanzierung des Projektes geholfen haben. Da Johannes Bobrowski aber eher unbekannt ist, konnten nicht genug Spendengelder eingeworben werden, so dass der größte Teil der Kosten für die Recherche, den Bau, Transport und Aufbau der Ausstellung vom Projektleiter finanziert werden musste.

J.N.



Nachgestelltes Arbeitszimmer: Das Inventar stammt aus Berlin

Bild: Taurage

alle Gegenstände zusammenbleiben und könnten der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Im Sommer 2012 konnten dann ein Großteil der Möbel, das Clavicord des Dichters sowie weitere

gerem hatten sich die Söhne Bobrowskis, die Johannes-Bobrowski-Gesellschaft in Berlin und der Direktor der Stadtbibliothek in Friedrichshagen, Alfred M. Molter, bemüht, das Arbeitszimmer





## Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

das Rad der Zeit dreht sich bei uns merklich zurück, denn wie schon die letzte Ausgabe bewies, kommen jetzt wieder Vorgänge ans Licht, die zehn, zwölf oder noch mehr Jahre zurückliegen. Das Internet macht's möglich, dass sich tatsächlich noch einige Fälle klären lassen. Auch heute können wir wieder von einer bisher vergeblich gestellten Frage berichten, auf die wir jetzt unvermutet die richtige Antwort erhalten haben. Es handelt sich um einen Feldpostbrief aus dem Jahr 1943, den wir aus dem Leserkreis zugesandt bekamen und der anscheinend nie die richtigen Empfänger erreicht hatte.

Ein junger Vater schrieb ihn von der Ostfront an seine Frau und die beiden kleinen Söhne, und in seinen Zeilen schwang schon die dunkle Ahnung mit, dass er sie nicht wieder sehen würde. Dass es tatsächlich so gekommen ist, hatten wir nicht gehofft, als wir diesen anscheinend letzten Brief des Leutnants **Karl Thomas** veröffentlichten, um herauszufinden, ob Angehörige seiner Familie noch leben, damit der Brief nach einer langen Irrfahrt endlich in die richtigen Hände kommt.

Eine Leserin aus Hannover hatte ihn zu Beginn des vorigen Jahres zugesandt, weil sie meinte, dass der von ihr entdeckte Feldpostbrief eine ostpreußische Familie betreffen könnte, aber den in der Adresse angegebenen Ort „Schnorrenberg“ hatte es in Ostpreußen nie gegeben.

Da uns aber dieser wohl letzte Gruß eines deutschen Wehrmachtangehörigen an seine Familie sehr berührte und uns an einer späten Klärung des Falles lag, veröffentlichten wir die Suche nach Frau **Susi** Thomas in Schnorrenberg und wurden immerhin soweit fündig, dass wir dank Leserzuschriften den – inzwischen eingemeindeten – Ort in der Eifel finden

konnten. Weiter kamen wir nicht – bis wir einen zweiten Feldpostbrief erhielten, der mit dem ersten fast identisch war. Aus ihm ging noch stärker hervor, dass Karl Thomas nicht mehr glaubte, lebend aus dem Stalingrader Kessel heraus zu kommen. Die über 90-Jährige aus Attendorn meinte, dass ihr verstorbener Bruder diesen Brief von seinem Fronteinsatz mitgebracht habe. Wir starteten also einen zweiten Versuch, die Familie Thomas zu finden – leider vergeblich!

Bis jetzt! Denn nun löst sich die Geschichte auf – in einer Version, die wir nie vermutet hätten. Wir bekamen von Herrn **Hans-Herbert** Thomas aus Nickenich ein Schreiben zugesandt, in dem er mitteilt, dass er einer der beiden Söhne des Briefschreibers Karl Thomas sei, der seit Stalingrad vermisst wird. Er hätte erst jetzt von der in unse-

der letzten vier Feldpostbriefe meines Vaters, die er von der Front aus Stalingrad an meine Mutter Susi geschickt hat. Die Briefe wurden in dem Buch ‚Namen für Rossoschka‘ – Schicksale aus Stalingrad – in Ausschnitten veröffentlicht. Der Feldpostbrief vom 20. Januar 1943 in Ihrer Post ist eine schlecht gemachte Kopie des Originalbriefes meines Vaters, welche der Volksbund als ‚Muster‘ an Förderer und Interessenten versandt hat. Natürlich stimmt das Schriftbild mit dem meines Vaters in keinsten Weise überein. Ebenso ist die Adresse bewusst unvollständig und falsch wieder gegeben. Eben nur ein Muster! Meine Mutter war damals, als mein Vater nach Stalingrad gehen musste, 29 Jahre alt. Auch ihr blieb nichts, was den unsinnigen Krieg angeht, erspart. So wurden wir 1944 zwangsweise aus dem Höhengebiet der Eifel evakuiert, weil wir direkt an der Bunkerlinie des Westwalls wohnten.

Die Suche nach unserem vermissten Vater hat meine Mutter bis zu ihrem Tode im Januar 1989 nie aufgegeben. Mein Vater gehörte dem Stab des Pioniersersatz-Bataillon 33 an und war im Raum Stalingrad der 305. I.D. zugeordnet. Er wurde als Technischer Inspektor in der Brücken-Kolonnen-Staffel 925, Pionier, Feldpostnummer 47153 geführt. Er hatte die Erkennungsmarke 1-15-Pi.Ers.Btl.33. Es ist tröstlich für mich zu erfahren, dass Sie den letzten Brief meines Vaters aus Stalingrad gelesen haben. Sicher erkannten Sie, wie unendlich groß sein Heimweh und die Sorge um seine Familie war. Für Ihre außerordentliche Mühe, die Sie für das Auffinden unserer Anschrift in Schnorrenberg hatten, bedanke ich mich sehr.“

Und wir möchten uns für die informativen Zeilen von Herrn Hans-Herbert Thomas sehr herzlich bedanken, da wir nun wissen, dass die Originalbriefe damals die

Empfängerin erreicht haben. Susi Thomas war 1943 mit ihren beiden kleinen Söhnen in die Heimat ihres Mannes, die Eifel, gezogen. Da sie bald evakuiert wurden, hätte sich dort wohl niemand mehr an die Familie erinnern können, selbst wenn man unsere Kolumne mit der Suchfrage gelesen hätte, zumal ja auch die Adresse auf den uns vorgelegten Briefen nicht richtig angegeben war. Aber ob Original oder Kopie: Dieser letzte Brief des Stalingradkämpfers, der sein Schicksal vorausahnte, berührt uns noch heute und auch, dass sein Sohn Hans-Herbert Thomas – dessen Bruder **Karl-Heinz** 2007 verstarb – das Gedenken an den Vater so fest bewahrt hat. Die Zeit heilt nicht immer alle Wunden.

Das ist ein langer und sehr emotionaler Einstieg in unsere heutige Kolumne, und schon mehr als das. Aber vielleicht noch bewegender ist die nächste Zuschrift, die nahtlos an unsere letzte Kolumne anschließt, in der wir die Suche nach dem Mann veröffentlichten, der sich **Richard Stad** nennt. Ein „Wolfskind“, das Mutter und Schwester bei dem Russeneinfall in Ostpreußen verlor und diese immer gesucht hatte. Es hatte sich nun ein Leser gemeldet, der glaubte, dass seine Schwiegermutter diese Schwester „**Käthi**“ sein könnte, da ich den richtigen Nachnamen von Richard in dem ostpreußischen Familiennamen „**Stadie**“ vermutete. Unsere Kolumne war bereits im Druck, als ein Brief der Genannten einging, der diese von uns mit Vorbehalt weiter gegebene Vermutung noch bekräftigte. Frau **Käthe Leien-sup** aus Marl schreibt:

„Ich habe durch Zufall einen Ausschnitt aus Ihrem Brief vom 18. März 2000 von Ihnen aus dem Internet gelesen. Liebe Frau Geede, Sie schreiben da über einen **Richardas Stadas** oder Richard Stad, der seine Mutter und Schwester auf der Flucht verloren hat. Ich habe sehr aufmerksam alles gelesen. Besonders die letzten Sätze, wo Sie eine Vermutung wagen ... Ich heiße mit Mädchennamen **Käthe Stadie!** Ich habe aus dem Brief vieles gelesen, was ich von meiner Mutter auch immer gehört habe. Meine Mutter hat meinen Bruder jahrelang durch das Deutsche Rote Kreuz (DRK) suchen lassen, immer ohne Erfolg.“ Das erinnert sehr an die ebenfalls in der letzten Folge von mir geschilderten Suchgeschichte der Geschwister K., die aufgrund eines fehlerhaften Namens sich über 50 Jahre lang nicht finden konnten, obgleich Schwestern und Brüder fast in Nachbar-

schaft in Mitteldeutschland lebten, bis sie sich aufgrund erneuter Suche durch Namensvergleich fanden. Es bleibt nur inbrünstig zu hoffen, dass dieser Fall so ähnlich ausgeht. Aber zuerst einmal, was das Wichtigste ist: Richard Stad, der nicht mehr in Spremberg wohnt, muss gefunden werden!

Immer mehr verlagern sich die Fragen und Wünsche, die an unsere Ostpreußische Familie gerichtet werden, auf eine Klärung des eigenen Schicksals, denn die Fragenenden waren bei der Vertreibung oder Verschleppung noch Kinder und haben selber keine Erinnerungen mehr und die Zeitzeugen sind längst verstorben. So ergeht es auch Herrn **Helmut Schäfer** aus Friedrichsdorf, der über unsere Zeitung nach Menschen sucht, die ein ähnliches Schicksal wie er hatten oder die sogar etwas über das Leben in der sibirischen Kolchose Kirova, Region Irkutsk, aussagen können. Der heute 65-Jährige wurde im April 1948 in Skrodeln, Kreis Tilsit, geboren und ein Jahr später von dort mit den Eltern nach Sibirien verschleppt. Der Junge hat also seine frühe Kindheit in der Internierung verbringen müssen, denn erst Ende 1958 kam die Familie nach Deutschland. Seine Eltern sind schon lange verstorben, er kann sie nicht mehr befragen und deshalb bittet Herr Schäfer unsere Leser, ihm bei der Aufarbeitung seiner Lebensgeschichte zu helfen. Wir unterstützen mit dieser Veröffentlichung seine Bitte gerne und hoffen, dass sich Leserinnen oder Leser melden, die mit ihren Erlebnissen dazu beitragen können, seine Erinnerungen zu ergänzen. Vielleicht erinnern sich auch noch ehemalige Bewohner seines meißländischen Geburtsortes an die Familie Schäfer und an das Kind, das den Namen **Gerd-Helmut** erhielt, das aber nur Helmut genannt wurde. Diesen Rufnamen hat Herr Schäfer beibehalten. (Helmut Schäfer, Rosenweg 28 in 61381 Friedrichsdorf.)

Besonders bei den heute in das Seniorenalter wechselnden Kindern von Vertriebenen ist oft der Wunsch groß, etwas aus dem Leben der Eltern und Großeltern zu erfahren, über das diese nie gesprochen haben beziehungsweise nach dem sie nie befragt wurden.

Oft sind es aber auch nur scheinbare Nebensächlichkeiten, die das Langzeitgedächtnis gespeichert hat und die schließlich zu einer Befragung führen. Bei Herrn **Werner Nedon** aus Halle ist es ein Gedicht, das als Wandbild gerahmt im Schlafzimmer seiner Großtante **Margarete Lettau** in Neustadt/Orla hing, wo die aus dem ostpreußischen Friedrichshof Stammende nach der Flucht eine neue Heimat statt gefunden hatte. Dass sie aber sehr an der verlassenen Heimat hing, beweist der Vierzeiler auf dem Bild, das Herr Nedon noch immer vor sich sieht:

„Heimat, Deine Glocken klangen

mir ins Herz so süß und rein.

Du, mein Sehnen und Verlangen,

Heimat, ewig denk' ich Dein.“

Herr Nedon hat es noch nie einem Autor zuordnen können, weiß auch nicht, ob es sich um ein älteres Gedicht handelt oder ob es erst nach der Vertreibung entstand. Er nimmt eher das

Letztere an, da seine mütterliche Familie,

der auch Margarete Lettau geborene **Berlinski** angehörte, ihre Wurzeln in Ostpreußen hat. Sein Vater kommt aus dem Elsass, er selber wurde 1949 in Thüringen geboren, ist also „Einer von mittendrin in Deutschland“, wie er schreibt. Auf jeden Fall hat das Gedicht auf seine vertriebenen Verwandten in der Nachkriegszeit einen großen psychologischen Einfluss ausgeübt. Werner Nedon würde nun gerne erfahren, ob es sich um einen Vierzeiler oder um eine Strophe aus einem längeren Gedicht handelt, wer der Dichter war und wann es entstand. Und er hofft, dass es in voller Länge in einer Anthologie steht – leider nicht in meinen vielen Gedichtbüchern und deshalb muss ich seinen Wunsch weiterleiten an unseren Leserkreis, der bisher bei analogen Fragen – fast – immer fündig wurde. (Werner Nedon, Mailänder Höhe 4 in 06128 Halle, Telefon 0345/1219665.)

Eure

Ruth Geede



1943 in Charkow: Das letzte Foto von Karl Thomas

rer Zeitung veröffentlichten Suche nach seiner Mutter Susi Thomas gelesen und könnte nun zur späten Klärung der Angelegenheit beitragen. Wegen der Kompliziertheit des Falles geben wir sein Schreiben im Wortlaut wieder:

„Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge ist im Besitz

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

# Hoch oben auf dem schwankenden Wagen

Eine Heugeschichte – diesmal ohne die gesuchte Nadel

Der Sommer geht nun endgültig zur Neige, der kalendrische folgt dem meteorologischen Herbstanfang. Bleiben wird die Erinnerung an einen schönen, warmen Sommer, der erst etwas mürrisch begann, sich aber dann auf seine Aufgaben beseitigt und ein Supersommer wurde. Da wollen wir mit einem letzten Rückblick von ihm Abschied nehmen und noch einmal Erinnerungen an einen ostpreußischen Kindersommer bringen. Zwar geht es bei dieser Geschichte von unserer Leserin **Inge Gretel Perkuhn-Liedtke** nicht um die durch unsere letzten Folgen geisternde Nadel im Heuhaufen, aber um die Heuernte, die ja im Memelgebiet in den Sommermonaten das bäuerliche Leben bestimmte. Und weil die kleine Inge eine Stadtmarijelle aus Tilsit war, genoss sie die Sommertage auf dem Bauernhof ihres Onkels in Rucken besonders, auch wenn es mitten im Krieg war. Und so lassen wir unsere heute in Erfurt lebende Leserin erzählen:

„Nach Rucken fuhren wir sehr oft, weil meine Mutter ihren dort lebenden Verwandten half, die Ernte einzubringen. Es war eine kleine Bimmelbahn nach Übermemel, die uns nach Rucken brachte. Der Hof gehörte dem Cousin meiner Mutter, er hieß Franz, genau wie mein Vater, der bei Stalingrad stand. Als wir ankamen, war Onkel Franz gerade dabei, seinen Rucksack für die Front zu packen. Ich dachte an meinen Vater, der an der Front war, und es machten sich widerspenstige Gefühle breit, die ich heute noch spüre. Er nestelte noch einmal an seinem Rucksack und schenkte mir seine Fliegenschokolade – seine eiserne Reserve! Meine Mutter riss mir gleich die runde Schachtel aus der Hand, doch Onkel Franz nahm sie nicht wieder zurück. Sie schmeckte mir köstlich! Auf dem Hof spannte meine Cousine **Marie** bald die Pferdchen an und ich freute mich auf die Fahrt zu ‚dem Franz seine Wiesen‘. Sie lagen drei bis vier Stunden entfernt von seinem Hof! Wir fuhren bei Sonnen-

untergang los und es ging durch Wald und Feld und saftige Wiesen mit majestätisch schreitenden Störchen. Meine jüngere Schwester und ich riefen ihnen zu:

„Storch, Storch, bester, bring mir eine Schwester!“ – obwohl ich mir doch eigentlich einen Bruder wünschte! Die Sonne wollte lange nicht untergehen. Meine Mutter und ihre Cousine lenkten die Pferdchen, und wir Kinder schliefen bald auf dem Leiterwagen in eine wunderbare, warme Sommernacht hinein. Kaum war die Sonne untergegangen, ging der rote Ball in dieser kurzen Mittsommernacht wieder auf.

In den Wiesen stand das Heu auf riesigen Hocken. Endlich

konnten die Pferdchen ausruhen. Sie bekamen ein Säckchen umgehängt, aus dem sie sich wie aus einem Trog ihren Hafer holten. Sie schnaubten und ließen sich willig

von uns streicheln. In Windeseile war unser Leiterwagen zu einem hoch getürmten Heuwagen geworden. Ich glaubte, er sei nun hoch wie ein Haus und wir Kinder sollten auch noch aufgetürmt werden. Da mussten Augenblicke der Angst ausgedauert werden, denn der voll gepackte Heuwagen schaukelte über die

Furchen und die steile Auffahrt zum Landweg. Das Fuder schwankte nach rechts und links und drohte zu kippen, und ich rannte fort, um nicht unter dem



Nur nicht umkippen: Hochbeladener Erntewagen

Heu begraben zu werden. Die Pferde zogen mit Hü und Hot, und bei Brrr standen sie endlich auf dem schmalen Wiesenweg. „So, und nun noch die beiden Marjellchens nach oben!“, rief meine Mutter und eins, zwei, drei wurden wir nach oben gehievt, wir waren ja leichter als eine voll gestakte Heugabel. Mutter und **Mari**e saßen viel tiefer unter einem richtigen Heudach und lenkten die Fuhre heimwärts. Von hier oben sah die Welt noch viel schöner aus, noch weiter, noch sonniger. Die Bäume hatten keine Stämme mehr, wir fuhren durch die Kronen, die wie mit Lametta behangen aussahen, wenn Heuhalm in ihnen hängen blieben. Wir freuten uns, wenn ein Storchennest in Sicht war, um richtig hineinschauen zu können. Ob man wirklich darin schlafen konnte wie Heiner im Storchennest? Dann wurde gefrühstückt – oben im Heu. Wir hatten eine richtige Kuhle hineingekringelt. Den Heuduft, gemischt mit dem Geruch von Roggenbrot und frischen

Mohrrüben habe ich mir für alle Zeiten bewahrt.

Das war im Sommer 1943 gewesen. Es war die vorletzte Ernte, **Franz Zebadies** hat sie nicht mehr erlebt, er hat seinen Hof nie wieder gesehen, nicht weit von seiner Heimat entfernt kam er in Russland ums Leben. Eine Schwester bekam ich auch nicht, weil mein Vater in Stalingrad blieb. Mein Heunest lockte Licht und Freude in meine Kinderseele hinein und bewahrte mir bis heute die Liebe zu einem Land, das für immer Heimat blieb!“

Mit dieser kleinen – leider etwas gekürzten – Geschichte schrieb sich die Tilsiterin ihr Heimweh von der Seele. Sie hofft, dass vielleicht Landsleute ähnliche Erinnerungen haben, und es noch Menschen aus ihrer Heimat an der Memel gibt, die sich an Rucken und an den Zebadies-Hof erinnern. Wir gaben gerne ihre Anschrift weiter: Inge Gretel Perkuhn-Liedtke, Alfred-Brehm-Straße 12 in 99099 Erfurt, Telefon 0361/2188546. R.G.





ZUM 102. GEBURTSTAG

**Berndt**, Erika, geb. **Brehm**, aus Lyck, Hindenburgstraße 63, am 27. September

ZUM 101. GEBURTSTAG

**Bigga**, Gertrud, aus Ibenhorst, Forst, Kreis Elchniederung, am 23. September

ZUM 99. GEBURTSTAG

**Gorontzi**, Berta, aus Keipern, Kreis Lyck, am 24. September

ZUM 97. GEBURTSTAG

**Eggert**, Bernhard, aus Ortelsburg, am 21. September  
**Merkert**, Frieda, geb. **Haase**, aus Bilderweiten, Kreis Ebenrode, am 21. September

ZUM 96. GEBURTSTAG

**Kaufmann**, Paul, aus Alt Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 23. September  
**Kopp**, Margarete, geb. **Berg**, aus Kleeburg, Kreis Elchniederung, am 27. September

ZUM 95. GEBURTSTAG

**Hattan**, Gertrud, geb. **Follmann**, aus Tapiau, Bergstraße 7, Kreis Wehlau, am 22. September  
**May**, Ida, geb. **Krawelitzki**, aus Lyck, Königin-Luisenplatz 3, am 24. September  
**Sieg**, Herbert, aus Schlöppen, Kreis Treuburg, am 25. September

ZUM 94. GEBURTSTAG

**Darge**, Hildegard, geb. **Dannenfeldt**, aus Lyck, Lycker Garten 53, am 25. September  
**Dinkat**, Eva, geb. **Teich**, aus Rokitten, Kreis Elchniederung, am 22. September  
**Freudiger**, Martha, geb. **Flöhs**, aus Gordeiken, Kreis Treuburg, am 27. September  
**Ködel**, Hildegard, geb. **Rasch**, aus Eibenau, Kreis Treuburg, am 23. September  
**Lehrhammer**, Helene, geb. **Neumann**, aus Grunau, Kreis Heiligenbeil, am 27. September  
**Ludwanowski**, Ella, geb. **Wagner**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 27. September  
**Paschke**, Gerhard, aus Halde-

nau, Kreis Ebenrode, am 25. September  
**Perschel**, Otto, aus Palmnicken, Kreis Samland, am 27. September  
**Thrun**, Charlotte, geb. **Briese**, aus Korschen, Kreis Rastenburg, am 22. September  
**Tischbein**, Ursel, geb. **Schild**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 59, am 26. September  
**Ulmer**, Herbert, früher **Uymowski**, aus Bischofsburg, Kreis Neidenburg, am 27. September  
**Winderlich**, Martha, geb. **Dziedo**, aus Schelasken, Kreis Lyck, am 22. September

ZUM 93. GEBURTSTAG

**Adomat**, Heinz, aus Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 25. September  
**Appenowitz**, Gustav, aus Amalienhof, Kreis Ebenrode, am 26. September  
**Habermann**, Kurt, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 21. September  
**Müller**, Margarete, geb. **Adomeit**, aus Wehlau, Kleine Vorstadt 1b, am 26. September  
**Seibicke**, Fritz, aus Groß Michelau, Kreis Wehlau, am 26. September  
**Wendler**, Gerhard, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 25. September  
**Westermann**, Elly, geb. **Wilzopolski**, aus Stosnau, Kreis Treuburg, am 25. September

ZUM 92. GEBURTSTAG

**Brockmann**, Ursula, geb. **Szill**, aus Weißensee, Groß Weißensee, Kreis Wehlau, am 24. September  
**Friedrich**, Waltraud, geb. **Trerziak**, aus Kobilinnen, Kreis Lyck, am 27. September  
**Fuhry**, Ruth, geb. **Heybeck**, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, am 27. September  
**Jestremsky**, Paul, aus Schönfeld, Kreis Preußisch Holland, am 24. September  
**Karrasch**, Gerda, geb. **Specka**, aus Mingfen, Kreis Ortelsburg, am 22. September  
**Kemmereit**, Lotti, geb. **Laupichler**, aus Ebenrode, am 25. September  
**Kling**, Helene, geb. **Brinkmann**, aus Lyck, Danziger Straße 12, am 27. September

**Koyro**, Lisbeth, aus Lisken, Kreis Lyck, am 23. September  
**Kutz**, Iris, geb. **Pflaumbaum**, aus Schellendorf, Kreis Ebenrode, am 24. September  
**Marzinzig**, Hildegard, geb. **Effenberger**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 139/140, am 22. September  
**Meller**, Erika, geb. **Michaelis**, aus Pobethen, Kreis Samland, am 22. September  
**Moscinski**, Käte, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 24. September  
**Pfeffer**, Alice, geb. **Schimkat**, aus Stobingen, Ripkeim, Kreis Wehlau, am 23. September  
**Richter**, Hildegard, geb. **Neitz**, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 24. September  
**Rogner**, Erika, geb. **Didt**, aus Pillau, Kreis Samland, am 23. September  
**Steffens**, Sophie, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am 26. September  
**Willert**, Fritz, am 24. September  
**Wöckner**, Hedwig, geb. **Krüger**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 26. September

ZUM 91. GEBURTSTAG

**Fahl**, Hubert, aus Prostken, Kreis Lyck, am 25. September  
**Fischer**, Herbert, aus Friedrichsthal, Kreis Wehlau, am 23. September  
**Görke**, Erhard, aus Schalben, Kreis Samland, am 26. September  
**Heiner-Karohl**, Irene, aus Allenstein, am 22. September  
**Ketelhake**, Hildegard, geb. **Bardeck**, aus Groß Allendorf, Kreis Wehlau, am 23. September  
**Olschewski**, Helmut, aus Langenhöh, Kreis Lyck, am 23. September  
**Piefke**, Christa, geb. **Radtke**, aus Ebenrode, am 24. September  
**Schäfer**, Hilda, geb. **Sprengel**, aus Wehlau, Nadolnystraße 7, Kreis Wehlau, am 23. September  
**Schilling**, Gernot, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 25. September

ZUM 90. GEBURTSTAG

**Banaski**, Walter, aus Martinshagen, Kreis Lötzen, am 21. September  
**Czekay**, Johannes, aus Reichensee, Kreis Lötzen, am 24. September  
**Döbbeling**, Herta, geb. **Kowalewski**, aus Lyck, Steinstraße 13, am 26. September  
**Heller**, Gertrud, aus Krattlau, Kreis Samland, am 22. September  
**Knothe**, Frieda, geb. **Brozio**, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 26. September  
**Laurinat**, Erika, geb. **Holz**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 21. September  
**Milkuhn**, Renate, geb. **Tomeschat**, aus Rauschen, Kreis Samland, am 26. September  
**Nowak**, Irmgard, geb. **Rautenberg**, aus Worwegen, Kreis Heiligenbeil, am 24. September  
**Steffens**, Waltraud, geb. **Schulz**, aus Paterswalde, Paterswalde Nord, Kreis Wehlau, am 26. September

ZUM 85. GEBURTSTAG

**Baumgart**, Herbert, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 25. September  
**Behrendt**, Anna, geb. **Gradtke**, aus Klein Rödersdorf, Kreis Heiligenbeil, am 22. September  
**Bernhardt**, Irmgard, geb. **Sabo-**

**rowski**, aus Satticken, Kreis Treuburg, am 24. September  
**Döllert**, Ursula, geb. **Marowski**, aus Königsberg, Jägerstraße Ponarth, am 22. September  
**Gontarski**, Waltraud, geb. **Eichler**, aus Marienfelde-Abbau, Kreis Osterode, am 7. September  
**Heißenbüttel**, Martha, geb. **Allstein**, aus Posselau, Kreis Samland, am 21. September  
**Heysel**, Ernst, aus Klein Rauschen, Kreis Lyck, am 25. September  
**Huwe**, Siegfried, aus Grünau, Kreis Lötzen, am 22. September  
**Janzon**, Walter, aus Neusiedel, Kreis Tilsit-Ragnit, am 25. September  
**Jung**, Gerda, geb. **Wenzel**, aus Bürgerhuben, Kreis Elchniederung, am 26. September  
**Knobloch**, Anneliese, geb. **Blasko**, aus Treuburg, am 23. September  
**Köning**, Christel, geb. **Ducha**, aus Neidenburg, am 25. September  
**Mueller-Thuns**, Carola, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 21. September  
**Nissen**, Dagmar, geb. **Schliepe**, aus Lyck, am 23. September  
**Nissen**, Erika, geb. **Klink**, aus Großheidekrug, Kreis Samland, am 25. September  
**Pfennig**, Lieselotte, geb. **Marius**, aus Lyck, Danziger Straße 14, am 27. September  
**Reuter**, Hans, aus Damerau, Kreis Ebenrode, am 23. September  
**Schimpf**, Gertrud, geb. **Schmidt**, aus Draheim, Kreis Treuburg, am 23. September  
**Schiwy**, Günter, aus Kreuzofen, Kreis Johannisburg, am 26. September  
**Schmitsdorf**, Inge, geb. **Minuth**, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 23. September  
**Schneidereit**, Dietrich, aus Neukuhren, Kreis Samland, am 24. September  
**Schulze**, Richard, aus Ringlacken, Kreis Wehlau, am 24. September  
**Tribuleit**, Hanna, geb. **Gutzeit**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 22. September  
**Völzke**, Waltraut, geb. **Burkandt**, aus Neufelde, Kreis Elchniederung, am 23. September  
**Waschk**, Gerda, geb. **Wawrzyn**, aus Walden, Kreis Lyck, am 23. September  
**Werner**, Gerda, geb. **Beyer**, aus Wohren, Kreis Ebenrode, am 25. September  
**Wiechert**, Grete, geb. **Krause**, aus Stempelken, Kreis Wehlau, am 26. September  
**Wöllmann**, Georg, aus Amalienhof, Kreis Preußisch Eylau, am 25. September  
**Zechel**, Irmgard, geb. **Walpuski**, aus Warchallen, Kreis Neidenburg, am 23. September

ZUM 80. GEBURTSTAG

**Blech**, Kurt, aus Rehbusch, Kreis Ebenrode, am 22. September  
**Bruderreck**, Alfred, aus Wenzbach, Kreis Ebenrode, am 22. September  
**Emmermann**, Eva, geb. **Schillgalies**, aus Wildwiese, Kreis Elchniederung, am 23. September  
**Gaedcke**, Inge, geb. **Skilwa**, **Bethke**, aus Gingen, Kreis Lyck, am 21. September  
**Gerards**, Hans, aus Lyck, Blücherstraße 9a, am 24. September  
**Glauß**, Martin, aus Palmnicken, Kreis Samland, am 22. September  
**Grützmacher**, Fritz, aus Stein-

halde, Kreis Ebenrode, am 23. September  
**Hennig**, Rudi, aus Hasenberg, Pomauden, Kreis Wehlau, am 25. September  
**Holzke**, Christa, geb. **Lück**, aus Gauleden, Kapkeim, Kreis Wehlau, am 27. September  
**Kaczmarek**, Herta, geb. **Stöbke**, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 27. September  
**Koslowski**, Hermine, aus Kandien, Kreis Neidenburg, am 27. September  
**Krause**, Edeltraut, geb. **Zellmer**, aus Goldbach, Goldbach Süd, Kreis Wehlau, am 27. September  
**Kürschner**, Martha, geb. **Faak**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 23. September  
**Langecker**, Winfried, aus Bärengrund, Kreis Treuburg, am 27. September  
**Matzick**, Horst, aus Hohenberge, Kreis Elchniederung, am 26. September  
**Roloff**, Hildegard, geb. **Broschk**, aus Grünfließ, Kreis Neidenburg, am 26. September  
**Schäfer**, Gertrud, geb. **Thäsler**, aus Lötzen, am 24. September  
**Sontowski**, Kurt, aus Jeromin, Kreis Ortelsburg, am 21. September  
**Stückemann**, Helga, geb. **Mann-eck**, aus Moterau, Moterau Dorf, Kreis Wehlau, am 27. September

**Szameitat**, Ernst, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 23. September  
**Teller**, Renate, geb. **Heinrichs**, aus Wehlau, am 23. September  
**Walt**, Erna, geb. **Grikus**, aus Gilgetal, Kreis Elchniederung, am 26. September  
**Wielk**, Heinz, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, 24. September

ZUM 75. GEBURTSTAG

**Beecken**, Irmlind, geb. **Frischmuth**, aus Schönrohr, Kreis Elchniederung, am 27. September  
**Deichmann**, Frieda, geb. **Szogas**, aus Lengen, Kreis Ebenrode, am 21. September  
**Dombrowski**, Ewald, aus Groß Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 27. September  
**Duschneit**, Walter, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, am 23. September  
**Dusny**, Günter, aus Nußdorf, Kreis Treuburg, am 22. September  
**Fricke**, Helgard, geb. **Meißner**, aus Schwalg, Kreis Treuburg, am 24. September  
**Gesk**, Winfried, aus Großkessel, Kreis Johannisburg, am 22. September

Glückwünsche  
Fortsetzung auf Seite 16

HÖRFUNK & FERNSEHEN

**SONNABEND**, 21. September, 9.35 Uhr, 3sat: Böhmens Burgen und Schlösser (2/6).  
**SONNABEND**, 21. September, 11.05 Uhr, Deutschlandfunk: Suleyken war nicht zärtlich. Die wechselvolle Geschichte der Masuren-Deutschen.  
**SONNABEND**, 21. September, 18.05 Uhr, Deutschlandradio Kultur: Der Weinberg des neuen Herrn. Wie ein Siebenbürger Sachse auf rumänischem Königsboden investiert.  
**SONNABEND**, 21. September, 20.15 Uhr, MDR: Krakauer (Ver-)führungen. Die einstige Königsstadt an der Weichsel besticht mit historischen Baudenkmälern. Reisereportage.  
**SONNABEND**, 21. September, 23.40 Uhr, Phoenix: Kanzler – Die Mächtigen der Republik. Teil 1: Konrad Adenauer.  
**SONNABEND**, 21. September, 0.00 Uhr, ARD: Der Kampf ums Kanzleramt.  
**SONNTAG**, 22. September, 8.05 Uhr, WDR 5: Osteuropa-Magazin.  
**SONNTAG**, 22. September, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt. Vor 80 Jahren: Die Reichskulturkammer wird gegründet.  
**SONNTAG**, 22. September, 17.05 Uhr, Eins Festival: Romy. TV-Biografie, D 2009.  
**SONNTAG**, 22. September, 20.15 Uhr, 3sat: Der geheime Kontinent. Als Kolumbus 1492 den Hafen von Huelva verließ, ahnte er nicht, dass er Amerika entdecken würde. Doku.  
**MONTAG**, 23. September, 20.15 Uhr, WDR: Der Aldi-Check. Doku, D 2013.  
**MONTAG**, 23. September, 20.15 Uhr, Phoenix: Die Wege der Deutschen. Doku, D 2012.  
**MONTAG**, 23. September, 22.15 Uhr, RBB: Ein Fluss verrostet. Kann die Spree gerettet werden?  
**MONTAG**, 23. September,

22.45 Uhr, ARD: Der Autobahnkrieg. Reportage.  
**DIENSTAG**, 24. September, 13.07 Uhr, Deutschlandradio Kultur: Länderreport. Hauptstadt der „Reingeschmeckten“. 40 Prozent der Stuttgarter haben einen Migrationshintergrund.  
**DIENSTAG**, 24. September, 20.15 Uhr, ZDF: Wasser, Schlamm – und wer bezahlt? Doku.  
**DIENSTAG**, 24. September, 20.15 Uhr, RBB: Geheimnisvolle Orte Hitlers Schloss in Posen, die einzig erhaltene Residenz von ihm.  
**MITTWOCH**, 25. September, 20.15 Uhr, 3sat: Die Akte Aluminium. Doku.  
**DONNERSTAG**, 26. September, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt. Vor 125 Jahren: Der britische Schriftsteller T. S. Elliot wird geboren.  
**DONNERSTAG**, 26. September, 10.10 Uhr, Deutschlandfunk: Marktplatz. Wenn Rente und Vermögen nicht reichen.  
**DONNERSTAG**, 26. September, 15.15 Uhr, NDR: Die letzten Deutschen in Slowenien.  
**DONNERSTAG**, 26. September, 20.15 Uhr, 3sat: Vom Strampler zu den Strapsen. Jugend ohne Kindheit. Doku.  
**DONNERSTAG**, 26. September, 23 Uhr, Arte: Wir dienten Deutschland. Drei einstige Bundeswehrsoldaten berichten über ihre gefährlichen Auslandseinsätze.  
**FREITAG**, 27. September, 20.15 Uhr, 3sat: Unsere Beamten. Treue Diener – teure Diener. Doku.  
**FREITAG**, 27. September, 21.15 Uhr, NDR: Fischer in der Krise? Der Kampf um das Ökosiegel.  
**FREITAG**, 27. September, 23.15 Uhr, WDR: Das waren die Grünen. Über den Weg der antiautoritären Chaostruppe in die bürgerliche Mitte der Gesellschaft. Reportage.

TERMINE DER LO

Jahr 2013

**20. bis 22. September:** Geschichtsseminar in Bad Pyrmont.  
**27. bis 29. September:** 9. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein. Geschlossener Teilnehmerkreis.  
**11. bis 13. Oktober:** 6. Deutsch-Russisches Forum in Duisburg. Geschlossener Teilnehmerkreis.  
**14. bis 20. Oktober:** 59. Werkwoche in Bad Pyrmont.  
**1. November:** Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Bad Pyrmont.  
**2./3. November:** Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont. Geschlossener Teilnehmerkreis.  
**4. bis 8. November:** Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Jahr 2014

**8./9. März:** Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont.  
**5./6. April:** Arbeitstagung der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen.  
**17./18. Mai:** Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Kassel  
**21. Juni:** Ostpreußisches Sommerfest in Allenstein.  
**3./7. November:** Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0.



Glückwünsche  
Fortsetzung von Seite 15

**Glang**, Gertrud, geb. **Pehl**, aus Kühnbruch, Kreis Wehlau, am 27. September  
**Guttzeit**, Berthold, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 25. September  
**Halfar**, Gisela, geb. **Dunajski**, aus Königsberg, am 12. September  
**Kuknat**, Dieter, aus Lindental, Kreis Elchniederung, am 24. September  
**Lösche**, Gotelinde, geb. **Jackstien**, aus Wehlau, Deutsche Straße 1, am 25. September  
**Naruhn**, Brigitte, geb. **Baue-mann**, aus Parnehn, Kawernicken, Kreis Wehlau, am 25. September  
**Naujoks**, Ernst Willi Walter, aus Kooden bei Proekuls/Memel, am 12. September  
**Perrey**, Wilhelm, aus Erlenrode, Kreis Elchniederung, am 21. September  
**Piassek**, Werner, aus Stosnau, Kreis Treuburg, am 21. September  
**Piechot**, Helmut, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 21. September  
**Renken**, Brigitte, geb. **Beyer**, aus Weidicken, Kreis Lötzen, am 26. September  
**Rother**, Dorothea, geb. **Lohrenz**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 24. September  
**Schaak**, Reinhard, aus Hohen-eiche, Kreis Elchniederung, am 21. September

**Schmidt**, Ella Edeltraut, geb. **Kopka**, aus Omuleföfen, Kreis Neidenburg, am 24. September  
**Schröder**, Hans-Joachim, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 23. September  
**Schütte**, Helga, geb. **Dagott**, aus Paggehn, Kreis Samland, am 22. September  
**Siegemund**, Ilse, geb. **Krooß**, aus Ebenrode, am 21. September  
**Sölter**, Walter, aus Wehlau, Parkstrasse 33, am 27. September  
**Stenzeleit**, Günter, aus Berkeln, Kreis Elchniederung, am 27. September  
**Zachrau**, Fritz, aus Pojerstieten, Kreis Samland, am 25. September



**Böhm**, Fritz, aus Grunau, Kreis Heiligenbeil, und Ehefrau Martha, geb. **Wostruha**, aus Liebeschütz, Kreis Saaz, am 24. September  
**Piefke**, Dr. Rudolf, aus Schlegel, und Ehefrau Inge, geb. **Bagdahn**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 19. September

Alle Seiten »Heimatarbeit«  
auch im Internet

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT  
LANDESGRUPPEN



BUND JUNGES  
OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Stefan Hein,  
Gst.: Buchstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de.

Mittwoch, 3., bis Sonntag, 6. Oktober: **BJO-Bundestreffen** in Sigmaringen mit Besichtigung der Hohenzollernburg und BJO-Meisterschaft.



BADEN-  
WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

**Esslingen** – Am Donnerstag, 26. September, lädt die Landsmannschaft zum gemeinsamen Kaffeetrinken ab 14.30 Uhr und zu dem Vortrag „Friedrich der Große – Preußens legendärer König“ in das Waldheim, ES-Zollberg, ein. Schauspieler Gerald Friese, Stuttgart, wird diesen interessanten

Vortrag darbieten. Jeder ist herzlich willkommen. Eintritt frei.

**Heidelberg** – Sonntag, 29. September, 15 Uhr, Marriott Hotel, Vangerowstraße 16: Tag der Heimat. Eintritt frei. Gästen sind herzlich willkommen.

**Ludwigsburg** – Montag, 23. September, 15 Uhr, Kronenstuben, Kronenstraße 2: Die Gruppe trifft sich zum Stammtisch.

**Pforzheim** – Mittwoch, 9. Oktober, 19 Uhr, Parkhotel, Deimlingstraße 36: 134. Preußische Tafelrunde mit Königsberger Klopse-Essen und Vortrag.

**Weiden** – Sonnabend, 28. September: Fahrt mit dem Bus zum „Backofenfest“ mit vielen Darbietungen in Wackershofen bei Schwäbisch Hall. Die Abfahrtszeiten sind bei Rosemarie S. Winkler zu erfragen, Telefon (06281)8137.

**Schwäbisch-Hall** – Die Kreisgruppe lädt herzlich zum Heimatnachmittag am Mittwoch, 2. Oktober ein. Der Bildervortrag von Heinz Sanders „Marienburg – die Komturei des Deutschen Ordens“ wird alle an unseren Besuch und die Führung erinnern. Die Veranstaltung beginnt um 14.30 Uhr im Hotel Sölich, Hauffstraße 14 in Schwäbisch Hall.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

**Ansbach** – Sonntag, 29. September, Stadthalle „Kasten“, Feuchtwangen: Tag der Heimat. Zum Leitwort „Unser Kulturerbe – Reichtum und Auftrag wird Bundesminister a. D. Carl-Dieter Spranger, Ansbach, sprechen. Anschließend findet eine kulturelle Reise durch die Heimatgebiete statt. Busabfahrt: Heilsbronn, katholische Kirche 12.45 Uhr, Ansbach, Christ-König 13 Uhr, Fahrrad Maicher, Schalkäuser Straße 13.05 Uhr, Feuchtwangerstraße/ Danziger Straße 13.10 Uhr, Dinkelsbühl, Mönchsrother Straße 13.45 Uhr. Die Rückfahrt ist ab 17.30 Uhr. Fahrtkosten sind frei.

**München** – Jeden Montag, 18 bis 20 Uhr, Haus des Deutschen Ostens: Ostpreußischer Sängerkreis. Kontakt: Dr. Gerhard Gräf, Offenbachstraße 60, 85598 Baldham, Telefon (08106) 4960.

**Nürnberg** – Dienstag, 24. September, 15 Uhr, Haus der Heimat, Nürnberg-Langwasser: Dr. Sieghardt Rost berichtet über Königsberg 2013.

**Starnberg** – Donnerstag, 10. Oktober, 15 Uhr, Bayerischer Hof: Erntedankfeier.

**Ulm/Neu-Ulm** – Sonnabend, 21. September, 14.30 Uhr, Ulmer Stuben: Monatliches Treffen.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-blm.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



**Mohrungen** – Donnerstag, 3. Oktober, 15 Uhr, Restaurant Sternstunde, Kreuznacher Straße 29,

14197 Berlin: Erntedankfest. Anfragen bei Ursel Dronsek, Telefon 2614338.



**Bartenstein** – Sonnabend, 5. Oktober, 14 Uhr, Rathaus Zehlendorf, Kirchenstraße 1–3, 14163 Berlin, Zimmer 21: Erntedankfest mit Tombola. Anfragen bei Elfriede Fortange, Telefon (030) 4944404.



**Wehlau** – Sonntag, 6. Oktober, 15 Uhr, Gasthaus Linden Garten, Alt Buckow 15a, 12349 Berlin; Treffen der Gruppe. Anfragen bei Lothar Hamann, Telefon (030) 6633245.



**Frauengruppe** – Mittwoch, 9. Oktober, 13.30 Uhr, Kaffee Tam, Wilhelmstraße 116–117, 10963 Berlin. Vortrag „Wie schützen Sie sich im Alter“. Beratung eines Kriminalbeamten. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



**Heilsberg/Röbel** – Donnerstag, 12. Oktober, 15 Uhr, Seniorenfreizeitsstätte „Maria Rimkus Haus“, Gallwitzallee 53, 12249 Berlin: Erntedankfeier. Anfragen für Heilsberg bei Benno Boese, Telefon (030) 7215570, für Röbel bei Ernst Michutta: (05624) 6600.



**Rastenurg** – Sonntag, 13. Oktober, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin: Erntedankfeier. Anfragen bei Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.



**Gumbinnen/Johannisburg/Lötzen/Sensburg** – Dienstag, 15. Oktober, 13 Uhr, Restaurant Macedonia, Hans-Sachs-Straße 4 F, 12205 Berlin (am S-Bahnhof Lichterfelde West): Erntedankfest. Anfragen für Gumbinnen bei Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681, für Johannisburg und Sensburg bei Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917, für Lötzen bei Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633.



**Pillkallen/Schloßberg** – Dienstag, 15. Oktober, 14 Uhr, Haus des Älteren Bürgers, Werbellinstraße 42, 12053 Berlin: Erntedankfeier. Anfragen bei Helga Rieck, Telefon 6596822.



**Tilsit-Ragnit/Tilsit-Stadt** – Sonnabend, 19. Oktober, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Hermann Trilus: (03303) 403881.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertreter: Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

**Bremen** – Der September hält einen weiteren Termin unserer guten Zusammenarbeit mit der Stadtbibliothek Bremen und dem Verein „Infobalt“ bereit. Die fol-

gende Buchvorstellung findet am Dienstag, 24. September, um 19 Uhr im Walsaal der Zentralbibliothek statt. Dank der Unterstützung des „Deutschen Kulturforums Östliches Europa“ und der Botschaft der Republik Litauen kommt die Herausgeberin Vilija Gerulaitiene aus Wilna nach Bremen. Sie wird das Buch „Der preussche Littau“ vorstellen und bei einer Podiumsdiskussion zu diesem Kulturereignis mitwirken.

Das Buch des evangelischen Pfarrers Theodor Lepner (um 1633–1691) aus Budwethen bei Ragnit (Ostpreußen) gehört zu den ersten Schriften zur Kultur und Sprache der Litauer überhaupt. Der strenge Geistliche beschrieb in recht kritischer Weise die Lebensweise der litauischen Bauern Ostpreußens, auch zu dem Zweck, um der preußischen Obrigkeit die Notwendigkeit des moralischen Einflusses der Gesetzgebung und der evangelischen Kirche darzulegen. Die gedruckte Danziger Ausgabe aus dem Jahre 1744 galt schon vor 150 Jahren als bibliophile Rarität. In den 1970er Jahren wurde in Berlin in der Staatsbibliothek eine Handschrift dieses Werkes aus dem Jahr 1690 entdeckt, die nun als Quelle für die erste litauisch-deutsche Buchausgabe diente, die 2011 in Wilna erschien. Das Buch der Herausgeberin und Übersetzerin Vilija Gerulaitiene ist ein herausragendes Zeugnis der litauisch-deutschen Kulturbeziehungen in Ostpreußen.

**Bremerhaven** (Elbing) – Freitag, 27. September, 14.30 Uhr, Barlachhaus: Kulturnachmittag. Stiftungsfest.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

LANDESGRUPPE

Sonntag, 22. September, 15 Uhr (Einlass ab 14.30 Uhr), Gemeindesaal der Adventskirche, Grindelberg 15: Tag der Heimat unter dem Leitwort „Unser Kulturerbe – Reichtum und Auftrag“. Festrede: Petra Lotzkat vom Amt für Arbeit und Soziales. Wagnergedenkkonzert mit Gerd Jordan am Flügel.

Sonnabend, 28. September, Gerhart-Hauptmann-Platz (Mönckebergstraße): Heimatmarkt der ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften. Platzkonzert des Musikzuges der Freiwilligen Feuerwehr Willinghausen und des Spielmannszuges „Powerband 93“. Der Ostpreußenstand ist mit einem Angebot heimatlicher Köstlichkeiten und Literatur vertreten.

KREISGRUPPE



**Elchniederung** – Mittwoch, 25. September, 14 Uhr, Gesellschaftshaus Lakemann, Wandsbek: Treffen der Gruppe. Mit Vorträgen und Gesang wird frühlich an Ernte und Herbst in der Heimat erinnert. Gäste sind herzlich willkommen.



**Heiligenbeil** – Sonnabend, 21. September, 14 Uhr, Seniorentreff AWO, Bauerbergweg 7: Die Kreisgruppe feiert ihr Herbstfest. Hierzu sind alle Mitglieder und Freunde der Gruppe herzlichst

Landsmannschaftl. Arbeit  
Fortsetzung auf Seite 17

# Ostpreußen

## Landestreffen 2013

Mecklenburg-Vorpommern

in

# Neubrandenburg

Sonnabend, 5. Oktober 2013  
10 bis 17 Uhr

Jahn-Sport-Forum Neubrandenburg  
Schwedenstraße / Kulturpark

Alle 40 ostpreußischen Heimatkreise sind an Extra-Tischen ausgeschildert. Für ein heimatliches ostpreußisches Kulturprogramm, das leibliche Wohl und genügend Parkplätze ist gesorgt. Bitte Verwandte und Freunde informieren und mitbringen. Schriftliche Auskunft gegen Rückporto bei:

Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe M-V  
Manfred F. Schukat, Hirtenstr. 7a, 17389 Anklam



Landsmannschaftl. Arbeit  
Fortsetzung von Seite 16

eingeladen, bei Kaffee und Kuchen einige gesellige Stunden miteinander zu verbringen sowie in Erinnerung zu schwelgen mit dem Film „Ostpreußen – Eine Reise in ein fremd gewordenes Land“. Der Seniorentreff ist erreichbar mit der Buslinie 116 bis Bauerberg, ab U-Bahnhof Wandsbek-Markt, Billstedt und Hammer Kirche. Anmeldungen bei Lm. Konrad Wien bis zum 20. September. Der Kostenbeitrag für Kaffee und Kuchen beträgt 5 Euro.

**65 Jahre Kreisgruppe Heiligenbeil:** Am 18. Oktober 1948 wurde die Kreisgruppe Heiligenbeil in Hamburg gegründet. Aus diesem Anlass wollen wir mit unseren Mitgliedern, Freunden und Wegbegleitern diesen Tag feierlich begehen. Gemeinsam wollen wir uns an schwierige, aber auch schöne Stunden erinnern. Was erlebten wir beim Beginn und Aufbau in der „neuen Heimat“ zu einer guten und friedvollen Zeit? Dieses wollen wir am Freitag, 18. Oktober, feiern im Traditionshaus Lackemann, Litzowstieg 8/Ecke Hinterm Stern, Beginn um 14 Uhr, Einlass ab 13 Uhr, Ende offen. Für heimatliche Stimmung wird der allseits beliebte Sänger „Bernstein“ sorgen. Anmeldung bitte bis 14. Oktober an Lm. Konrad Wien, Telefon (040) 53254950.

**Deutschlandtreffen der Ostpreußen** (Ostpreußen hat Zukunft!), 17./18. Mai 2014, Messe Kassel. Ankündigung: Die Heimatkreisgruppe Heiligenbeil in Hamburg wird zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen fahren. Die Gruppe möchte allen Landsleuten die Möglichkeit bieten, an dem Treffen teilzunehmen, damit sie alte Bekannte aus ihrem Dorf, Kirchspiel, Stadt oder Kreisegemeinschaft wiedersehen können. Am 17. und 18. Mai 2014 treffen sich die Ostpreußen, die Kreisgruppe fährt aber schon am 16. Mai hin und wird sich die über 1000-jährige Stadt ansehen, deren erste urkundliche Erwähnung auf das Jahr 913 zurückgeht.

Kassel befindet sich etwa 70 Kilometer nordwestlich des geografischen Mittelpunkts von Deutschland. Kassel (bis 1926 amtlich Cassel) wurde erstmals 1189 als Stadt im heutigen Sinne bezeugt; 1277 wurde Kassel Residenzstadt des hessischen Landgrafen Heinrich I. Nachdem der Landgraf 1803 zum Kurfürsten ernannt wurde, war Kassel Residenzstadt des Kurfürstentums Hessen-Kassel (Kurf Hessen). Kassel war vor dem Zweiten Weltkrieg berühmt für seine Altstadt, mit Fachwerkhäusern, die durch den Luftangriff am 22. Oktober 1943 praktisch völlig zerstört wurde. Kassel hat trotz allem sehr viele repräsentative Bauten und Sehenswürdigkeiten; zum Beispiel die Luther-Kirche; die doppeltürmige Martinskirche; den Bergpark Wilhelmshöhe; die Karls- und Fuldaaue, und den Herkules. 1949 bewarb Kassel sich neben Bonn, Frankfurt/M. und Stuttgart, als Regierungssitz der Bundesrepublik Deutschland, was von der damaligen Prüfungskommission wegen der exponierten Lage zur damaligen innerdeutschen Grenze abgelehnt wurde. Dafür bekam Kassel das Bundesarbeitsgericht und das Bundessozialgericht, ersteres wurde nach der Wiedervereinigung an Erfurt abgetreten. Seit 1955 ist Kassel „Documenta-Stadt“. Die Ausstellung findet alle fünf Jahre statt und ist die bedeutendste Ausstellung der modernen Kunst. Seit Mai 2013 ist die Stadt Weltkulturerbe der Unesco. Darum wird die Gruppe in Verbindung mit dem Ostpreußentreffen ihre Tagesfahrt bereits am 16. Mai 2014 starten, um Kassel während einer geführten Stadtrundfahrt anzuschauen, und dann am nächsten Tag ausgeruht, am Ostpreußentreffen teilzunehmen. Ab-

fahrtsorte 16. Mai 2014, Harburg Bahnhof 8 Uhr; Hamburg ZOB 8.30 Uhr. Rückfahrt 18. Mai 2014, Messe Kassel, zirka 15–16 Uhr. Leistungen: Fahrt im modernen Reisebus mit WC; zwei Übernachtungen mit Frühstück und Abendessen; geführte Stadtrundfahrt; Transfer vom Hotel zu den Messehallen und zurück. Preis im Doppelzimmer pro Person 196 Euro. Einzelzimmerzuschlag 30 Euro. Reiserücktrittversicherung auf Wunsch pro Person acht Euro. Anmeldung bis zum 1. Oktober 2013, da das Hotel dann die Zimmerreservierungen wegen der großen Nachfrage wissen möchte, bei Lm. Konrad Wien, Telefon (040) 53254950.



**Insterburg** – Die Gruppe trifft sich jeden 1. Mittwoch im Monat (außer Januar und Juli) mit Liedern und kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: bei Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



**Ostero**de – Sonnabend, 28. September, 14 Uhr, Café Prinzess, Alsterdorfer Straße 572 (unmittelbar am U- und S-Bahnhof Ohlsdorf gelegen): Erntedankfest. Nach der gemeinsamen Kaffeetafel singen die Teilnehmer zusammen Lieder zum Erntedank. eine Spende für den Erntetisch wird dankbar entgegengenommen. Gäste sind jederzeit willkommen. Der Eintritt ist frei.

BEZIRKSGRUPPE

**Harburg/Wilhelmsburg** – Montag, 30. September, 15 Uhr, Gasthaus Waldquelle, Meckelfeld, Höpenstraße 188 (Bus 443 bis Waldquelle): Treffen der Gruppe. Die Teilnehmer erinnern sich an die ehemalige Kornkammer Deutschland und an die Menschen, die in leidenschaftlicher Arbeit die Ernten eingebracht haben.

FRAUENGRUPPE

**Hamburg/Bergedorf** – Freitag, 27. September, 15 Uhr, Haus des Begleiters, Harders Kamp 1: Treffen der Gruppe. „Herbstzeit – Erntezeit“. Lesung aus dem „Redlichen Ostpreußen“.

SALZBURGER VEREIN

Sonnabend, 5. Oktober, 13 Uhr, Hotel St. Raphael, Adenauerallee 41: Treffen der Gruppe. Zu folgendem Programm wird herzlich eingeladen: DVD-Video-Präsentation „Ostpreußisches Tagebuch – eine Dokumentation“, Teil 2, sowie Bildserie „Jahrestreffen Salzburger Verein 2013 in Prenzlau und Wolgast“. Mitglieder des SV und Gäste sind herzlich willkommen.



HESSEN

Stellvertretender Vorsitzender: Ulrich Bonk, Voltastraße 41, 60486 Frankfurt/Main, Telefon (069) 77039652.

**Dillenburg** – Mittwoch, 25. September, 15 Uhr, Café Eckstein, Königsberger Straße: Monatsversammlung, Bernd Kohlhauser wird über eine Erlebnis-Busreise nach West- und Ostpreußen, mit Gnesen, Mewe und Danzig, berichten. – Bei der letzten Monatsversammlung sprach der Vorsitzende Lothar Hoffmann zunächst über die Einführung der Schulpflicht in Preußen im Jahre 1717 durch König Friedrich Wilhelm I., den Soldatenkönig. Diese vom Gesetz vorgeschriebene Schulpflicht stand aber nur auf dem Papier. Die Jungen und Mädchen besuchten die Schule nur im Winter; im Som-

mer wurden sie zur Arbeit in Feld und Garten gebraucht. Die Lehrer waren anfangs oft ausgediente Soldaten, die nicht viel mehr wussten als ihre Schüler. Da sie kein Gehalt bekamen, sondern von den Eltern der Schüler mit Naturalien bezahlt wurden, übten sie oft noch einen Beruf aus, etwa als Handwerker oder Küster. Die Schulklasse war meist ein einziger Raum für 50 und mehr Kinder vom sechsten bis zum 14. Lebensjahr, und zwar im Hause des Lehrers. Für extra Schulgeld fehlte jeder Gemeinde das Geld. In Städten lief das etwas besser.

Hoffmann ging dann auf den „Vater der ländlichen Volksschule“ ein, den brandenburgischen Gutsherrn Friedrich Eberhard von Rochow. Er war kriegsinvalider Leutnant. Im Dorf Reckahn ließ er für 900 Taler aus seiner Privatschatulle ein kleines Schulhaus bauen, mit zwei Klassenräumen. Er stellte einen Lehrer ein, Heinrich Julius Bruns, und zahlte ihm das stattliche Gehalt von 180 Reichstalern jährlich. Er konnte kostenlos in den Zimmern über der Schule wohnen. Der Besuch der Schule in Reckahn war kostenlos. Arme Kinder erhielten Schreibpapier und Tinte umsonst. Dazu gab es für alle ein Lesebuch, das Rochow persönlich verfasst hatte, mit kurzen moralisierenden Texten wie „Der gute Knecht“ und „Allzuviel ist ungesund“. Es hieß „Der Kinderfreund. Ein Lesebuch zum Gebrauch in Landschulen“. Es erschien im Jahr 1772 zum ersten Mal und erreichte insgesamt eine Millionen-Auflage.

Rochow und Bruns vertraten pädagogische Ideen wie die Abschaffung des sturen Auswendiglernens biblischer Texte, Unterricht durch Anschauung sowie Förderung der Eigeninitiative der Schüler. In der Schule in Reckahn wurde der Rohrstock nur selten benutzt. Die schlimmste Strafe war, vom Unterricht ausgeschlossen zu werden. Dieser fand für die Älteren von 7 bis 11 Uhr, für die Kleineren von 13 bis 15 Uhr statt. Lehrer Bruns schnitt den Lehrstoff so zurecht, dass „langsamere Köpfe nicht vernachlässigt und fähige nicht versäumet werden“. Seine Schüler liebten ihn, auch weil er selten strafte, sondern die Lust zum Lernen weckte.

Rochows Reformschule wurde durch Zeitungsberichte weit über Brandenburg hinaus bekannt. Von überall her, sogar aus Stockholm und Riga, reisten Theologen, Lehrer und Adlige nach Reckahn, um in der kleinen Dorfschule den Unterricht von Lehrer Bruns zu studieren. Dort konnte man erleben, dass auch Kinder vom Lande durchaus fähig waren, lesen, schreiben und rechnen zu lernen. Außerdem stellte man fest, dass gebildete Menschen gesünder le-

ben und seltener straffällig werden, auch weniger dem Aberglauben anhängen, so dass sie zum Beispiel bei Krankheiten nicht die Kräuterfrau, sondern einen Arzt aufsuchten. Gutsherr Rochow ließ später in seinem Park für den Lehrer Bruns ein Denkmal errichten, das man noch heute besichtigen kann. Auch die alte kleine Schule in Reckahn wird noch viel besucht. Sie ist heute ein Museum, in dem manchmal noch Schulstunden wie im 18. Jahrhundert abgehalten werden.

Im 19. Jahrhundert änderte sich der pädagogische Zeitgeist. Wilhelm von Humboldt wurde 1809 zum Leiter der „Sektion für Kultur und Unterricht“ im Preußischen Innenministerium ernannt. Damit zog ein neues humanistisches Bildungsideal in Schulwesen ein. Unter Humboldt entstand die noch heute gültige Einteilung in Elementarschule, Gymnasium und Universität. Lehrer sollten, als Schlüssel zur Bildung, nur noch nach einer staatlichen Ausbildung unterrichten dürfen. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts gingen von den preußischen Kindern, sofern sie überhaupt in die Schule gingen, mehr als 80 Prozent in eine Landschule. Höhere Bildung gab es nur für die Elite; gerade einmal 1,3 Prozent der Jungen besuchten ein Gymnasium in einer Stadt, Mädchen gar nicht, und nur jeder 50. studierte an einer Universität. Freiherr von Rochow hatte gesagt: „Wir wollen gehorsame Untertanen und tüchtige Landwirte erziehen“. Friedrich II. warnte vor Überbildung: „Wissen sie zu viel, so laufen sie in die Städte und wollen Secretairs und so was werden“. Hoffmann zeigte noch Portraits von Friedrich von Rochow und König Friedrich Wilhelm I., ein Gemälde vom Besuch des Königs in einer Landschule, den Klassenraum der Schule in Reckahn und das Titelblatt des Lesebuchs „Der Kinderfreund“.

**Kassel** – Donnerstag, 10. Oktober: Bildvortrag von Norbert Leder über das Thema „Nidden, Thomas Mann und die Künstlerkolonie“. – Das Septembertreffen der Heimatfreunde gestaltete in Abänderung des Programms der Vereinsvorsitzende Gerhard Landau. Er stellte mit Text und Bild den Hohen Meißner im Fulda-Werra-Bergland vor, welcher aufgrund seiner Erhabenheit im Vergleich zu anderen Höhen weit und breit zu Recht den Titel „König der hessischen Berge“ verdient. Im ersten Teil des Beitrags kamen die Besonderheiten des „Zeigerberges“ im Blick auf Mythologie (Stichwort Frau Holle), Geologie, Morphologie, Klima (Tafelberg mit verschiedenen Gesteinsinformationen) und Fernsicht (bis über 100 Kilometer) zur Sprache. Schwerpunkt der Informatio-

nen bildete die Naturausstattung des 753 Meter hohen Meißners mit seinen seltenen Pflanzen und Tieren. In einem zweiten Teil wies der Referent auf die herausragende Bedeutung des Meißners für die deutsche Jugendbewegung hin, deren geschichtsträchtiges Treffen im Oktober vor 100 Jahren die junge Welt bewegte. Die seinerzeit geprägte „Meißnerformel“ als Programm der Jugendbewegten berührt auch heute den aufmerksamen Zeitgenossen. Sie lautet: „Die freideutsche Jugend will aus eigener Bestimmung, vor eigener Verantwortung, mit innerer Wahrhaftigkeit ihr Leben gestalten. Für diese innere Freiheit tritt sie unter allen Umständen geschlossen ein.“ Wie fremd muten diese hohen Werte in Zeiten der Belanglosigkeit und des Unverbindlichen an? Der Beitrag wurde durch Fahrten und Heimatlieder musikalisch untermalt und schloss mit allen Strophen der Nationalhymne.

**Wiesbaden** – Dienstag, 8. Oktober, 15 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35: Die Frauengruppe trifft sich zur Erntedankfeier.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

**Neubrandenburg** – Sonnabend, 5. Oktober, 10 bis 17 Uhr, Jahn-Sport-Forum Neubrandenburg, Schwedenstraße/Kulturpark: 18. Landestreffen der Ostpreußen. Zu diesem großen Wiedersehen werden etwa 2000 Besucher erwartet. Angehörige und Interessenten von nah und fern sind ebenfalls herzlich eingeladen. Alle 40 ostpreußischen Heimatkreise sind wie immer an Extra-Tischen ausgemaltes, wo man Landsleute aus der Heimat treffen kann. Das reiche Kulturprogramm wird gestaltet vom Jugendblasorchester Grimmen, dem Shanty-Chor „De Klaashahns“ Warnemünde, den Tanzgruppen und Chören aus Masuren, Gumbinnen und dem Memelland sowie von Heimsängern Bernstein. Schirmherrin ist die Justizministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Uta-Maria Kuder. Als Ehrengäste haben sich unter anderem der Botschafter der Republik Litauen in Deutschland, S. E. Deividas Matulionis, und der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Stephan Grigat, angekündigt. Für das leibliche Wohl, eine große Auswahl Heimatliteratur und Bärenfang sowie genügend Parkplätze gleich an der Halle ist gesorgt.

Informationen gegen Rückporto bei Manfred Schukat, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245 688. Günstige Hotelpreise für Gruppen: Doppelzimmer mit Frühstück 30 Euro pro Person, Einzelzimmer mit Frühstück 55 Euro. Bitte direkt buchen, solange Plätze frei sind: Hotel am Ring GmbH, Juliane Feix, 17033 Neubrandenburg, Große Krauthöferstraße 1, Telefon (0395) 556-0, E-Mail: feix@hotel-am-ring.de, Kennwort: „Ostpreußentreffen Jahnsportforum“.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

**Buxtehude** – Sonntag, 22. September: Theaterfahrt zur Dittchenbühne nach Elmshorn. Gespielt wird „Der Biberpelz“, eine Diebeskomödie von Gerhart Hauptmann. Busabfahrt Stade 13 Uhr, Buxtehude 13.40 Uhr, Neu Wulmsdorf 13.55 Uhr. Einsteigemöglichkeiten zwischen Stade und Buxtehude werden bei der Anmeldung angesagt. Die Kosten für Busfahrt, Kaffeegedeck im Theaterrestaurant und Eintritt betragen 26 Euro pro Person. Die Anmeldung wird bis Sonntag, 8. September, bei Familie Wander, Telefon (04161) 87918, erbeten. – Donnerstag, 3., bis Sonntag, 6. Oktober: Vier-Tagesfahrt nach Neubrandenburg. Donnerstag, 7 Uhr, Busfahrt ab Stade, 7.30 Uhr ab Buxtehude. Mittagpause in Plau am See. Gegen 14 Uhr Ankunft in Neubrandenburg, Hotel Am Ring-Stadtmitte mit Abendessen im Hotel. Abendspaziergang mit „Mudder Schulten“. Freitag: Busfahrt durch die Uckermarkische Seenplatte und Besuch im Schloss Hohenzieritz, dem Sterbeort von Preußens großer Königin Louise. Sonnabend: Teilnahme am 18. Ostpreußentreffen. Sonntag: Rückfahrt über Greifswald, hier mit Stadtbummel und Besuch des Pommernmuseums.

Landsmannschaftl. Arbeit  
Fortsetzung auf Seite 18

Anzeige

Am 1. September 2013 ging unsere liebe einzige Tante dankbar nach einem langen erfüllten Leben heim.

Christel Elfriede Eleonore Hardt

aus Allenstein, Ostpreußen, Langgasse 8, 1. Etage

im 90. Lebensjahre

Karin Gerstel  
für alle Nichten und Neffen

Die Beisetzung der Urne findet am Freitag, dem 11. Oktober 2013, um 13.15 Uhr auf dem Huckelrieder Friedhof statt.

Bestattungen VIALDIE, Westerstraße 118, 28199 Bremen

Gute Nacht, Ihr Freunde!  
Ach wie lebt ich gerne,  
Dass die Welt so schön ist,  
dank ich Gott dem Herrn.

Ruth Westphal

geb. Gottschalk  
\* 12. Mai 1926 (Pr. Holland) † 20. Juli 2013

In stiller Trauer nehmen wir Abschied.  
Jürgen und Tai-Ja Westphal  
mit Michael, Andreas und Alexander  
Kristel Westphal mit Michael und Kerstin

Traueranschrift:  
Jürgen Westphal, Waldhofer Str. 20, 69123 Heidelberg.

Land der dunklen Wälder und kristallinen Seen  
über weite Felder lichte Wunder gehen  
(Ostpreußenlied)

Du bist fort, doch Du lebst weiter  
in Liebe – in Erinnerung – in unseren Herzen

Wir nehmen Abschied von unserer Mutter,  
Schwiegermutter, Oma und Uroma



Ilse Neumann

geb. Pischon

\* 14. August 1930 † 4. September 2013  
in Dundeln/ in Hamburg  
Kreis Tilsit-Ragnit

In Liebe und Dankbarkeit  
Peter und Heike Winkel, geb. Neumann  
Antje Brandes, geb. Neumann  
Jens und Wiebke Neumann  
alle Enkel und die Urenkelin

Die Beerdigung hat im engsten Familienkreis stattgefunden.

Hamburg, im September 2013













Heimatkreisgemeinschaften  
Fortsetzung von Seite 19

2013 bekannt gegeben. Dem neuen Kreistag gehören aufgrund der Direktwahl an: Heidi Mader, Bärbel Wiesensee, Reinhard Donder, Siegmär Czerwinski, Günter Donder, Dr. Hartmut Kondoch, Dieter Czudnochowski, Klaus Behrendt, Armin Bellmann, Dieter Vogel, Klaus Walter, Wilhelm Norra, Horst Kühn, Eva Laskowski und Herbert Schneider. Für ihre Tätigkeit im Kreistag wurden geehrt: Renate Antonatus, Inge Kückler und Karlfried Murza. Horst Kühn erhielt das Verdienstabzeichen der LO. Mit langanhaltendem Applaus wurde Peter Dziengel für seine vielfältigen und umfangreichen Tätigkeiten in der Kreisgemeinschaft Lyck bedacht. Nach den einzelnen Berichten aus dem Kreisausschuss wurde Entlastung erteilt, bevor Bärbel Wiesensee (Mostolten/Niederkrüchten), mit Wirkung vom 1. Oktober zur neuen Kreisvertreterin gewählt wurde. Gerd Bandilla hatte aus Altersgründen nicht erneut kandidiert. Als stellvertretender Kreisvertreter wurde Dieter Czudnochowski (Morgengrund/Göttingen) gewählt. Außerdem wurden folgende Personen in den Kreisausschuss gewählt: Siegmär Czerwinski, Heidi Mader, Uwe Faesel, Brigitte Liebenberger, Michael Mader sowie Helga Buss. Bei der Kranzniederlegung an den Lycker Gedenksteinen im Hagener Stadtgarten hielt Bürgermeister Dr. Hans-Dieter Fischer eine vielbeachtete Rede und Pater Eduard Prawdzik sprach Worte des Gedenkens. Zeigleich war das Lycker Archiv, Elbersufer 20, geöffnet und wurde reichlich frequentiert. Der anschließende Heimatabend in der Stadthalle wurde durch die Gesangeinlagen von Manfred Stierner sowie den beiden polnischen Ehrengästen aus Lyck, Vize-Landrat Marek Chojnowski und dem berufsmäßigen Mitglied des Kreis-Verwaltungsvorstandes, Włodzimierz Szalazek, ausgesprochen musikalisch. Die sonntägliche Feierstunde wurde thematisch vom Abschied Gerd Bandillas als Kreisvertreter geprägt. Angefangen vom geistlichen Wort von Pfarrer Hans-Joachim Welz über den Hagener Oberbürgermeister Jörg Dehm bis hin zum Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Stephan Grigat, wurde Gerd Bandilla gebührend für 28 Jahre an der Spitze der Kreisgemeinschaft Lyck gedankt. In diesem Zusammenhang wurde Gerd Bandilla auch die Ottomar-

Schreiber-Plakette verliehen. Seine Ehefrau Else wurde mit dem Silbernen Ehrenzeichen der LO ausgezeichnet. Den Festvortrag hielt Stephan Grigat, in dem er einen Überblick über die aktuellen Aufgabenfelder der Vertriebenenverbände gab. Alle einzelnen Vorträge und Reden werden im nächsten Hagen-Lycker Brief dokumentiert sein. Im Rahmen des gemütlichen Beisammenseins in der Stadthalle wurde der Staffeltab von Gerd Bandilla an seine Nachfolgerin Bärbel Wiesensee weitergegeben. An den beiden Tagen kamen rund 300 Besucher und sorgten für eine insgesamt erfolgreiche Veranstaltung.



**NEIDENBURG**

Kreisvertreter: Jürgen Szepanek,  
Nachtigallenweg 43, 46459 Rees-Haldern, Tel./Fax (02850) 1017.

Jubiläumstreffen

Am Sonntag, 8. September, fand in unserer Patenstadt Bochum die Feier zum 60-jährigen Patenschaftsverhältnis statt. Trotz des sehr regnerischen Wetters konnte der Kreisvertreter annähernd 300 Landsleute begrüßen. Herzliche Worte zu sechs Jahrzehnten des gemeinsamen Weges Bochum-Neidenburg fand die Oberbürgermeisterin der Ruhrstadt Dr. Ottilie Scholz. Der Altsprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Wilhelm von Gottberg, hielt einen Vortrag mit dem Thema „Ostpreußen heute“. Großes Interesse fanden die Bildtafeln „Neidenburg – einst und jetzt“ wie auch die Schulwandkarte, erstellt zum 550-jährigen Stadtjubiläum von Neidenburg, nämlich im Jahre 1931, von Schulrat Paul Radtke. Dicht belagert sind immer wieder die Stände unseres Familienforschers und Mitglieder datenverwalters. Auch hatte der Schatzmeister gut zu tun, der noch einige unserer bereits in dritter Auflage erschienenen drei verschiedenen DVDs anzubieten hatte. Der Bus zur Besichtigung der Heimatstube war bis auf den letzten Platz besetzt und die Gäste kamen mit nachdenklichen Eindrücken zurück. Anlässlich des 60-jährigen Jubiläums wurde ein Heft in DIN-A6-Format mit allen Bochumer Oberbürgermeistern während der Patenschaft, wie auch Oberstadtdirektoren, Kreisältesten, Kreisvertretern und verschiedenen

Funktionsträgern erstellt und an alle Besucher verteilt. Verhinderte Besucher und auch andere Interessenten, die diese Schrift haben möchten, melden sich bitte beim Kreisvertreter. Das „kleine blaue Heft“ wird dann umgehend und kostenlos zugeschickt. Aller Voraussicht nach wird das nächste Heimattreffen am 14. September 2014 noch einmal in Lüneburg durchgeführt werden. Das dortige Treffen im Jahr 2008 im Zusammenhang mit der Besichtigung des schönen Ostpreußischen Landesmuseum wirkt noch bis heute nach. Anzumerken wäre noch, dass die morgens bei starkem Regen Angereisten am Spätnachmittag mit Sonnenschein bei ihrer Rückreise belohnt wurden.



**TILSIT-RAGNIT**

Kreisvertreter: Dieter Neukamm,  
Am Rosenbaum 48, 51570 Winddeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Telefon/Fax (04342) 5335, Kührenerstraße 1 b, 24211 Preetz, E-Mail: Eva.lueders@arcorde.

Kreisausschuss

Am Vortag des Heimattreffens in Soest kommen der Kreisausschuss und der Kreistag der Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit am Freitag, 4. Oktober, in der Soester Stadthalle zu getrennten Sitzungen zusammen. Um 10 Uhr beginnt der Kreisausschuss. Auf der Tagesordnung steht neben einigen Formalien auch die Nachbesetzung von zwei Kirchspielvertretungen. Die Sitzung des Kreistages beginnt um 14 Uhr. Im Mittelpunkt der Beratungen stehen die Berichte des Kreisvertreters, der Geschäftsführerin, des Schatzmeisters und der Kirchspielvertreter. Nach der Aussprache wird über die Entlastung des Schatzmeisters und des Kreisausschusses abgestimmt. Zum Schluss der Sitzung stehen Verabschiedungen und Gratulationen auf dem Programm. Den Abend des 4. Oktober werden die Kreistagsmitglieder zusammen mit den bereits angereisten Teilnehmern am Heimattreffen aus Tilsit-Ragnit im Gasthof „Pilgrim-Haus“, Jakobistraße 75, in einer gemütlichen Runde verbringen, in der alte Bekanntschaften aufgefrischt und neue geschlossen werden können.

# Gradliniger Lycker

## Ottomar-Schreiber-Plakette an Gerd Bandilla verliehen

Gerd Bandilla wurde am 3. Oktober 1934 in Mostolten im Kreis Lyck geboren. Als Zehnjähriger musste er sich mit seinen Eltern auf die Flucht begeben. Nach einer leidvollen und entbehrungsreichen Zeit kam die Familie ins Rheinland, wo er seine in Lyck begonnene Schulausbildung beendete. Nach einer Lehrzeit bei der Amtsverwaltung Friesheim war Gerd Bandilla von 1954 bis 1972 als Beamter bei der Stadtverwaltung Köln (zuletzt als Stadtoberamtmann) tätig und wechselte von dort als Gemeindedirektor nach Nörvenich im Erftkreis. Diese Position bekleidete er bis zu seiner Pensionierung.

Gerd Bandilla fühlte sich aus Liebe und Treue zu seiner ostpreußischen Heimat schon frühzeitig der landsmannschaftlichen Arbeit verbunden. Der Kreisgemeinschaft Lyck in der Landsmannschaft Ostpreußen und dem BdV gehört er seit 1960 an. Bandilla ist Mitbegründer der „Gemeinschaft junger Lycker“ und stand diesem Jugendverband von 1965 bis 1971 vor. Für seinen Heimatort Mostolten übernahm er 1977 die Ortsvertretung. Als Vorstandsmitglied der Kreisgemeinschaft wirkte er seit 1982, anfangs als stellvertretender Kreisvertreter und ab Oktober 1985 als Kreisvertreter.

Zusätzlich war Gerd Bandilla einige Jahre Vorsitzender des Prüfungsausschusses der LO und Vorstandsmitglied und Schatzmeister der Stiftung Ostpreußen. Auch dem geschäftsführenden Vorstand der Landsmannschaft Ostpreußen gehörte er von 1992 bis 1995 an.

Die vielfältigen Aktivitäten und das reiche Vereinsleben in der Kreisgemeinschaft Lyck sind mit dem über 25-jährigen Wirken Bandillas als Kreisvertreter eng verbunden. Bei den zahlreichen Fahrten in die Heimat ist er stets, unterstützt von seiner Frau Else, ein ortskundiger und historisch bewandeter Reiseleiter. Sein

Sachverstand auf kommunalem Gebiet, sein Verhandlungsgeschick und nicht zuletzt auch seine gradlinige Persönlichkeit haben dazu geführt, dass die Kreisgemeinschaft sowohl zur Patenstadt Hagen in Westfalen als auch zu den heutigen Bewohnern Lycks fruchtbare Beziehungen unterhält.

Am 2. April 2002 konnte Gerd Bandilla mit dem polnischen Landkreis Elk (Lyck) einen Zu-

April 2003 in Lyck eine Lazarus-Sozialstation eröffnet.

Ferner sorgte Gerd Bandilla dafür, dass enge Beziehungen zwischen der Stadtverwaltung Hagen und der polnischen Stadt Lyck aufgebaut und 2006 ein gemeinsames Abkommen zur interkommunalen Zusammenarbeit geschlossen werden konnten. Seitdem werden bilaterale Programme für Jugendliche durchgeführt, die Praktika und Schüleraustausch zwischen dem Kreis Lyck und der deutschen Partnerstadt Hagen einhalten.

Am 5. Dezember 2008 zeichnete die polnische Stadt Elk Gerd Bandilla mit dem Preis der „Weißen Lilie“ als bester Botschafter der Stadt Elk (Lyck) aus.

Bandillas besonderes Augenmerk gilt der „Gesellschaft der deutschen Minderheit“ in Lyck, der er mit Rat und Tat zur Seite steht. Als bestes Beispiel hierfür kann der Erwerb und die mustergültige Renovierung des Wasserturms in Lyck gelten.

Daneben war Gerd Bandilla eine Reihe von Jahren Amts- und Gemeindevertreter von Friesheim und später Stadtverordneter von Erftstadt sowie Kreistagsabgeordneter des Rhein-Erft-Kreises sowie Aufsichtsratsmitglied der Strukturfördergesellschaft für den Erftkreis. Im Auftrag des Bundespräsidenten hat der Landrat des Rhein-Erft Kreises, Werner Stump, am 8. Januar 2013 im Kreishaus in Bergheim das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland an Gerd Bandilla verliehen.

Bereits im September 1997 ehrte die Landsmannschaft Ostpreußen Gerd Bandilla mit der Verleihung des Goldenen Ehrenzeichens. In Würdigung seiner außergewöhnlichen Leistungen und seines überragenden Einsatzes für Ostpreußen und seine Menschen verleiht die Landsmannschaft Ostpreußen Herrn Gerd Bandilla die Ottomar-Schreiber-Plakette. PAZ



Schon vielfach ausgezeichnet: Gerd Bandilla

sammenarbeitsvertrag abschließen. Diese Vereinbarung setzt sich unter anderem gemeinsame Aktivitäten auf den Gebieten der Denkmalpflege, der Förderung der Begegnungen zwischen den Altbürgern und den Neubürgern des Kreises Lyck und der Organisation von Seminaren, Konzerten und Ausstellungen zum Ziel.

Seit 1995 werden mit seiner Unterstützung der ökumenische Austausch mit Lyck gefördert und jährlich ökumenische Gottesdienste in allen kreisangehörigen Pfarrbezirken und der Stadt Lyck durchgeführt. Darüber hinaus setzt er sich für die Pflege von Friedhöfen und Kriegsgräberstätten im Heimatkreis ein. Nach vierjährigem Bemühen wurde im



Allenstein Stadt



Allenstein-Land



Angerapp



Angerburg



Bartenstein



Braunsberg



Ebenrode



Elchniederung



Fischhausen



Gerdauen



Goldap



Gumbinnen



Heiligenbeil



Heilsberg



Heydekrug



Wehlau



Insterburg Stadt / Land



Trauburg



Johannisburg



Tilsit-Ragnit



Königsberg Stadt



Tilsit-Stadt



Königsberg Land



Sensburg



Schloßberg



Röbel



Rastenburg



Pr. Holland



Pr. Eylau



Osterode



Ortelburg



Neidenburg



Mohrungen



Memel Stadt / Land



Lyck



Lötzen



Labiau

# Deutschlandtreffen

## der Ostpreußen

17.-18. Mai 2014, Messe Kassel

Großkundgebung am Sonntag,  
18. Mai 2014, 11.00 Uhr, Rothenbach-Halle

Landsmannschaft Ostpreußen · Buchtr. 4 · 22087 Hamburg · Telefon: 040/41 40 08-0  
www.ostpreussen.de

Ostpreußen hat Zukunft.





# Sanssouci der Pferde

Brandenburger Gestüt Neustadt/Dosse feiert 225-jähriges Bestehen – Friedrich Wilhelm II. war der Geburtshelfer

**1788 von Friedrich Wilhelm II. gegründet, hat das Kleinod der Königlich Preußischen Gestütsverwaltung in der Ostprignitz alle Wirren der Geschichte überlebt. In diesen Tagen feiert das Gestüt Neustadt/Dosse sein Jubiläum noch am 21. und 28. September bei den Hengstparaden.**

In Neustadt/Dosse finden seit den 1920er Jahren alljährlich im September Hengstparaden statt. Modern ausgedrückt stellen sie eine Art Casting Show dar, die dem Züchter die Wahl des Vaters seines zukünftigen Fohlens erleichtern soll. Wie überall, hat sich auch hier der Charakter der Paraden im Lauf der Zeit geändert. Neben traditionellen Schaubildern wie Ungarische Post, Dressur- und Springquadrille gehören heute immer mehr Showelemente dazu. Im Jubiläumsjahr stehen sie unter dem Motto „Von der Gründerzeit eines Zucht- und Landgestütes 1788 bis hin zur Gegenwart einer modernen Sportpferdezucht“, selbstredend in entsprechenden historischen bis neuzeitlichen Kostümen.

Dabei darf man sich auf eine umfangreiche Palette einstellen. Denn das Kleinod preußischer Baukunst ist nicht nur ein anerkanntes Kompetenzzentrum deutscher Pferdezucht mit einem Landgestüt und einem Hauptgestüt für Hengste und Stuten. Beide sind durch eine ein Kilometer lange Lindenallee miteinander verbunden. Auf dem 400 Hektar großen Areal ist jedes Jahr auch der Sport mit einem internationalen Springturnier zu Hause genauso wie das in Deutschland einmalige Projekt „Reiten in der Schule“, bei dem in Kooperation mit der Neustädter Prinz-Hom-

burg-Schule das Fach Reiten auf dem Stundenplan steht und dessen Note versetzungsrelevant ist. Neustadts Geschichte als „Stadt der Pferde“ begann allerdings schon vor 1788. Begründet wurde sie von Landgraf Friedrich II. von Hessen-Homburg, der 1662 die Sumpfgebiete rund um die Stadt

helm I. hielt es jedoch für finanziell sinnvoller, hier Maultiere statt Pferde für die Armee zu züchten. Sein Sohn Friedrich der Große sah das nicht anders. Erst dessen Nachfolger, Friedrich Wilhelm II., der 1786 den Thron bestieg, erkannte den großen wirtschaftlichen Nutzen der

Organisator galt. Eine seiner ersten Amtshandlungen war es, 1787 im Haupt- und Landgestüt Trakehnen eine Generalmusterung des Pferdebestandes durchzuführen und rigoros zu selektieren. Von 38 vorhandenen Hauptbeschälern wurden 25, von 356 Stuten 144 ausgemustert. Eine



Gruppenbild mit Fohlen: Vielbeinige Herde auf dem Landgestüt Neustadt

Bild: Gestüt Neustadt/Boiselle

trockenlegen und in Weiden verwandeln ließ. Ein Unterfangen, das ihm die Pferdehaltung ermöglichte und sich als äußerst profitabel erwies. Denn schon bald konnte er seine Rösser mit gutem Gewinn an die kurfürstliche Reiterei verkaufen. 1694 gingen Neustadt und Umgebung über in den Besitz des Kurfürsten Friedrich III., des späteren Königs Friedrich I., und fiel somit an Brandenburg. Die Zuchtstätte wurde Hofgestüt. Friedrich Wil-

Landespferdezucht. Mit sicherem Gespür für das Notwendige nahm er sich ihr mit Passion und Sachkenntnis an und begann unverzüglich damit, das preußische Gestütswesen völlig neu zu konzipieren. Passender als mit dem Einzug seiner Krönungskutsche können die Hengstparaden 2013 dann auch nicht beginnen.

Die Reformierung übertrug der König Carl Heinrich Graf von Lindenu, der zu seiner Zeit als bester Hippologe, Reiter und

Maßnahme, die sich für die Zucht als segensreich erweisen sollte.

Als Oberstallmeister, also Leiter der gesamten preußischen Gestütsverwaltung, gehörte auch die Errichtung neuer Gestüte zu von Lindenaus Aufgaben. Im Zuge dieser Maßnahmen wurde 1788 der Grundstein zum Friedrich-Wilhelm-Gestüt gelegt, dem heutigen Brandenburgischen Haupt- und Landgestüt Neustadt/Dosse. Dabei beschränkte sich der König nicht allein auf die Erneuerung

der Pferdezucht, er modernisierte auch dessen Rahmen. Denn mit Friedrich Wilhelm II. hielten die Formen des Klassizismus in Preußen Einzug. Einer seiner ersten Bauten war der prachtvolle frühklassizistische Kutschenstall in Potsdam. Erbaut von 1787 bis 1790 unter Hofbaumeister Andreas Ludwig Krüger, beherbergt er heute das Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte.

Für die Pläne der Neustädter Anlage waren jedoch Graf von Lindenu und der Baumeister Ephraim Wolfgang Glaserwald verantwortlich. Ebenso schön wie zweckmäßig, konnte das denkmalgeschützte Ensemble jetzt mit Hilfe des Europäischen Ausgleichsfonds und Mitteln des Landes Brandenburg bereits zum Großteil saniert werden. Seitdem

erstrahlen nicht nur das schlossähnliche Landstallmeisterhaus und die Kavaliershäuser wieder im alten Glanz. Während in Trakehnen das Königreich der Pferde 1945 unterging, erlebte das Sanssouci der Pferde in Neustadt immer wieder eine Renaissance. Denn untergegangen war das Gestüt nie. Bis 1945 war es Teil der Preußischen Gestütsverwaltung und ähnlich wie Trakehnen aufgebaut. Zu DDR-Zeiten avancierte Neustadt zur wichtigsten Zuchtstätte der Republik, von der jährlich etwa 700 Pferde in den Westen verkauft wurden. 1992 wurde das Gestüt dem Land Brandenburg übertragen und seit 2001 ist es eine Stiftung öffentlichen Rechts. Heute stehen dort wieder rund 40 Hengste, die sich während der Deckperiode auf rund zehn Deckstellen in Bran-

denburg und Sachsen-Anhalt verteilen. 14 bis 16 Hengste verbleiben in Neustadt/Dosse, wo alle modernen Fortpflanzungstechniken praktiziert werden.

Im Neustädter Haupt- und Landgestüt stehen heute über 320 Pferde. Von denen hat vor allem in der Stutenherde, ursprünglich besonders für die Erzeugung eigener Zuchthengste eingerichtet, der weibliche Nachwuchs von sich reden gemacht. Denn mit Poetin erblickte 1997 eines der teuersten Dressurpferde aller Zeiten in Neustadt/Dosse das Licht der Welt. Mehrfach Siegerin beim Bundeschampionat und Weltmeisterin der sechsjährigen Dressurpferde, wechselte das Ausnahme- pferd 2003 über die PSI-Auktion von Paul Schockemöhle für die

## Stuten-Nachwuchs macht von sich reden

Rekordsumme von 2,5 Millionen den Besitzer. Doch all ihre Talente brachten der lackschwarzen Schönheit kein Glück. Nochmals verkauft, erkrankte Brandenburgs Wunderpferd an Hufrehe, einer schweren Huf-Entzündung, und musste schließlich im Alter von nur acht Jahren eingeschläfert werden. Als Denkmal lebt das Aushängeschild der brandenburgischen Pferdezucht jedoch in Neustadt/Dosse weiter.

Quicklebendig ist dagegen der Neustädter Starvererber Quaterback, der 2003 auf dem Gestüt zur Welt kam. Auch sein Zuhause ist das Dressurviereck, wo er mit leichtfüßigem Trab und revolutionärem Galopp glänzt. Seine bisher 50 gekörten Söhne sind inzwischen in fast allen Zuchtgebieten der Welt vertreten. Und damit auch der Name Brandenburg. *Helga Schnehagen*

# Der Schrumpf-Lurch

Ziehharmonika-Effekt auch im Tierreich – Dürre macht kleiner

Dass Tiere schrumpfen, würde man vielleicht in animierten Disney-Filmen erwarten, aber nicht in der Realität. Nahrungsmangel während langer Dürre machen dieses Kuriosum bei Tieren aber tatsächlich möglich. US-amerikanische Wissenschaftler wiesen jetzt an einer seltenen Salamander-Art nach, dass diese Tiere unter Extrembedingungen an Körperlänge erst merklich verlieren und den Verlust später unter günstigeren Lebensbedingungen wieder kompensieren. Gelungen ist dieser Nachweis laut dem „Journal of Zoology“ (Volume 290, 2013, Seite 35) anhand des sogenannten Jollyville Plateau Salamanders. Diese kaum erforschte Gelbsalamander-Art kommt endemisch, also nur in einer eng begrenzten Region, in Texas vor.

Unter Amphibien war das zeitweilige Einschrumpfen des Körpers bislang völlig unbekannt. Andrew Gluesenkamp, Herpetologe beim Texas Parks and Wildlife Department, und Nathan Bendik, Umweltwissenschaftler bei der Stadt Austin, der Hauptstadt von Texas, hatten für ihre Forschungsstudie in Höhlen und Quellen im texanischen Travis County ursprünglich nur messen wollen, ob sich das Wachstum der grün-braunen Lurche bei Dürre verlangsamt. Eine außergewöhnliche achtmonatige Dürre kam ihnen dabei zupass.

Als sie die zuvor markierten und fotografierten Salamander nach Monaten der Dürre wieder einsammelten, hielten die Forscher ausgezehrte Schrumpfer-

sionen in ihren Händen. Die Kopf-Rumpf-Länge von „Eurycea tonkawae“, so die lateinische Bezeichnung, war um bis zu acht Prozent kürzer als vor der Dürre, der Schwanz sogar um bis zu 23 Prozent. Im Frühjahr darauf hatten die Salamander ihre Verluste wieder mehr als kompensiert. Die jeweils letzten Mahlzeiten der Salamander hatten auf die ermittelten Schwanz- und Körperlängen keinen Einfluss, versichern die Forscher.



Mal größer, mal kleiner: Der Texas-Lurch

Bild: Matt Hollanders

„Das Schrumpfen des Körpers könnte eine Anpassung sein, um mit langen Phasen geringen Futterangebots fertigzuwerden“, analysiert Bendik in seiner Studie. Der Abbau von Fettreserven vor allem im Schwanz genüge offenbar nicht, um den widrigen Umweltbedingungen zu trotzen und das Überleben zu sichern. „Für den weltweiten Niedergang der Amphibienpopulationen ist der Klimawandel eine treibende Kraft“, so Bendik. Steigende Temperaturen und häufigere Dürren setzen den Kriechtieren zu.

Die raren und mit Schwanz rund sechs Zentimeter langen

Salamander kommen nur in wenigen Gegenden von Texas vor, unter anderem am Jollyville Plateau. Während der Dürrezeiten ziehen sie sich ganz in grundwasserführende Schichten zurück, um nicht auszutrocknen. Die dann erhöhte Populationsdichte in den Grundwasserleitern könne laut den Autoren die Konkurrenz der Lurche um Raum und Futter verschärfen.

Für das Phänomen des Schrumpfens gibt es im Tierreich nur ganz wenige weitere Beispiele. Meist sind die davon betroffenen Tiere ungewöhnlich harten Umweltbedingungen und Futtermangel ausgesetzt. 1965 wurde das Ziehharmonika-Verhalten erstmals bei Spitzmäusen festgestellt, später bei einigen Buntbarscharten und Schildkröten, zuletzt bei Meeresleguanen, denen das Wetterphänomen El Niño vor der Westküste Südamerikas alle paar Jahre die Nahrung dezimiert. Die Leguane verlieren dabei bis zu 20 Prozent ihrer Körpergröße.

Gleichwohl überleben viele Individuen die Warmwasserphasen des „Teufelsstroms“ El Nino nicht. Auch bei jungen Lachsen war das Phänomen bekannt: Während harter Winter verlieren die Fische bis zu zehn Prozent ihres Umfangs, kompensieren den Verlust im Frühjahr aber wieder. Unter Kriechtieren ist die Schrumpfreaktion des Texas-Lurchs jedoch ein Novum. Welche Langzeitwirkung sich aus dem Ziehharmonika-Effekt für die Tiere ergeben, ist noch unerforscht. *Kai Althoetmar*

# Ran an den Speck

Kinder lernen kochen und damit auch geregelte Mahlzeiten

Statt Essen zu kochen, sitzt die Ehefrau im Wohnzimmer. „Heute kocht Hannah“, antwortet die Gattin auf den fragenden Blick ihres heimkommenden Mannes. Sie erwarten gleich Gäste und seine Frau steht, als er von der Arbeit heimkehrt, nicht in der Küche, sondern sitzt entspannt lesend auf dem Sofa. Immer noch irritiert blickt er nun in die Küche und da steht seine 14-jährige Tochter hochkonzentriert umgeben von Crème fraîche, Süßkartoffeln, Mais und anderen Lebensmitteln, die er selbst nicht sofort erkennt, und schneidet, mixt und kocht.

Zwei Stunden später, nachdem die Gäste mehrfach das Essen gelobt haben, ist die Brust des Vaters stolzgeschwellt. Zwar hat sich seine Älteste von Anfang an fürs Kochen interessiert und wurde von ihrer Mutter auch gefördert, doch nie zuvor hat sie für Besucher gekocht.

Monique Rauchhaus, Leiterin des christlichen Kinder- und Jugendwerks „Die Arche“ in Berlin-Hellersdorf, hat täglich mit Kindern zu tun, die nicht wie Hannah einer Mittelschichtsfamilie entstammen. So konnte Hannah ihre Leidenschaft fürs Kochen nur entdecken, weil ihre Mutter dies täglich tut. Die Kinder, die die von Rauchhaus geleitete „Arche“-Niederlassung besuchen, wachsen jedoch in Familien auf, in denen man sich von Fertiggerichten oder Fast Food ernährt. Dies ist nicht nur tragisch, weil die Kinder die Tätigkeit des Kochens nicht erfahren, sondern vor allem, weil sie so nie lernen,

sich gesund zu ernähren. Doch ungesunde Ernährung hat zur Folge, dass man anfälliger ist für chronische Krankheiten und vor allem für Fettleibigkeit mit all ihren Konsequenzen. „Arm stirbt früher“, lautet hier die traurige Schlussfolgerung, die das Robert-Koch-Institut erst vor Kurzem in einer Studie gezogen hat.

Theoretisch weiß zwar jeder, dass man sich gesund ernähren sollte, selbst die „Bild“ schreibt dies regelmäßig, trotzdem trifft



Backe, backe, Kinder

Bild: Die Arche

Rauchhaus ständig auf Familien, bei denen dies nicht der Fall ist. Und so bietet „Die Arche“ neben Kochkursen für die Kleinen, in denen diese Fertigkeiten des Kochens, aber auch Lebensmittel kennenlernen, auch Kurse für die Eltern an. In Berlin-Hellersdorf leben vor allem viele alleinerziehende, oft jugendliche Mütter, die Töchter von alleinerziehenden Müttern sind und klassische Familienstrukturen nicht kennen. Sie wissen oft nicht, wie man aus einzelnen Lebensmitteln ein Gericht zubereiten kann. Ihnen fehlt neben der Zeit, vor allem die Fähigkeit, eine Mahlzeit im Vor-

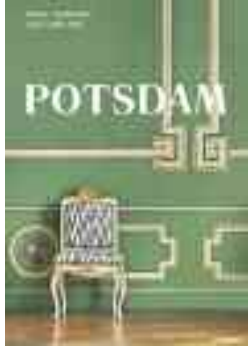
aus zu planen und entsprechend vorher einzukaufen. Bei Rauchhaus erhalten diese Frauen Hilfestellung, die diese viele dankbar annehmen.

Allerdings geht es beim Essen nicht nur um das Einnehmen einer Mahlzeit. Rauchhaus betont, man dürfe nicht vergessen, dass das Einnehmen einer Mahlzeit auch einen ganzheitlichen sozialen Aspekt habe. Denn es gehe auch darum, gemeinsam zusammensitzen und sich über den Tag auszutauschen. Kommunikation sei vielen Kindern jedoch im Zusammenhang mit dem Essen fremd.

So gäbe es in Familien in Berlin-Hellersdorf ganz häufig keinen Essstisch. Mahlzeiten würden am Couchtisch in ungesunder Körperhaltung vor dem Fernseher eingenommen. Häufig hätten die Kinder zudem keinen festen Platz und so würde jedes Essen mit Rangeleien um einen Sitzplatz einhergehen. In der „Arche“ würden die Kleinen lernen, zusammen und jeder an seinem angestammten Platz, zu Mittag zu essen. Auch würden die Erzieher die Kinder fragen, wie ihr Tag war und manche würden sich begierig auf die Möglichkeit stürzen, sich mitzuteilen.

„Gesunde Ernährung verändert das Verhalten“, so Rauchhaus, die immer wieder feststellt, dass Kinder, die regelmäßig in Ruhe und gesund essen, weniger zappelig und viel konzentrierter seien. Manchmal kann also schon ein Apfel ein kleines Wunder bewirken – man muss ihn nur gereicht bekommen. *Rebecca Bellano*





# Geschenk an Potsdam

Hochwertiger Bildband

Immer mal wieder überkommt einem beim Besuch Potsdams das Gefühl, Versailles könne einpacken angesichts der Fülle an Kultur und Architektur. Das neue Potsdam-Buch aus dem Ullmann-Verlag scheint diese Annahme nun beweisen zu wollen. „So haben Sie die Stadt noch nie gesehen“, verspricht Verleger Herbert Ullmann bei der Buchpräsentation im Potsdam-Museum. Auch Potsdams Oberbürgermeister Jann Jakobs war anwesend und zeigte sich begeistert.

Zwei Jahre Arbeit hat es gebraucht, um „Potsdam“, so Ullmann, fertigzustellen. Herausgeber Rolf Tomann und einer der weltbesten Kirchenfotografen, Achim Bednorz, fanden hier erneut zusammen, um ein Werk der Superlative zu kreieren. „Alles, was Preußen hervorgebracht hat, ist in Potsdam versammelt“, sagt der Kölner Bednorz und zeigte sich regelrecht verliebt in die Landeshauptstadt. Ebenso gewaltig wie das Buch, das es mit zwei Covern zur Auswahl und identischem Inhalt zu erwerben gibt, ist der Anspruch, Kunst, Architektur und Landschaft Potsdams erfassen zu wollen. Alle Jahreszeiten sollten dokumentiert, alle Schönheiten des Weltkulturerbes fotografisch eingefangen werden. Und das in ungewöhnlichem Format. 444 Seiten, Panoramafotos zum Aufklappen

## Sanssouci vom Kran aus gesehen

und Einblicke in die Schlösserlandschaft, die bisher verborgen blieben. Die Kunsthistorikerin Barbara Borngässer ergänzte die fotografischen Kunstwerke durch dreisprachige Texte

Sanssouci, Friedrichs „Bausünde aus dem 18. Jahrhundert“, weil man es optisch nie ganz erfassen kann, ist eigentlich auch nicht fotografierbar. Jedenfalls nicht in seiner gesamten Pracht. Dazu musste der an Höhenangst leidende Bednorz auf einem 30 Meter hohen Hebekran schweben und da oben auch noch verharren, weil die Sonne weg war und sich erst nach einer halben

Stunde wieder zeigte. Akribisch kunstvoll in vielen digitalen Einzelaufnahmen erfasste der Kölner die Schlossanlage, wie sie noch niemand vorher je gesehen hat. Es entstand ein spektakuläres Bild, das im Buch als ausklappbarer Altarfalz zu bewundern ist. Detailaufnahmen wechseln ab mit Panoramablicken und historische Abbildungen ergänzen den Blick von heute.

Der Bildband ist ein Geschenk an Potsdam, avanciert sicher schnell zum Standardwerk dieser schönsten Stadt der Welt und bringt hoffentlich schon Weihnachten viele Gabentische zum Biegen.

S. Friedrich

**Rolf Tomann (Hrsg.): „Potsdam. Kunst, Architektur und Landschaft“, Ullmann Verlag, Potsdam 2013, gebunden, 444 Seiten, Einführungspreis 79 Euro**



Sie machen sich die Methoden eines Josef Goebbels zu eigen – Verleumdung, Rufschädigung, Stigmatisierung und so weiter –, um gegen eine Bevölkerungsgruppe hetzen zu können.“ So lautet eine von vielen Beschimpfungen, die die Filmemacherin Rita Knobel-Ulrich im Rahmen ihrer Arbeit zu hören bekam. Andere wünschten ihr schlimme Krankheiten oder gar den Tod, wie es in den Reaktionen auf ihre TV-Dokumentationen für ARD und ZDF am Ende des Buches „Reich durch Hartz IV. Wie Abzocker und Profiteure den Staat plündern“ nachzulesen ist. Andere Zuschauer loben dort auch die Dokumentationen von Knobel-Ulrich, politische Aktivitäten in Form von Reformen auf die von ihr erlangten Erkenntnisse gab es allerdings bisher nicht, obwohl die Filmemacherin seit gut zehn Jahren Fehlentwicklungen im Hartz-IV-System auf der Spur ist.

Da sie nicht alle Erlebnisse und Erkenntnisse in ihren TV-Dokumentationen unterbringen konnte, hat sie nun das vorliegende Buch verfasst. Jenen, die ihre Fernsehbeiträge kennen, wird möglicherweise einiges bekannt vorkommen, auch hofft man manchmal, die von ihr geschilder-

# Geldquelle Hartz IV

Filmemacherin über Fehlanreize im deutschen Sozialsystem

ten Fälle wären reine Hetze gegen Hartz-IV-Empfänger, doch leider, wie es bei TV-Dokumentationen ist, sind viele ihrer Erlebnisse in Bild und Ton belegt.

„46 Milliarden Euro haben Bund und Kommunen allein im Jahr 2011 für Hartz IV ausgegeben – der Sozialetat ist mit Abstand der größte Posten im Bundeshaushalt. Doch werden diese Mittel wirklich sinnvoll investiert? Und sind die Leistungsempfänger auch die Gewinner, wenn es um die Fördermaßnahmen geht“, fragt die Autorin. Und so liegt der Schwerpunkt des Buches keineswegs auf den Hartz-IV-Empfängern selbst. Knobel-Ulrich hat viel mehr jene im Blick, die von den Hilfspempfängern profitieren. Dies sind vor allem die Bildungsträger. Sie verdienen Millionen damit, Hartz-IV-Empfänger in Maßnahmen zu beschäftigen, die zumeist unsinnig seien.

Die Autorin nennt hier neben bekannten Beispielen wie der inzwischen abgeschafften Puzzle AG und einem fiktiven Supermarkt auch Theatergruppen und Telefon-Seminare, die mit der Realität am Arbeitsmarkt wenig gemein haben. Zum Übungssupermarkt heißt es: „Was Schüler, die etwa bei Rewe an der Kasse sitzen und ihr Taschengeld aufbessern, an einem Nachmittag lernen, dauert hier ganze zehn Monate, gut bezahlt vom Jobcenter.“ Knobel-Ulrich kritisiert aber gar nicht so sehr die Bildungsträger, die in den letzten Jahren wie Pilze aus dem Boden geschossen sind, son-

dern die Arbeitsagentur beziehungsweise die Politik. Dass Bildungsträger bei Seminargebühren von rund 500 Euro im Monat pro Teilnehmer diese Einnahmequelle so lange wie möglich im System behalten wollen, sei aus deren Sicht völlig verständlich. Weniger verständlich sei aber, warum der Staat keinerlei Erfolgskriterien vorgibt.

Auch kritisiert die Filmemacherin an dem System, dass Firmen sich nicht finanziell an Fort- und Weiterbildung von Arbeitssuchenden beteiligen. Warum muss das Arbeitsamt Lkw-Führerscheine mit 60 000 Euro bezahlen, oh-

ne dass sich der künftige Arbeitgeber daran beteiligt? Allerdings läuft auch diese Kritik auf eine Kritik am Staat heraus, der der-

artiges überhaupt anbietet.

Aber auch die Hartz-IV-Empfänger bekommen ihr Fett weg. Knobel-Ulrich schildert Fälle, in denen Arbeitslose jedes Angebot ablehnen, da jede Arbeit nichts für sie sei. Viele würden nicht verstehen, dass es hier nicht um die Suche nach ihrem Traumberuf gehe, sondern darum, sich ihren eigenen Lebensunterhalt zu verdienen. Wobei auch diese Kritik dann wieder an den Staat weitergegeben werden kann, der eine soziale Hängematte geschaffen hat, die es erlaubt, anstrengende Arbeit abzulehnen, da sich die Arbeitsannahme finanziell für sie wegen der niedrigen Entlohnung für Ungelernte auch gar nicht rechne. Wieso gibt es in Deutschland Geld ohne Gegenleistung, fragt die Autorin und verweist auf

## Bildungsträger unterliegen keinerlei Erfolgskontrolle

# Der Arzt des Kaisers

Mediziner berichtet über Krebs von Friedrich III.



Manchmal machen auch kleine Verlage große Fehler. Ein gutes Exempel hierfür lieferte jetzt der Salzwasser Verlag in Paderborn. Hört man von dessen neuester Schrift „Friedrich der Große und seine Ärzte“, denkt man natürlich sofort an erbauliche Geschichten über den Alten Fritz, der mehr als einmal geklagt hatte, „die Docters seindt große Idioten“. Doch was findet sich nach dem Aufschlagen des Buches? Der Reprint einer Schrift aus dem Jahre 1888 mit dem Titel „Friedrich der Edle und seine Ärzte“! Es geht also überhaupt nicht um den preußischen König Friedrich II., sondern um Friedrich Wilhelm Nikolaus Karl von Preußen, der 1888 für 99 Tage als deutscher Kaiser regierte, bevor er an Kehlkopfkrebs starb. So weit, so schlecht! Andererseits ist es aber durchaus aufschlussreich, was Sir Morell Mackenzie (1837–1892) über die Krankheit und die ärztliche Behandlung des Monarchen zu berichten weiß, denn der renommierte Londoner Hals-, Nasen- und Ohrenspezialist hatte Friedrich III. zwischen Mai 1887 und Februar 1888 fünf Mal wegen seiner Wucherungen an den Stimmbändern operiert und dann weiter bis zum Tode behandelt.

Dem Engländer war seinerzeit nach dem Ableben des Kaisers von deutscher Seite unterstellt worden, dass er mit seinem zweiten Eingriff vom 23. Mai 1887 den Krebs überhaupt erst hervorgerufen und hernach auch nicht als

solchen erkannt habe. Dabei landete die Kritik schnell unter der Gürtellinie. So behaupteten diverse Provinzblätter, der schottischstämmige Arzt sei Jude und heiße in Wirklichkeit Moritz Markowitz. Die „Kölner Zeitung“ ging sogar so weit, ihm mit Steinigung zu drohen, weshalb der Angefeindete Polizeischutz angeboten bekam, auf den er aber dankend verzichtete.

Treibende Kraft hinter diesen Ausfällen waren die an der Behandlung mitbeteiligten, aber augenscheinlich wenig kompeten-

## Reprint aus dem Jahr 1888 hat fehlerhaften Titel

ten Professoren Gebhard und von Bergmann, denen Mackenzie nun seinerseits in einer langen Replik auf alle laut gewordenen Vorwürfe die Verantwortung für das Dahinsiechen des Kronprinzen und späteren Kaisers zuschob. So sei nicht er es gewesen, der den Krebs „erzeugt“ habe, sondern Gebhardt: Angesichts von dessen völlig unfachmännischer früheren Behandlung mit täglichem Ausbrennen der Stimmbandknöten über einen Zeitraum von zwei Wochen müsse sich jeder einigermaßen vernunftbegabte Beobachter fragen, worüber er mehr „erstaunt sein sollte, ob über die therapeutische Energie des Arztes oder über das Aushalten des Patienten“. Und von Bergmanns Fehlplatzierung der Trachealkanüle am 12. April 1888 wiederum sei für den Abszess in der Luft-

Holland. Dort werden Arbeitslose bei Bedarf für soziale Tätigkeiten eingesetzt. Straße kehren, alten Menschen vorlesen oder ihre Einkäufe ins Haus bringen. Außerdem hätten Niederländer unter 27 Jahren keinen Anspruch auf Sozialhilfe, was den Druck auf sie, eine Ausbildung zu machen, auch wenn sie keine Lust haben, erhöht. Zudem bemängelt die Autorin, dass Sanktionen gegen Leistungsverweigerer ungenügend verfügt würden und es möglich sei, dass manche Hartz-IV-Empfänger nebenbei schwarz arbeiten und somit am Ende mehr Geld haben als Niedriglöhner.

Knobel-Ulrich erinnert sich an ihre Jugend, als die meisten Menschen zu stolz waren, um zum Amt zu gehen und Hilfe zu beantragen. „Etwa zehn Millionen Ost- und Sudendent Deutsche wurden bis 1950 im Westen aufgenommen. Keiner von ihnen beharrte darauf, er habe schließlich in Breslau oder Königsberg als Bankangestellter, Lehrer oder Ingenieur gearbeitet und sei deshalb auch nur gewillt, in diesem und keinem anderen Beruf tätig zu werden.“ Heute hingegen würden nicht nur die Hilfspempfänger weniger zurückhaltend sein, auch würden sie von im Grunde allen im Bundestag vertretenen Parteien und auch den meisten Organisationen so gut wie ausschließlich als Opfer dargestellt. Zahlreiche von der Autorin geschilderte Fälle belegen jedoch, dass dem oft nicht so ist.

Rebecca Bellano

**Rita Knobel-Ulrich: „Reich durch Hartz IV. Wie Abzocker und Profiteure den Staat plündern“, redline, München 2013, geb., 255 Seiten, 19,99 Euro**

Anzeige





**Hans-Olaf Henkel**  
**Die Euro-Lügner**  
Gebundenes Buch mit Schutzumschlag, 272 Seiten,  
Best.-Nr.: 7247, € 19,99



**Preußen-Schirmmütze**  
schwarze Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Adler in weiß  
Best.-Nr.: 7124, € 14,95



**Königsberg-Schirmmütze dunkelblau**  
Dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Wappen in Farbe der Stadt Königsberg  
Best.-Nr.: 7192, € 14,95



**Elchschaufel-Schirmmütze**  
dunkelblau Dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gestickter Elchschaufel in Wappenform  
Best.-Nr.: 6969, € 14,95



**Hans Becker von Sothen**  
**BILD-LEGENDEN**  
Fotos machen Politik  
Geb., 272 Seiten, urchehend bebildert.  
Best.-Nr.: 7248, € 19,90



Schuld an der aktuellen Misere oder müssen auch die politischen Entscheider zur Verantwortung gezogen werden? Warum steht das größte Finanz-Casino der Welt in Deutschland, und kaum jemand weiß darüber Bescheid? Ist der Euro nicht letztlich doch zum Scheitern verurteilt? Sind Lebens-, Rentenversicherungen, Bausparverträge und Staatsanleihen noch zeitgemäße Investments? Dienen Finanzprodukte dem Kunden oder nur der Finanzindustrie? Was bedeutet es, wenn ein Staat Bankrott geht? Wer profitiert eigentlich von den Schulden unseres Staates? Kann ewiges Wachstum überhaupt funktionieren? Dieses spannende und engagierte Buch gibt nicht nur verunsicherten Anlegern Antworten.  
Kart., 381 Seiten, Best.- Nr.: 7224, € 19,90



**Pro Patria, Märsche und Lieder**  
1) Gaudeamus igitur 2:18 2) Kein schöner Land 1:26  
3) Die Wacht am Rhein 4:16  
4) Fehrbelliner Reitermarsch 2:29  
5) Lied der Franken 2:09  
6) Alte Kameraden 3:03  
7) Siebenbürgenmarsch 3:19  
8) Der Coburger 3:24  
9) Des Großen Kurfürsten Reitermarsch 3:31  
10) Fanfare und Marsch der Pappenheimer Reiter 2:44  
11) Präsentiermarsch Friedrich Wilhelm III. 1:48  
12) Freiheit, die ich meine 2:17  
13) Ich hab mich ergeben 1:19  
14) Ich hatt einen Kameraden 4:02  
15) Kreuzritter-Fanfare 2:07  
16) Regimentsgruß 1:58, 17) Geschwindmarsch 1:52  
18) Helenenmarsch 2:12,  
19) Marsch aus Petersburg 2:14  
20) Schwedischer Kriegsmarsch 1:59  
21) Althessischer Reitermarsch 2:13  
22) Parademarsch der Langen Kerls 2:16  
23) Der große Zapfenstreich 11:32  
24) Lied der Deutschen 3:09, Gesamtspielzeit: 69:52  
Mario Lanza, Tenor, Heeresmusikkorps 300 Koblenz unter OTL Georg Czerner, Heeresmusikkorps 12 Veitshöchheim unter Major Volker Wörrlein, Deutsche Chorgemeinschaften, Best.-Nr.: 7206



**Reinhard Schmoeckel**  
**Die Indo-europäer**  
Aufbruch aus der Vorgeschichte  
Geb., 587 Seiten,  
Best.-Nr.: 7244, € 24,80



**Heinz Buchholz**  
**Iwan, das Panjeperd**  
Eine Kindheit zwischen Krieg und Frieden  
Kart., 256 Seiten  
Best.-Nr.: 4795, € 8,95



**Udo Ulfkotte**  
**Was Oma und Opa noch wussten**  
So haben unsere Großeltern Krisenzeiten überlebt.  
Geb., 233 Seiten  
Best.-Nr.: 7225, € 19,99



**Joachim Albrecht**  
**Katjuscha und ihre Folgen**  
Königsberg im Januar 1945  
Rettungsschiff Wullenwever  
Kart., 257 Seiten  
Best.-Nr.: 7196, € 14,80



**Mario Vargas Llosa**  
**Alles Boulevard - Wer seine Kultur verliert, verliert sich selbst**  
Geb., 231 Seiten  
Best.-Nr.: 7256, € 22,95



**Siegfried Henning**  
**Krieg frisst Heimat auf**  
Lebenserinnerungen eines Ostpreußen, Kartonierte, 416 S., mit einigen s/w. Abb.  
Best.-Nr.: 3372



**Gottfried Piefke**  
**Preußische Armeemärsche**  
Es spielt das Stabsmusikkorps Berlin unter der Leitung von OTL Volker Wörrlein  
1. Preußens Gloria; 2. Der Alsenströmer; 3. Herwarth Marsch; 4. Erinnerung an Weimar; 5. Margarethen Marsch; 6. Gitana Marsch; 7. Düppeler Sturm Marsch; 8. Pochhammer Marsch; 9. Siegesmarsch von Metz; 10. Kaiser Wilhelm - Siegesmarsch; 11. Lymfjordströmer; 12. Der Königgrätzer Marsch; 13. Düppel - Schanzen - Sturm - Marsch.  
Großer Zapfenstreich nach D.S. Bortnjanskij;  
14. Anmarsch mit Parademarsch. Marsch des York'schen Korps;  
15. Locken zum Großen Zapfenstreich; 16. Zapfenstreichmarsch  
17. 1. Post; 18. 2. Post; 19. 3. Post; 20. Zeichen zum Gebet; 21. Gebet, Abschlagen und Ruf nach dem Gebet; 22. Nationalhymne  
23. Abmarsch

Gesamtspielzeit: 46:55 Min  
Best.-Nr.: 6894



**Die schönsten Volkslieder**  
Gesungen von Peter Schreier, Tenor und Theo Adam, Bariton mit dem Rundfunk- und Thomanerchor und dem Gewandhausorchester Leipzig unter der Leitung von Horst Neumann und der Dresdner Philharmonie unter der Leitung von Johannes Winkler  
1 Wenn alle Brunnlein fließen; 2 Im Krug zum grünen Kranze; 3 Das Wandern ist des Müllers Lust; 4 Im Wald und auf der Heide; 5 Ein Jäger längs dem Weiher ging; 6 Mit dem Pfeil, dem Bogen; 7 Ein Jäger aus Kurpfalz; 8 Bald gras ich am Neckar; 9 Im schönsten Wiesengrunde; 10 Sah ein Knab' ein Röslein steh'n; 11 An der Saale hellem Strande; 12 Kein Feuer, keine Kohle;



13 Ach, wie ist's möglich dann; 14 Mein Mädel hat einen Rosenmund; 15 In einem kühlen Grunde; 16 Ännchen von Tharau; 17 Ade zur guten Nacht; 18 Kein schöner Land in dieser Zeit; 19 Weißt du wieviel Sternlein stehen; 20 Guten Abend, gute Nacht; 21 Der Mond ist aufgegangen



**Walter Görlitz**  
**Generalfeldmarschall Model**  
Geb., 272 S. + 24 Bildseiten (Neuaufgabe)-Biographie  
Walter Model,  
Best.-Nr.: 3144, € 24,80



**Märsche und Balladen aus den Freiheitskriegen 1813-1815**  
Gesamt-Spieldauer: 58:09  
Stabsmusikkorps Berlin, Heeresmusikkorps 300 Koblenz, Heeresmusikkorps 100 Hannover, Radio-Sinfonie-Orchester Berlin  
Best.-Nr.: 6891, € 14,95



**Jonathan Steinberg**  
**Bismarck Magier der Macht**  
Geb., 752 Seiten  
Best.-Nr.: 7250, € 29,99



**Ostpreußen-Seidenkrawatte**  
Edle Seidenkrawatte in den Farben Preußens mit der Elchschaufel  
Farben: schwarz/weiß mit der Elchschaufel  
Best.-Nr.: 7091



**Christel Wels**  
**Wir hatten immer Angst**  
Die Kriegsschicksalsjahre der Zwillinge Christel und Alice Faust  
Kart., 180 Seiten  
Best.-Nr.: 7099, € 12,90



Best.-Nr. 6216



Best.-Nr. 6472



Best.-Nr. 5538



Best.-Nr. 5539





**Altpreußische Militärmusik**  
Dirigent: Christian Blüggel mit Begleitheft  
01-12 Regimentsmärsche I  
13-15 Dienststücke des Königsregiments  
16-23 Musik der Kavallerie  
24-27 Dienststücke des Regiments von Selchow  
28-43 Feldstücke der Kavallerie  
44-47 Feld- und Dienststücke des Regiments von Selchow  
48-58 Regimentsmärsche II  
Gesamtspieldauer: 69: 46 Min  
Best.-Nr.: 7257



**Die Hochmeistergruft im Dom von Marienwerder**  
Hörbuch über drei interessante Persönlichkeiten aus der Blütezeit des Deutschen Ordens im Spätmittelalter. Laufzeit: 71:11 Minuten  
Best.-Nr.: 7235, € 12,90



**Sing, sing, was geschah**  
Die schönsten Volkslieder aus Ostpreußen, Gesamt: 66 min, 29 Lieder  
Eine Produktion des Westdeutschen Rundfunks Köln, 1969 bis 1987  
Best.-Nr.: 7203, € 12,95



**Die Flötenkonzerte**  
Gesamtspielzeit: 67:33 Min  
Best.-Nr.: 6902  
€ 14,95



Vol. I  
**Flötensonaten, Flötenkonzert & Märsche**  
Gesamtspielzeit: 79:42 Min  
Best.-Nr.: 6901  
€ 14,95



Vol. III  
**Die Sinfonien**  
Gesamt: 35:20 Min  
Best.-Nr.: 6903  
€ 14,95



**Chrystia Freeland**  
**Die Superreichen.**  
Aufstieg und Herrschaft einer neuen globalen Geldelite Eine Reise in die unbekannte Welt der Superreichen. Bekannte und vor allem unbekannte Milliardäre bilden mit ihren kolossalen Vermögen eine neue globale Klasse. Doch wer sind diese Superreichen, wie sind sie an ihr Geld gelangt und was machen sie damit? Was bedeutet es für unsere Demokratie, wenn eine solch kleine Gruppe über derart unvorstellbare Vermögen verfügt? Chrystia Freeland klärt auf.  
Chrystia Freeland kennt die Welt der Globalmilliardäre: Zwei Jahrzehnte lang hat sie die neuen Supereliten begleitet und erforscht. Dadurch kann sie einzigartige Einblicke in die Welt der Superreichen liefern, die sich ansonsten lieber abschotten und unerkannt bleiben wollen. Vor allem aber macht sie die gesellschaftlichen Konsequenzen dieses Superreichtums deutlich: Banken, die ihre Angebo-

te an den internationalen Milliardären ausrichten und nicht mehr am nationalen „Rest“; Oligarchen, die die Schaltstellen der Macht für den eigenen Profit manipulieren; Banker, die sich ihre Geburtstagsfeiern 2,5 Millionen Euro kosten lassen. Dass sich die Plutokraten aller Kontrolle entziehen, ist zum einen eine folgenschwere Konsequenz des Kapitalismus, zum anderen wird diese Entwicklung die Zukunft prägen. Chrystia Freeland betritt mit ihrem Buch Neuland und zeigt uns die bislang geheime Welt der globalen superreichen Geldelite.

Geb., 368 Seiten  
Best.-Nr.: 7255



**Aktion**  
+++ gratis +++  
Bei jeder Bestellung ab einem Warenwert iHv € 50,00 erhalten Sie einen Ostpreußenaufkleber kostenlos dazu!!



Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst  
Mottelerstraße 7 · 04155 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12  
Lieferung gegen Rechnung, Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 3,50\*, ab einem Bestellwert von € 80,00 ist die Lieferung versandkostenfrei \*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

**Bestellcoupon**

| Menge | Best.-Nr. | Titel | Preis |
|-------|-----------|-------|-------|
|       |           |       |       |
|       |           |       |       |
|       |           |       |       |
|       |           |       |       |
|       |           |       |       |
|       |           |       |       |

Vorname: \_\_\_\_\_ Name: \_\_\_\_\_

Straße/Nr.: \_\_\_\_\_ Telefon: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Ort/Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bitte beachten Sie auch die Angebote in unserem Antiquariat [www.die-ostgebiete.de](http://www.die-ostgebiete.de)



MELDUNGEN

Rauswurf wegen AfD-Kandidatur

**Freiburg i. Br.** – Die Freiburger Garten-Kooperative „Gartencoop“ hat ihr Mitglied Elke Fein ausgeschlossen, weil die Sozialwissenschaftlerin als Bundestagskandidatin der Alternative für Deutschland (AfD) antritt. Fein ist auch Sprecherin des AfD-Landesverbandes Baden-Württemberg. In der Kooperative wird „solidarisch“ Gemüse angebaut. Begründet wird der Ausschluss mit „drohender Rufschädigung“. *H.H.*

Strafgelder verschwunden

**Hangzhou** – Ein chinesischer Anwalt fordert mehr Transparenz bezüglich der staatlichen Einnahmen durch die Ein-Kind-Politik im Land. Eltern, die mehr als ein Kind haben, müssen umgerechnet zwischen 400 und 600 Euro Strafe zahlen. Laut den Recherchen des Anwalts haben allein 17 der 31 Provinzregierungen 2012 zwei Milliarden Euro auf diesem Wege eingenommen. Die Verwendung dieser Gelder, die eigentlich dem Umweltschutz zukommen sollten, wird jedoch nicht offengelegt. *Bel*

ZUR PERSON

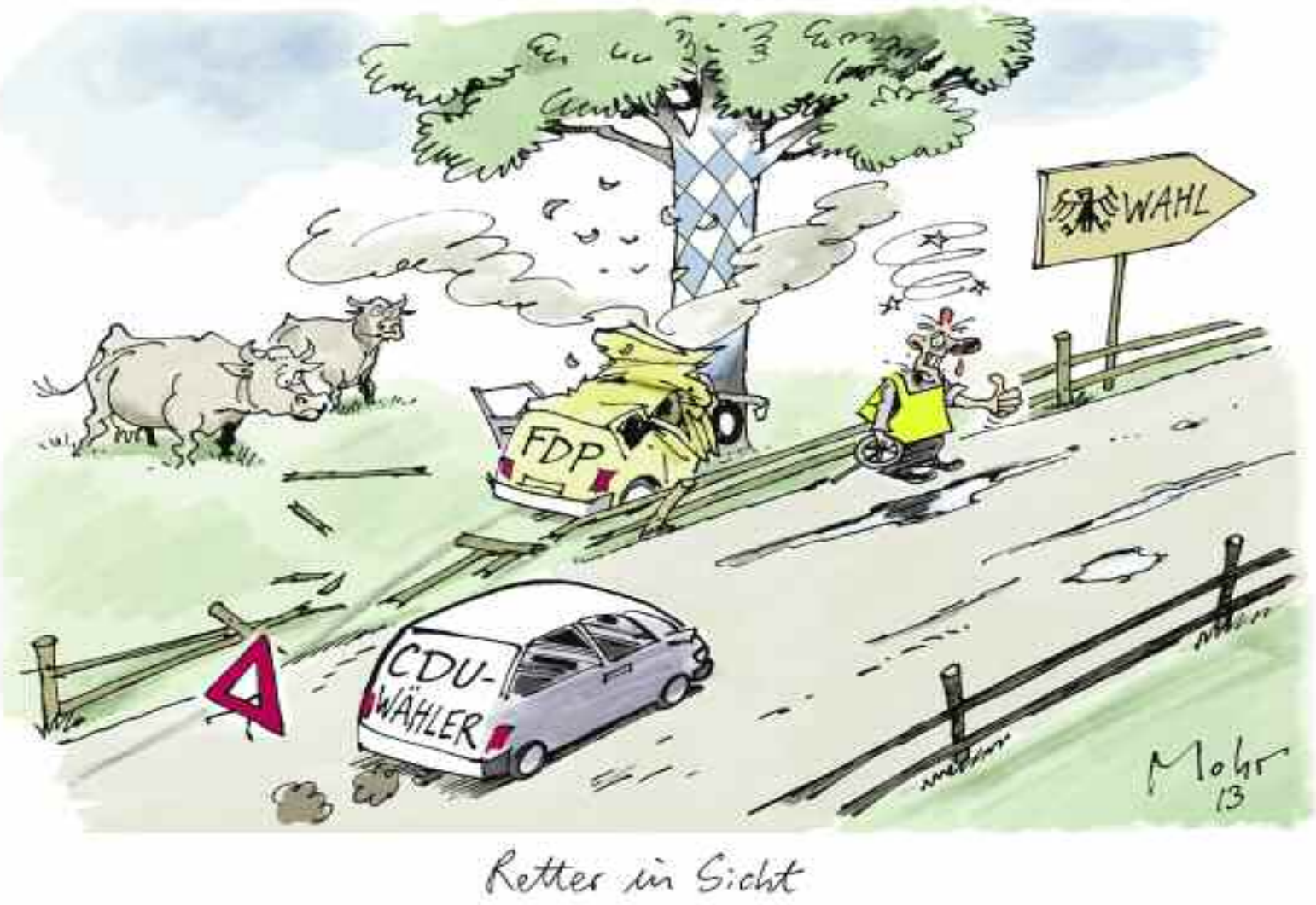
Angreifer in der Defensive

Auf der politischen Anklagebank zu sitzen, ist **Jürgen Trittin** nicht gewohnt. Eigentlich war er häufig der Ankläger, der die Wulffs, zu Guttenbergs oder de Maizières wegen ihrer Vergesslichkeit hinsichtlich früherer politischer Sünden unter Druck setzte. Jetzt weiß der grüne Spitzenkandidat für die Bundestagswahl, wie es ist, wenn andere auf ihn einschlagen.

Just eine Woche vor den Wahlen hat den 59-jährigen Bremer die ultralinke Vergangenheit eingeholt. Als Göttinger Stadtratskandidat war er 1981 dafür verantwortlich, dass eine Forderung nach Straffreiheit für sexuelle Handlungen mit Kindern ins Kommunalwahlprogramm der grün-alternativen Liste gelangte. Entdeckt haben das nicht etwa die politischen Gegner, sondern jene Parteienforscher, die im Auftrag der Grünen selbst die pädophilen Träume schwul-lesbischer Minderheitsgruppen in der Gründungsphase der Partei untersuchten.

Mit dieser radikalen Aufklärung hoffte Trittin bei der Wahl auf Sympathiepunkte. Doch stattdessen hat er sich ein faules Ei ins Nest gelegt. Glaubte er ernsthaft, sein Göttinger Fehltritt bliebe unentdeckt? Letztlich verhält er sich genauso wie alle anderen von ihm in ähnlichen Fällen attackierten Politiker: Erst nichts sagen, dann hoffen, dass nicht herauskommt, und schließlich die Wahrheit nur häppchenweise preisgeben.

So hielt er es auch mit seiner Vergangenheit als Göttinger Student, wo er als Mitglied verschiedener kommunistischer Organisationen Massenmördern wie Pol Pot huldigte. Von seinen selbst als „illegal“ bezeichneten Aktivitäten hat er sich bis heute nicht distanziert. Seiner Karriere hat es nicht geschadet, hat er es doch unter Kanzler Schröder bis zum Umweltminister gebracht. Sein nächstes Ziel ist vorerst in weite Ferne gerückt: Unter Rot-Grün sah er sich schon im Sessel des Finanzministers sitzen. *Harald Tews*



Is’ was?

Wovon die Grünen so überrascht sind, warum wir von ’68 immer nur eine Seite sehen, und wie Europa zum Labor des Dr. Cohn-Bendit wird / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Die Grünen sind verwirrt. So kurz vor der Wahl haben sie eine Erfahrung machen müssen, die ihnen relativ neu scheint: Sie werden verantwortlich gemacht für das, was sie getan oder befürwortet haben. Von vielen werden sie sogar regelrecht verurteilt, und Wähler wenden sich in Scharen ab, die bei älteren Wahlen und Umfragen für die Ökopartei votiert hatten.

Stromumlage, Pädophiliedebatte, Fleischverbot – auf einmal nimmt man den Grünen wirklich etwas übel. Das war doch bislang noch nie so. Denken wir an den „Biosprit“ E10. Ganz Deutschland hat die Einführung gehasst, niemand schien aber auf die Idee zu kommen, die grünen Verursacher dafür haftbar zu machen. Oder die scheußlichen Windräder in der einstmals schönen Landschaft. Keiner will sie bei sich haben, doch den Grünen konnte das nichts anhaben.

Irgendwo müssen sie den Rubikon überschritten haben. War es der Vegetariertag? Als vermeintlich kesse Idee in die Runde geworfen, hat sich der „Veggie Day“ mittlerweile zum Trauma für Trittin und Co. entwickelt. Grüne Politiker stöhnen, wenn sie darauf angesprochen werden und beißen zurück, wie sie es immer tun: War doch nur gut gemeint!

Nein, irgendetwas stimmt nicht mehr. Die Grünen waren doch bislang immer die moralischen Ankläger, die Inhaber des Guten als Siegelbewahrer der Rebellion von 1968. 1968 ist der Gründungsmythos der neuen deutschen Linken, das Jahr, als sie uns aus der betongescheiterten Adenauer-Republik geholt haben, wie sie sich immer wieder gern erinnern.

Da die meisten Chronisten der 68er selber welche waren oder sich den Recken von damals innigst verbunden fühlen, schillert das Jahr heute in den lustig bunten Farben der Hippie-Bewegung. Schluss war mit dem piefigen, verklemmten Nachkriegsdeutschland, endlich frei und ehrlich.

Nur wenige mögen darüber reden, dass, den Grünen ganz ähnlich, 1968 neben dieser hellen auch eine dunkle Seite hatte. Das lässt man lieber aus, oder insinuiert, dass auch die Irrtümer

schließlich gut gemeint gewesen seien. So fraß sich ins grüne Bewusstsein die Überzeugung, dass das Böse immer nur woanders vorkam. Dass man selbst einmal auf der Anklagebank der Verantwortlichen landen könnte wie derzeit, war daher jenseits aller Vorstellungskraft.

Doch wo wir schon mal dabei sind, könnten wir uns ja auch mal den Gründungsmythos selbst ein wenig genauer ansehen. Was hatten die radikalen linken Studenten eigentlich wirklich geplant damals? Bloß mehr Freiheit, Reformen und so? Von wegen: Da sollte die Republik nicht reformiert werden, nein, der ganze Laden sollte weg! Revolution! Ziel: „Volksdemokratie“.

Und wie hätte die ausgesehen? Bundeskanzler Rudi Dutschke? Kaum: Theoretiker wie der legendäre Studentenführer wurden in ähnlichen weltgeschichtlichen Fällen schnell zur Seite geschoben, oft auch liquidiert. An die Spitze treten dann die „Männer der Tat“ wie Andreas Baader, flankiert von Technokraten wie die RAF-Anwälte Horst Mahler, (der sich gut als oberster Richter des Volksgerichts gemacht hätte) und Klaus Croissant (als Obervolksanwalt).

Croissant und Mahler wurden für offene Komplizenschaft mit der RAF verurteilt. Croissant war danach erst bei den Grünen und bei der Stasi und dann bis zu seinem Tode 2002 bei der PDS. Mahler ist in der Haft zum Nazi mutiert, wofür er heute wieder sitzt. Seine Stasi-Tätigkeit hat Croissant übrigens nie bereut, er fand das ganz normal. Also kann man sich vorstellen, was er, zu echter Macht im Staate gekommen, noch so alles ganz normal gefunden hätte. Wie sich Andreas Baader den Umgang mit Andersdenkenden vorstellte, hat er in der Praxis vorgeführt: abknallen.

Ja, das hätte auch herauskommen können, wenn sich die linken Studenten so durchgesetzt hätten, wie sie es erträumten. Wenn dann ihre dunkle Despotie später unter ihrer eigenen Verworfenheit und

dem Zorn des Volkes zusammengebrochen wäre, hätte man wohl zugegeben, dass „Fehler gemacht“ worden seien. Aber insgesamt habe man doch das Ziel einer „humaneren Gesellschaft“ verfolgt, sprich: Es war doch gut gemeint!

Daher hat es unter Linken auch nie eine offene Debatte zum Thema 68 gegeben unter dem Motto: Was wäre eigentlich passiert, wenn wir damals wirklich gewonnen hätten? Das ist das Phänomen: Andere ziehen mit gesenktem Haupt aus ihrer Liaison mit extremistischen Ideologien, müssen sich auf ewig verantworten für alles dumme Zeug, das sie mal gefaselt haben. Alle, es sei denn,

sie stehen links. Dort entsteigen sie jedem Desaster unbefleckt wie die Schaumgeborene, fragen kurz „Is’ was?“ und feuern sofort ihr Magazin leer auf jeden, der blöde Fragen stellt. Denn sie allein sind es, die beurteilen und verurteilen, niemand sonst.

Dies ist der Urgrund jener fulminanten Selbstgerechtigkeit, die den Grünen gerade um die Ohren fliegt. Andererseits ist es auch der Quell einer Unbekümmertheit, die staunen lässt. Unterstützt von allerlei Prominenz und Halbprominenz hat 68er-Ikone und Grünen-Politiker Daniel Cohn-Bendit einen Aufruf verfasst unter dem Titel „Wir sind Europa! Manifest zur Neugründung Europas von unten.“

Ein aufschlussreicher Text, schon der Titel ist interessant. Von „unten“? Wer die Liste der Erstunterzeichner durchgeht, der trifft auf Theaterregisseure und Philosophen, Sozialwissenschaftler und ein paar Manager oder jede Menge Altpolitiker der oberen Ränge, aber auf niemanden, der von sich und anderen als gewöhnlicher Vertreter des gemeinen Volkes bezeichnet würde.

Zufall? Missgeschick? Nein, auch das ist Tradition seit 1968. Die Revolte wurde von Studenten aus meist gutsituierten Elternhäusern angeführt, die sich fest einbildeten, sie verträten das „Proletariat“. Als sie an der Hamburger

Werft „Blohm und Voss“ Flugblätter verteilt, auf denen sie „Arbeiterkontrolle“ forderten, prügeln die Werftarbeiter sie vom Hof. Sie hatten „Arbeiterkontrolle“ so verstanden, dass die Studenten sie, die Arbeiter, kontrollieren wollten.

So, wie damals in den Hörsälen das „Proletariat“ die Macht verlangte, so kommen nun also Daniel Cohn-Bendit und seine durchweg erlauchten Mitstreiter „von unten“. Und wir, die wir wirklich „unten“ in den Niederungen des Durchschnittseuropäers leben müssen, wir haben allen Grund, unseren angemaßten Fürsprechern ebenso zu misstrauen wie die Hamburger Arbeiter Anno 68. In ihrem Manifest fragen sie: „Wozu ist Europa gut?“ und antworten euphorisch: „Europa ist ein Labor politischer und sozialer Ideen, wie es das nirgendwo sonst gibt.“

Labor? Sie machen also ein Experiment. Das wird sicher spannend, nur ist so ein Experiment für die Versuchstiere (für deren Rolle wir vorgesehen sind) höchstens halb so witzig wie für die neugierigen Laboranten.

Seit bald hundert Jahren haben Ideologen, die sich selbst Idealisten oder noch lieber „Visionäre“ nennen, solche Experimente mit Menschen, mit ganzen Völkern unternommen. Die Versuchsergebnisse waren, sagen wir es vorsichtig, einigermaßen unerfreulich. Was die unbekümmerten Gesellschaftslaboranten nicht davon abhält, den nächsten Versuch zu starten. Die Vokabel „gesellschaftliches Experiment“, die jedem Europäer mit historischem Bewusstsein einen kalten Schauer über den Rücken jagt, hat bei ihnen nämlich nichts an ihrem alten, falschen Glanz verloren.

Wer nicht mitmachen will, der ist „rückwärtsgewandt“, schimpfen sie. Da liegen sie gar nicht mal so falsch: Wohin soll der sehnsuchtsvolle Blick von uns Laborkaninchen denn sonst gehen als „zurück“ auf die Tür, durch die wir in diese Folterkammer geschleppt wurden? Daher lassen wir uns gern so beschimpfen. Wir wissen ja, von wem es kommt: Es sind nicht unsere Freunde, auch wenn sie es natürlich wieder bloß gut meinen.

MEINUNGEN

*Der in Cambridge lehrende Historiker Christopher Clark empfiehlt zugunsten Deutschlands einen neuen Blick auf den Ersten Weltkrieg. Im „Spiegel“ vom 9. September sagt er:*

„Man darf sich die Geschichte auch nicht wie einen James-Bond-Film vorstellen, in dem der Bösewicht auf einem Berg sitzt, seine Katze streichelt und den Weltuntergang plant. Die sogenannte Julikrise 1914, die zum Ersten Weltkrieg führte, war das wohl komplexeste Ereignis aller Zeiten.“

*Viele Deutsche dürften Clark für seinen neuen Blick auf den Ersten Weltkrieg verdammen. Schon Reichskanzler Otto von Bismarck entdeckte bei seinen Landsleuten nämlich eine merkwürdige Angewohnheit:*

„Die Neigung, sich für fremde Nationalitäten und Nationalbestrebungen zu begeistern, auch dann, wenn dieselben nur auf Kosten des eignen Vaterlandes verwirklicht werden können, ist eine politische Krankheitsform, deren geografische Verbreitung leider auf Deutschland beschränkt ist.“

*Carl Friedrich von Weizsäcker hat in seinem Buch „Der bedrohte Friede“ eine weitere bedenkliche Eigenschaft der Deutschen aufgespießt:*

„Der typische Deutsche verteidigt sich erst dann, wenn er nichts mehr hat, was sich zu verteidigen lohnt. Wenn er aber



aus seinem Schlaf erwacht ist, dann schlägt er in blindem Zorn alles kurz und klein, auch das, was ihm noch helfen könnte.“

*Michael Backhaus macht in der „Bild“-Zeitung (online, 15. September) Kanzlerin Merkel selbst verantwortlich für den Aufstieg der AfD:*

„Für Angela Merkel ist der rasante Aufstieg der AfD die Quittung für ihren Kuschelwahlkampf. Die Kanzlerin versucht, auch die AfD durch Ignorieren zum Verschwinden zu bringen. Doch wer keine Themen setzt, weil er den politischen Gegner zu schwächen hofft, überlässt das Feld anderen Kräften.“

*Karen Hudson, von 1986 bis 2007 oberste Beraterin in der Rechtsabteilung der Weltbank, machte in den „Deutschen Wirtschaftsnachrichten“ (17. September) beunruhigende Andeutungen zum Thema Währungen, Gold und das deutsch-amerikanische Verhältnis:*

„Man kann deutliche Zeichen eines drohenden Währungskriegs erkennen, wenn die (US-Notenbank) Federal Reserve die Forderung Deutschlands nach Rückführung der 300 Tonnen Gold um sieben Jahre verzögert. Es gibt die Schwierigkeit, Gold zur sofortigen Lieferung aufzutreiben ... Die Deutschen machen sich ganz offensichtlich bereits ernste Sorgen. Der Überflug eines Helikopters über das US-Konsulat in Frankfurt am 9. September 2013 ist mit Sicherheit Ausdruck von tiefem Misstrauen.“